



Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2002 des Regierungsrats

Vom 28. Januar 2003

Inhalt	Seite
Einleitung	2
Übersicht	2
Finanz- und Kirchendirektion	3
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	15
Bau- und Umweltschutzdirektion	29
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	46
Erziehungs- und Kulturdirektion	52
Antrag	64
Anhang I: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrats	65
Anhang II: Initiativen (Stand der Bearbeitung)	82

1 EINLEITUNG

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2002. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Die anderen Informationsquellen

In den früheren Amtsberichten des Regierungsrates waren sehr viele Informationen in Form von Zahlen, Statistiken usw. enthalten. Diese waren zwar interessant, für den Landrat als Oberaufsichtsinstanz der kantonalen Verwaltung aber oft wenig relevant.

Viele dieser Informationen sind in den neuen Amtsbericht nicht mehr aufgenommen worden. Sie sind aber zu einem grossen Teil in anderen Publikationen des Kantons zu finden, wie z.B. im **Statistischen Jahrbuch** oder in den anderen zahlreichen von der Verwaltung herausgegebenen Publikationen. Viele interessante Informationen werden im Verlaufe des Jahres anlässlich auch an Medienkonferenzen und in Medienmitteilungen von Direktionen, Dienststellen und Ämtern verbreitet.

Seit einiger Zeit steht ein äusserst vielfältiges aktuelles Informationsangebot im **Internet** auf der Web-site des Kantons (www.baselland.ch) zur Verfügung.

1.3 Übersicht

Ein Vergleich mit den im Jahresprogramm 2002 einleitend zusammengefassten Schwerpunkten der Regierungstätigkeit (Abschnitt 1.1 des Jahresprogramms 2002) zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten umgesetzt werden konnten. So konnte im Bildungsbereich zwar die parlamentarische Beratung des neuen Bildungsgesetzes mit der Zustimmung des Volkes erfolgreich abgeschlossen werden, die geplante Operativsetzung der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel konnte dagegen noch nicht realisiert werden. Ebenfalls - wie aber erwartet - nicht erreicht werden konnte das im Regierungsprogramm 1999 - 2003 festgesetzte finanzpolitische Ziel eines Selbstfinanzierungsgrades von 100%. Im Bereich der Verkehrspolitik musste neben erfolgreichen Projekten wie der Sanierung der ersten Tunnel-Röhre am Belchen mit dem Einsturz des Umfahrungstunnels in Sissach auch ein herber Rückschlag in Kauf genommen werden. Dank der im Jahre 2002 vorgenommenen umfassenden Neuorganisation konnte das Projekt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und die damit verbundene Ein- und Weiterführung verschiedener moderner Führungsinstrumente wesentlich vorangetrieben werden. Die umfassende Gerichtsreform konnte mit der Einsetzung des Kantonsgerichts wie geplant auf Beginn der neuen Amtsperiode am 1. April 2002 abgeschlossen werden.

Als besonders erfreulich dürfen der Verlauf des Eidgenössischen Turnfestes im Baselbiet und die Präsentation unseres Kantons an der Expo.02 bezeichnet werden.

Zu den weiteren Schwerpunkten der Regierungstätigkeit (Abschnitt 1.2) ist festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben.

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen.

1.4 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahre 2002 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge;
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1.1.2002 überwiesenen Postulate und nach dem 1.1.2001 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

2 FINANZ- UND KIRCHENDIREKTION

Programmpunkt Nr. 2.01

Finanz- und Rechnungswesen

Übersicht

Abschluss der Einführung der Client-Server-gestützten Rechnungswesen-Architektur.
Weiterführen und Verbreitern der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV)

Ziele

Verbesserung der Abläufe aus finanzrechtlicher Optik in der Haushaltführung

Intensivierung der Anwendung der Leistungsaufträge

Massnahmen

2.01.02 Abschluss der Einführung der neuen Rechnungswesen-Architektur, Breitereinführung der Betriebsrechnung

2.01.03 Verbesserungen bei der Umsetzung der Leistungsaufträge, u.a. durch ein Informationsprogramm

Amtsbericht 2002

Die Einführung der technischen Instrumente konnte praktisch vollständig abgeschlossen werden.

Die Leistungsaufträge wurden auf eine CD zu Händen des Landrats gepresst. Den LandrätInnen wurden die Leistungsaufträge im Rahmen von speziellen Informationsmodulen in den Fachkommissionen nähergebracht.

Programmpunkt Nr. 2.02

Steuern

Übersicht

Das wichtigste Ziel ist der zeitgerechte Abschluss der ersten einjährigen Veranlagungsperiode (Steuererklärung 2001B). Die Kundenfreundlichkeit wird weiter verbessert und die teilweise neuen Systeme werden optimiert.

Ziele

Anpassungen an Änderungen im Steuerharmonisierungsgesetz und Weiterführung der Aktualisierung der kantonalen Steuergesetzgebung

Massnahmen

2.02.02 Revision des Steuergesetzes bei der Familienbesteuerung und der Besteuerung von Wohneigentum, abhängig von den Aktivitäten auf eidgenössischer Ebene und der kantonalen Umsetzung.

Amtsbericht 2002

Die Vorlage "Steuergesetzrevision 2002" wurde am 24. November 2002 vom Souverän abgelehnt. Die Vorgaben für die Revision der Familienbesteuerung werden durch den Bundesgesetzgeber erst im Jahr 2003 verabschiedet.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Zeitgerechter Abschluss der ersten einjährigen Veranlagungsperiode (Steuererklärung 2001B)	2.02.07 Frühstmöglicher Beginn mit den Veranlagungsarbeiten	Absolut und im Kantonsvergleich wurde ein sehr guter Veranlagungsstand erreicht: Gemeinden ca. 90%, Kanton (inkl Selbständigerwerbende) 75 bis 80%.
	Auf die Bedürfnisse der ersten Veranlagungsperiode abgestimmte Qualitätskontrolle	Qualitätskontrollen sind in Form von Stichproben durchgeführt worden. Die Ergebnisse werden bei der Veranlagungsausbildung 2003 berücksichtigt.
	Berichtswesen und Controlling mit den Gemeindesteuerämtern abgestimmt	Das Berichtswesen wurde mit dem Forum für Praxis- und EDV-Fragen verbessert.
Ablösung der heutigen EDV-Applikationen «Steuerregister», «Steuerbezug», «Steuerveranlagung»	Laufende Optimierung bei den Teilsystemen "Scanning" und "Automation"	Der Einsatz von Scanning für die Datenvorerfassung hat sich bewährt. Das Veranlagung mit dem Regelwerk ("Automation") muss noch verbessert werden. Entsprechende Massnahmen für die Veranlagungsperiode 2003 sind in Vorbereitung.
	2.02.08 Evaluation einer neuen EDV-Gesamtlösung Steuern Erstellung der Vorlagen und Anträge	Zustimmung des Landrates zur Vorlage "Neue Informationsanwendungen für die kantonale Steuerverwaltung" (LRV 2002/153).
Ausbau der Beratungs- und Dienstleistungsfunktionen	Beginn der Realisierung mit Priorität bei der Ablösung des Steuerbezuges und der Einführung eines gemeinsamen Bezuges von Staats- und Gemeindesteuer	Der Landrat verabschiedete die Vorlage am 11. Dezember 2002. Mit der Umsetzung kann somit im 2003 begonnen werden.
	2.02.04 Verbesserung der telefonischen Auskunftsbereitschaft und Erreichbarkeit durch den Betrieb eines eigenen Call-Centers	Das Call-Center der Steuerverwaltung wurde aufgebaut und funktioniert personell und technisch gut. Die Erreichbarkeit hat sich verbessert, wird aber erst im Jahr 2003 den gewünschten Stand erreichen.
	2.02.10 Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem Kt. Aargau im Projekt EasyTax, evtl. Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Internet und neue Gesamtlösung Steuern	Das EasyTax 2002 wird wiederum gemeinsam mit dem Kt. Aargau erstellt und abgegeben. Eine weitergehende Zusammenarbeit wurde geprüft. Ansatzpunkte für zusätzliche gemeinsame Projekte haben sich jedoch nicht ergeben.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	2.02.11 Weiterer Ausbau der Dienstleistungen über das Internet, v.a. im Bereich der Formulare und der elektronischen Übermittlung. Prüfung der Möglichkeiten für die elektronische Übermittlung der Steuererklärung	Der Internet-Auftritt der Steuerverwaltung wurde auf die einjährige Veranlagungsperiode angepasst und wird periodisch erweitert. Die elektronische Übermittlung der Steuererklärung wird im Projekt nest@net geprüft.

Programmpunkt Nr. 2.03**Gemeinden***Übersicht*

Weitere Verbesserungen und Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Steuerbereich.

Mit den bestehenden ERFA-Gruppen im Bereich Asylwesen soll die Zusammenarbeit und die Beratungstätigkeit mit den betroffenen Stellen ständig ausgebaut werden.

Mit der Änderung der Trägerschaft im neuen Bildungsgesetz wird die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden abgeschlossen und damit die Finanzausstattung unter den Gemeinden stark verändert, so dass der heutige Finanzausgleich unter grösstmöglicher Wahrung der Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie der Gemeinden untereinander anzupassen ist.

Die Kostenentwicklung im Bereich Asylwesen ist zu überwachen und geeignet zu steuern und der Informationsfluss zwischen Bund, Kanton und Gemeinden und zu den Gemeinden und Betroffenen ist sicherzustellen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	2.03.01 Prüfung von Alternativen zur heutigen Regelung der Veranlagungsentschädigung Ausbau der Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des gemeinsamen Bezuges von Staats- und Gemeindesteuer (zeitlich, organisatorisch) Weitere Optimierung und gegebenenfalls Anpassungen bei der Aufgabenteilung zwischen kantonaler Steuerverwaltung und Gemeindesteuerämtern aufgrund der Erfahrungen mit der einjährigen Veranlagungsperiode	Mit dem VBGL ist vereinbart, die Veranlagungsentschädigung für das 2003 unverändert zu belassen, und es wurde eine Arbeitsgruppe aus Gemeinde- und Kantonsvertretern gebildet, die im Jahr 2003 eine Lösung für die folgenden Jahre erarbeiten wird. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Gemeindesteuerbezug ist gut. Die Intensivierung der Zusammenarbeit erfolgt sinnvollerweise im Rahmen des Projektes "Census". Die Aufgabenteilung wurde umfassend überprüft. Dabei wurde ein Bedarf für die Behandlung der Einsprachen der Unselbstständigerwerbenden festgestellt. Die entsprechende Optimierung wird vorbereitet und im 2003 mit den Gemeinden besprochen und umgesetzt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Sicherstellung der Finanzausstattung der Gemeinden	2.03.04 Revision des Finanzausgleichs in Verbindung mit der Änderung der Trägerschaft der Volksschule. Berücksichtigung der bisherigen Auswirkungen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und unter den Gemeinden	Die Vorlage wurde am 17.09.2002 an den Landrat verabschiedet.
Organisation und Koordination des Asylwesens und Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Personen im Bereich Asylrecht/ Flüchtlinge	2.03.05 Fachgerechte Beratung der Gemeinden und der Betroffenen. Sicherstellen des Informationsflusses zwischen Bund, Kanton und Gemeinden.	Die Erfahrungsgruppen (ERFA) haben sich mit den Schwerpunktthemen "Erste Erfahrungen mit der Betreuung von B-Flüchtlingen" und "Abwicklung der Zuweisungen" befasst. Für die Gemeinden wurden zahlreiche Einzelschulungen angeboten und durchgeführt. Das Handbuch Asyl wurde laufend aktualisiert.
	2.03.06 Überwachung der Kosten und Steuerung der Finanzierung im Kanton und in den Gemeinden.	Durch gezielte Controlling-Massnahmen kann auf sämtliche Veränderungen jederzeit und rechtzeitig reagiert werden. Es wurden Systemprüfungen betreffend Umsetzung und Einhaltung der Gesetze, Verordnungen und Weisungen im Asylbereich durchgeführt.

Programmpunkt Nr. 2.04**Statistik***Übersicht*

Für die geordnete Führung der notwendigen kantonalen und anderen Statistiken werden die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Die Verbesserung der Datengrundlagen in den Gemeinden ist zu fördern.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Geordnete Führung der Statistiken von Kanton und Bundes	2.04.02 Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen. <i>Vorlage an den Landrat</i>	Das von einer interkantonalen Arbeitsgruppe erarbeitete Mustergesetz liegt vor und wird jetzt auf kantonsspezifische Verhältnisse angepasst. Die Arbeiten am Statistikgesetz konnten aufgrund der Verzögerungen beim Finanzausgleichsgesetz und der damit verbundenen Mehrarbeiten noch nicht abgeschlossen werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Verbesserung der Datengrundlage in den Gemeinden	2.04.03 Förderung der Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden durch die Einführung einheitlicher Standards.	Ein erster Schritt wurde mit der Realisierung einer neuen Bevölkerungsstatistik realisiert.

Programmpunkt Nr. 2.05**Personalwesen***Übersicht*

Schwerpunkt ist die Konsolidierung der Umsetzung der Personalrechtsreform mit Hilfe eines aussagekräftigen Personal-Controllings. Ein unternehmensorientiertes, neu konzipiertes Mitarbeiter/-innengespräch wird bei allen Dienststellen (mit Ausnahme für die Lehrpersonen) sukzessive eingeführt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Personalrecht Aufbau eines aussagekräftigen Personalcontrollings	2.05.01 Bereitstellen und Nutzen der erforderlichen Kennzahlen Permanente Lohnvergleiche (Benchmark)	Kennzahlen noch nicht in gewünschtem Ausmass vorhanden, da sich die Erfassung der notwendigen Daten bis ins Jahr 2003 zieht.
Lohnwesen Einheitliche Leistungshonorierung	2.05.01 Umsetzung und Kontrolle der Richtlinien (Promotionsystem; ES-Anhaltung und/oder Beschleunigung, Prämien)	Die Umsetzung der Richtlinien ist vollständig in die Wege geleitet worden. Die Kontrolle der Leistungshonorierung 2002 erfolgt im ersten Halbjahr 2003.
Personalentwicklung Konzipierung eines Entwicklungsprogrammes für alle Dienststellen	2.05.06 Zusammenfassung der Aktivitäten in einer Stelle Zentralisierte Administration mit Nutzung eines einheitlichen Systems	Erledigt bis auf Lehrpersonen und Polizei. Die Software wurde erstellt.
Implementierung eines Einheitlichen Mitarbeiter/-innen-gesprächs (MAG)	2.05.02 Sukzessive Einführung eines teilrevidierten MAG bei den Anstellungsbehörden	Die Einführung der MAG erfolgt programmgemäss.
	Schulung des teilrevidierten MAG	Die Schulung ist vollständig durchgeführt worden.
	Aufbau eines Controlling (vgl. auch Ziffer 1. und 2.)	Der Aufbau des Controllings ist abgeschlossen.
	2.05.02 Publikation "Leitlinien Personalpolitik"; Verabschiedung durch RR oder FKD	Unter dem Namen des Personalamtes sind die Leitlinien publiziert. Verabschiedung durch FKD oder RR erfolgt in der nächsten Legislaturperiode.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Einheitliches Personalmarketing	2.05.02 Lay-out Inseratgestaltung koordinieren Inhalte der Inserate koordinieren Flächendeckende Anwendung des Austritts- gespräches/Auswertungsblatt	Die Koordination wird im Rahmen von WoV (Teilprojekt "Personalcontrolling") neu konzipiert. Die Einführung ist vollständig erfolgt.
Optimale Abwicklung des dezentralen Personalwesens	2.05.05 Abschluss der Einführung der neuen Software-Familie für Personal- und Lohnwesen; Prüfung der Einführung weiterer Module	Die Software ist eingeführt. Die Prüfung aller weiteren Module hat ergeben, dass derzeit kein zusätzlicher Bedarf besteht.

Programmpunkt Nr. 2.06**Gleichstellung von Frau und Mann***Übersicht*

Die Schwerpunkte in den Bereichen der betrieblichen Chancengleichheit, in der Aus- und Weiterbildung sowie von Familienfreundlichkeit als Standortvorteil werden verstärkt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Erreichen eines Spitzenplatzes unter den Kantonen bezüglich der Gleichstellung von Frau und Mann	2.06.01 Anhebung des Frauenanteils in allen (inkl. leitenden) Funktionen durch: – Erstellen eines Leitfadens zur Umsetzung von Chancengleichheit als Führungsaufgabe – Signifikante Erhöhung des Frauenanteils in der Führungsausbildung (vgl. 2.05.06) – Weiterführung des Projekts "Schaffung zusätzlicher, qualifizierter Teilzeitstellen für beide Geschlechter"	Auf die Erstellung des Leitfadens musste aus Ressourcen-gründen verzichtet werden. Signifikante Erhöhung konnte erreicht werden. Erfahrungen wurden gesammelt, die in der laufenden Evaluation festgehalten werden.
Berücksichtigung der Perspektive der Frauen in Aus- und Weiterbildung	2.06.03 Unterstützung der geschlechtergerechten Bildung von MigrantInnen als Integrationsmassnahme	Eine Projekteingabe für ein Unterrichtsmittel für MigrantInnen mit kleinem "Bildungsrucksack" hatte Erfolg.
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Frauen	2.06.04 Begleitung und Umsetzung der Projekte im Rahmen von Impuls, 16+ sowie Lehrstellenbeschluss 2 (Lehrstellenförderung)	Aufgrund grossen Zuspruchs konnte das Freifachangebot "Mädchen werden Informatikerinnen" flächendeckend eingeführt werden. Grosse Resonanz hatte auch der schweizerische "Tochtertag".

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle	2.06.06 Erhebung des Bedarfs im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung bei den Kantonsangestellten Verabschiedung einer Landratsvorlage "Gesamtkonzept für die familienergänzende Kinderbetreuung" (vgl. 6.01.05) Umsetzung des Wirtschaftsimpulsprogramms "Familie und Beruf" (vgl. 3.03.04) 2.06.07 Sensibilisierungskampagne	Diese Aufgabe wird neu durch die Fachstelle für Familienfragen übernommen. Das Impulsprogramm "Familie und Beruf" konnte erfolgreich umgesetzt werden. Sensibilisierung für Vereinbarkeit von Familie und Beruf u.a. mit der gesamtschweizerische Kampagne "fair-play-at-home".
Signifikante Verbesserung der Situation von Opfern von Gewalt im häuslichen Bereich	2.06.08 Unterstützung der Interventionsstelle "Gegen häusliche Gewalt" (vgl. 5.01.28)	Die Interventionsstelle wurde bedarfsgerecht unterstützt und damit der Gleichstellungsansatz gesichert.
Verbesserung des Schutzes der sexuellen Integrität am Arbeitsplatz	2.06.11 Sensibilisierungskampagne (neu)	Neue Vertrauenspersonen konnten rekrutiert und geschult werden. Ein neuer Leitfaden zum Umgang mit sexueller Belästigung und einer juristischen Publikation wurden veröffentlicht.

Programmpunkt Nr. 2.07**Informatik***Übersicht*

Die Informatik wird zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit in der gesamten Kantonsverwaltung zweckmässig ausgebaut

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Laufende Anpassung des Dienstleistungsangebots des Amts für Informatik [AfI] an die Bedürfnisse der Verwaltung	2.07.02 Abschlüsse von Service Level Agreements in allen Bereichen (im Jahr 2001 noch nicht vollständig erfolgt). Ausdehnung der Service Level Agreements auf vernetzte Anwendungen aus den Bereichen Informatik und Telefonie (z.B. Call Center).	Sämtliche Service Level Agreements mit externen Kunden konnten abgeschlossen werden. Die Vereinbarung der internen Service Level Agreements wird soweit sinnvoll weitergeführt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	2.07.03 Erweiterte Dienstleistungsangebote an Gemeinden und verwaltungsnahe Betriebe auch im Bereich der gemeinsamen Nutzung von Infrastruktur und Anlagen (Druck, Massenversand, gemeinsame Anschlüsse an Application Service Provider-Zentren, evtl. Serverfarm).	Im 2002 konnte mit 10 Gemeinden und der Gebäudeversicherung eine gemeinsame Nutzung von Infrastruktur und Anlagen vereinbart werden. Zudem wurde für die Gemeinden ein weiterer Service Provider aufgeschaltet.
	2.07.04 Realisierung des multimediatauglichen Kantonsnetzes mit Integration der Telefonie	Der Aufbau des multimediatauglichen Kantonsnetzes konnte plangemäss weitergeführt werden.
	Einführung von vernetzten Anwendungen aus den Bereichen Informatik und Telefonie (z.B. Call Center).	Zur besseren Bekanntmachung der Vorteile des Bereichs IP-Telefonie wurde eine Veranstaltung durchgeführt, welche auf grosses Interesse stiess. Das Call Center der Steuerverwaltung konnte ohne grosse Probleme betrieben werden.
	Ausbau der gesicherten Zugänge von mobilen Arbeitsplätzen an das Kantonsnetz	Die technischen Voraussetzungen für einen gesicherten Zugang über das Internet sind geschaffen.
	2.07.05 Erweiterung und Anpassung des Internetauftritts an die Erfordernisse des guichet virtuel des Bundes.	Die technischen und sicherheitsrelevanten Voraussetzungen für das Aufschalten von Applikationen auf dem Internet sind vollständig erfüllt werden.
	Einsatz von interaktiven Internetanwendungen für den Verkehr zwischen Verwaltung und Bevölkerung.	Vier Internetanwendungen sind erfolgreich in Betrieb genommen worden. (Kantonsbibliothek, Arbeitsbewilligungen, MFK Schilder und MFK Versicherungen).

Programmpunkt Nr. 2.08**Sozialhilfe***Übersicht*

Im Vordergrund steht die reibungslose Einführung des neuen Sozialhilfegesetzes. Hauptpunkt ist die Aus- und Fortbildung der Sozialhilfe-Behörden. Als weitere Grundlage, neben Gesetz und Verordnungen, wird dazu ein "Handbuch Sozialhilferecht" erarbeitet, welches auch in elektronischer Form zur Verfügung gestellt wird. Für die neuen Aufgaben "Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen" und das Aufsichtswesen über die Obdachlosenheime werden neue Geschäftskreise eingeführt. In Koordination mit dem Bundesamt für Statistik soll das Konzept der bestehenden Sozialhilfestatistik den eidgenössischen Gegebenheiten angepasst und die Datenstrukturen verfeinert werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Neues Sozialhilfegesetz (SHG)	2.08.09 Neugestaltung eines Handbuches "Sozialhilferecht (neu) Basel-Landschaft"	Zwecks Optimierung der Abläufe hat eine Arbeitsgruppe das bestehende Handbuch überarbeitet. Auf dieser Grundlage wurde der Entwurf einer Verordnungsänderung erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt. Das Vernehmlassungsergebnis wird nun gemeinsam mit den involvierten Fachverbänden (KOSA) und Dachorganisationen (VBLG und VSO) analysiert.
	2.08.10 Praktische Umsetzung der neuen Komponenten (Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen, Aufsicht über Obdachlosenheime)	Diverse Schulungen, Vorträge und Besprechungen verhalfen der neuen Aufgabe "Eingliederung" zu einem guten Start. Eine interne Administration wurde eingerichtet. Die Zahl partizipierender Gemeinden steigt ständig, ist aber noch nicht optimal. Die Standards für die Heimaufsicht konnten direktionsübergreifend erarbeitet und koordiniert in Kraft gesetzt werden. Die Bewilligungsverfahren für die Heime sind abgeschlossen.
Verbesserte Transparenz für präventive Massnahmen im Sozialbereich	2.08.03 Längerfristiger Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Bund, welcher derzeit eine schweizerische Sozialhilfestatistik aufbaut	Das Bundesamt für Statistik wird das Projekt substantiell überarbeiten müssen, nachdem sich bei der Realisierung auf Bundesebene Probleme ergeben hatten. Der Kanton BL ist seit längerer Zeit bereit.
	2.08.08 Neugestaltung der Sozialhilfestatistik. Auswertung und Publikation von statistischen Daten und Zahlen 2001 über die Entwicklung auf dem Gebiet der Sozialhilfe	Im Frühjahr wurde die Sozialhilfestatistik 2001 herausgegeben. Damit wurde erstmals eine Vergleichsanalyse zu den Zahlen des Vorjahres möglich.

Programmpunkt Nr. 2.09**Luftverkehr***Übersicht*

Die Entwicklung des Landesflughafens «EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg» soll entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts und Lebensraums Nordwestschweiz resp. Oberrhein gefördert werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Ausbau des Flughafens entsprechend den Anforderungen des Wirtschaftsstandorts	2.09.01 Umsetzung der vom Volk beschlossenen Mitfinanzierung des Ausbaus und Überprüfung der damit verbundenen Auflagen	Die beiden Kanton Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben eine zweite Tranche von 9 Millionen Franken ausbezahlt, nachdem die anteilmässige Erfüllung der Auflagen geprüft worden ist.
Unterstützung bei der Wahrnehmung und Umsetzung berechtigter Umweltanliegen (vgl. auch 4.01.xx und 4.01.xx)	2.09.02 Entsprechende Mitwirkung der Delegierten des Kantons Basel-Landschaft im Verwaltungsrat des Flughafens	Der EuroAirport hat im Jahr 2002 eine Reihe von wesentlichen Verbesserungen im Umweltbereich umgesetzt.

Programmpunkt Nr. 2.10**Gesetzgebung***Übersicht*

Die Gesetzgebung in den Bereichen «Kantonalbank», «Pensionskasse» und «Krankenkassen-Prämienverbilligung» ist den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Aktualisierung der Gesetzgebung betr. Kantonalbank	2.10.10 Einleitung der Revision des Kantonalbankgesetzes (neu)	Die Totalrevision des Kantonalbankgesetzes geht in die Vernehmlassung. Der Leistungsauftrag der Bank soll angepasst und für die Zukunft flexibel genug gefasst werden. Die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit soll auf den Kanton und die Region beschränkt bleiben. Wesentliche weitere vorgeschlagene Revisionspunkte sind eine finanzielle Abgeltung der Staatsgarantie und Neuerungen beim Bankrat. Die Rechtsform der Bank soll unverändert bleiben.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Aktualisierung der Statuten der Basellandschaftlichen Pensionskasse	2.10.11 Abschluss der Statuten-Revision (neu)	Die Statuten-Revision konnte nicht wie vorgesehen abgeschlossen werden. Die Komplexität der Revision hat sich aufgrund der umfangreichen Vernehmlassungseingaben und der aktuellen Diskussion in der Öffentlichkeit weiter verstärkt. Die guten, aber auch stark divergierenden Stellungnahmen müssen eingehend analysiert und mit den Vernehmlassenden diskutiert werden. Nur damit kann ein befriedigender Konsens hergestellt werden. Aus der Verlängerung der Vernehmlassung ergeben sich keine Beteiligten wesentliche Nachteile. Die BLPK ist in der Lage mit den bisherigen Statuten ohne Probleme weiterarbeiten. Es ist vorgesehen, die Vorlage spätestens im 3. Quartal 2003 an den Landrat zu verabschieden.
Aktualisierung EG KVG	2.10.12 Anpassung des Bemessungsmodells an die einjährige (neu) Steuerveranlagung	Der Landrat hat die Anpassung am 6. Juni 2002 gutgeheissen (LRV 2002/027).
Revision des Gemeindegesetzes	2.10.13 Durchführung der Vernehmlassung (neu)	Die Vernehmlassung wurde per Ende 2002 abgeschlossen.

Programmpunkt Nr. 2.11**Wirkungsorientierte Verwaltungsführung***Übersicht*

Koordination der Verwaltungsreform (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV)

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Schaffen der Grundlagen für die Umsetzung des Gesamtprojekts «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung»	2.11.02 Einführung und Umsetzung des Konzepts zur elektronischen Verwaltung der Leistungsaufträge gemäss den Notwendigkeiten in den Direktionen.	Die elektronische Verwaltung der Leistungsaufträge wurde gemäss Bedarf der jeweiligen Direktionen umgesetzt.
	2.11.05 Testen der Instrumente zur Wirkungsprüfung, allenfalls Einführung	Das Gesamtprojekt WoV wurde nach Vorliegen eines Strategieberichts neu gestartet. Ein Teilprojekt in der neuen Projektorganisation analysiert die Instrumente und deren Einsatzmöglichkeiten.

Programmpunkt Nr. 2.12**Subventionswesen***Übersicht*

Einführung und Anwendung einer dezentralen Datenbank für Subventionen

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Sicherstellung eines wirkungsorientierten Subventionswesens	2.12.03 Einrichten einer direktionsweise organisierten Datenbank für Subventionen und Beiträge und darauf aufgebaut, besseres Subventionscontrolling	Das Konzept für die Informatikunterstützung und die Anwendung der Datenbank wurde erarbeitet.

3 VOLKSWIRTSCHAFTS- UND SANITÄTSDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion setzt sich wie schon im Jahresprogramm 2001 zum Ziel, ihre Leistungsaufträge bestmöglich zu erfüllen. Die Direktion ist sich bewusst, dass der Auslastungsgrad der Spitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste und die immer kürzeren Aufenthaltsdauern einen hohen Leistungsdruck auf das Personal in den Spitälern ausüben. Dieser ist durch geeignete Massnahmen zu mildern. Das Gedankengut des wirkungsorientierten Handelns unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit soll gepflegt und weiter ausgebaut werden. Durch die Überprüfung und Anpassung der Behandlungsabläufe sollen die medizinischen und pflegerischen Leistungen und die Kundenfreundlichkeit für die Patientinnen und Patienten sowie die Arbeitsbedingungen für das Personal verbessert und durch informatikseitige und andere technische Verbesserungen die Betriebsabläufe erleichtert werden. Im Gesundheitswesen allgemein wird es darum gehen, auf der Basis der durch die Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft getroffenen Beschlüsse eine wirkungsorientierte und nachhaltige gemeinsame Spitalplanung durchzuführen. Gleiches gilt für die gemeinsame Planung des Rheinschiffverkehrs im Bereich Volkswirtschaft.

Programmpunkt Nr. 3.01

Gesundheitswesen

Das Gesundheitsgesetz wird überarbeitet werden, und es wird ein neues Gesetz, das Alters- und Pflegeheimgesetz, zu beschliessen sein. Das Berufsbild der Pflegenden ist im Wandel. Die strategischen Arbeiten im Zusammenhang mit der neuen Bildungssystematik sind weiterzuführen. Die Positionierung der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als Leistungserbringer auf dem kostenmässig stark unter Druck stehenden Gesundheitsmarkt ist zu stärken, die gemeinsame Spitalplanung mit Basel-Stadt durchzuführen. Die Einflüsse der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes auf das Gesundheitsversorgungssystem des Kantons und der Region werden bei allen Überlegungen zu beurteilen und zu berücksichtigen sein.

Die stetig ansteigenden Prämien in der Krankenpflegeversicherung können durch den Kanton wenig beeinflusst werden: massvollen Spitaltaxerhöhungen bei kürzeren Aufenthaltszeiten stehen kostentreibende Mengenausweitungen in allen anderen Leistungsbereichen gegenüber. Durch das System der Prämienverbilligung, das durch eine Revision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz per 2003 eine Anpassung erfährt, können die Prämien schübe doch einigermaßen abgefedert werden.

Ziele

Behandlung / Betreuung

Massnahmen

Amtsbericht 2002

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Erfüllung der vom Krankenversicherungsge- setz geforderten Qualitätssicherungsbedingun- gen, Angebotsoptimierung	3.01.01 Kantonsspital Bruderholz: Fortgesetzte Prozessoptimie- rung, Durchführung von ausgewählten Qualitäts- projekten in allen Bereichen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der systematischen Erfassung der Patien- tenzufriedenheit.	Der Betrieb der interdisziplinären Notfallstation KSB/UKBB wurde verbessert durch Einführung der Doppelbesetzung der Notfallporte und gleichzeitiger Optimierung der Auf- nahmeprozeduren. Pflegestandards wurden laufend überarbeitet, der Pflle- gestandard «Übergaberapport auf den Stationen» einge- führt. Die zweite systematische Patientenzufriedenheitsmes- sung mit Benchmarkung wurde durchgeführt.
	Kantonsspital Liestal: Einführung eines neuen Patien- tenbefragungssystems mit Benchmarking.	Das System wurde 2002 eingeführt. Die Ergebnisse von Umfrage und Benchmarking fliessen in die laufende Opti- mierung der Prozesse des Leistungsangebots und der Servicequalität ein.
	3.01.02 Kantonsspital Liestal: Das im Jahre 2001 erfolgreich umgesetzte neue Produkt "Privatabteilung" von bisher 24 Betten auf, nach Abschluss der Bauarbeiten KSL 95, 36 Betten erweitern.	Das Vorhaben konnte baulich wie organisatorisch mit Abschluss der Bauarbeiten KSL 95 realisiert werden. Die Qualität entspricht den Zielsetzungen.
	3.01.05 Überführung des Pilotversuches für die heroingestützte Behandlung von schwerstsuchtigen Patientinnen und Patienten in ein Definitivum.	Der Bericht "Heroin gestützte Behandlung, Bericht nach abgeschlossener Pilotphase" wurde der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion überreicht und wird intern diskutiert. Über die Form der Weiterführung soll demnächst ent- schieden werden.
	3.01.30 Zwecks Erfüllung der Rechtsnorm gemäss Bundes- (neu) gerichtsvorgaben ist die Vorlage für einen Gesetzes- entwurf betreffend die Zwangsbehandlung von Patien- tinnen und Patienten mit psychischen Störungen zu erarbeiten. (Vorlage an den Landrat)	Dieses Anliegen soll im Rahmen der kommenden Totalre- vision des Gesundheitsgesetzes aufgenommen werden.
	3.01.31 Kantonsspital Liestal: Differenzierung als interdiszipli- (neu) naires Behandlungszentrum für Patientinnen/Patienten (Änderung der innerbetrieblichen Untersuchungs- und Behandlungsabläufe).	Die verschiedenen Kliniken haben im Rahmen der För- derung der interdisziplinären Patientenbetreuung die bisher geplanten Projekte umgesetzt.

Infrastruktur

Ziele

Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Spitälern an den medizinischen Fortschritt und an neue Bedürfnisse. Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten in den Bereichen Kantonales Laboratorium und Berufsschule für Pflege.

Massnahmen

- 3.01.07 Realisierung des Projektes Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inkl. Neubau Werkstatt- und Bürogebäude in der Psychiatrischen Klinik (Fertigstellung 2004).
- 3.01.08 Kantonsspital Bruderholz: Konkretisierte Planung für KSB 2000 plus (zusammen mit Hochbauamt), unter Berücksichtigung des Standortentscheides UKBB.
- 3.01.10 Kantonales Institut für Pathologie: Baukreditvorlage an den Landrat zur Realisierung des neuen Standortes im Personalhaus auf dem Areal des Kantonsspitals Liestal (KSL). Aus funktionellen wie organisatorischen Gründen empfiehlt sich die Nähe zum KSL.
- 3.01.11 Die Planung eines oder mehrerer Schulgebäude für Berufe im Gesundheitswesen, muss auf der Basis der bikantonalen Schulplanung in Angriff genommen werden (vgl. auch 3.01.27).

Amtsbericht 2002

Das Bauprojekt wurde unter Federführung des Hochbauamtes weitergeführt. In der Personalwohnsiedlung Goldbrunnen konnten anfangs 2002 bereits die Provisorien für die Rehabilitationsabteilungen A3/5, A6 und A7/8 bezogen werden. In den freigewordenen Abteilungen wurden bereits Abbrucharbeiten vorgenommen.

Das Provisorium Martin Birmann-Spital wurde den Kantonalen Psychiatrischen Diensten vom Kantonsspital Liestal im November 2002 übergeben. Der HNO-Teil des MBS konnte durch die Abteilungen A9 und A10 bereits teilweise bezogen werden.

Die Fertigstellung der Provisorien in den weiteren Gebäudeteilen des MBS ist per Ende Mai 2003 vorgesehen, so dass das Provisorium Anfang Juni 2003 definitiv bezogen und das Haus A per Juli 2003 fertig geräumt sein wird. Ab diesem Zeitpunkt steht den weiteren Abbruch- sowie den anschliessenden Bauarbeiten nichts mehr im Wege.

Wegen der in Gang befindlichen regionalen Spitalplanung erfolgten 2002 keine direkten Planungsaktivitäten für KSB 2000plus. Hingegen wurde die neue Verkehrsführung für die Einfahrt ins Parking mit Schaffung eines Kreisels auf der Kreuzung Batteriestrasse/Fiechthagstrasse zusammen mit der BUD realisiert. Zudem erfolgte unter Federführung des Hochbauamtes die Ausarbeitung einer Landratsvorlage für den Bau eines neuen Parkdecks.

Die Vorbereitungsarbeiten sind von Seiten Institut für Pathologie abgeschlossen und zur weiteren Bearbeitung dem Hochbauamt übergeben worden.

Nach der Erarbeitung eines approximativen Raumprogrammes wurde mit der Standortevaluation für die erforderlichen Neubauten begonnen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	3.01.32 Kantonsspital Bruderholz: Schrittweise Realisierung (neu) eines neuen RIS (Radiologie-Informations-System), eines neuen, digitalen PACS (Patienten-, Archiv- und Communications-System) sowie eines neuen Klinik-Informations-Systems. 3.01.34 Kantonsspital Bruderholz: Sicherheitsrelevante Sanierungsmassnahmen Infrastruktur KSB in Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion.	Ein neues RIS und ein PACS wurden evaluiert und beschafft. Die vollständige Umsetzung erfolgt im Jahr 2003. In der Orthopädie wurde ein Klinik-Informationssystem eingeführt. Die Erarbeitung einer entsprechenden Landratsvorlage der BUD wurde unter aktiver Mitwirkung des Technischen Dienstes des KSB vorangetrieben (Fertigstellung im Jahr 2003).
Tarifstruktur	3.01.12 Alle Spitäler: Einführung des TarMed (Erfassung, Verarbeitung) mit der entsprechenden Schulung des Personals. Umstellung der ambulanten Tarifierung und Abrechnung auf TarMed per 1.1.2003. Festlegung des Taxpunktwerthes in Verhandlungen mit den Krankenversicherungen. Anpassung aller TarMed-abhängigen Verträge mit den Versicherungen. 3.01.13 Kantonsspitäler Liestal und Bruderholz: Weiterentwicklung der im Rahmen des Projektes TANDEM eingeführten Kostenstellenrechnung nach Produktgruppen (Sparten).	Die Einführung dieses nationalen Projektes wurde auf den 1.1.2004 verschoben. Im Jahr 2002 wurden folgende Schritte realisiert: Aufteilung des Gesamtprojektes in Teilprojekte; Erarbeitung der klinikspezifischen Leistungskataloge mit einem geeigneten Informatikinstrument; Datenauswertung für die koordinierte Erhebung des Start-Taxpunktwerthes der Spitäler BL; konzeptionelle Arbeiten für die Leistungserfassung und Mitwirkung an der koordinierten Evaluation eines (Informatik-)Instrumentes für die Leistungserfassung; koordinierte Schulung eines Kernteams. Die Weiterentwicklung der Kostenstellenrechnung nach Produktgruppen entspricht den gestellten Zielsetzungen (Umsetzungsgrad 80 %).
Planung / Regionale Zusammenarbeit	3.01.14 Überarbeitung / Aktualisierung der Spitalplanung und der gemeinsamen Spitalliste BS/BL sowie der BL-spezifischen Spital- und Pflegeheimliste unter Berücksichtigung der 2. Teilrevision KVG.	Die Spitalliste BL und die Pflegeheimliste wurden per 1.1.02 bereinigt und aktualisiert. Die gemeinsame Spitalliste BS/BL wurde auf den 1.1.03 angepasst und der zweite Akutbettenabbauschritt realisiert. Das Projekt Regionale Spitalplanung beider Basel wurde weiter vorangetrieben (LR-Vorlage 2002/136) und ein neues Projekt "Hausaufgaben BL" gestartet.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	3.01.17 Konsolidierung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel UKBB). 3.01.15 Überprüfung der Verträge mit den Privatspitälern in Basel-Stadt (sowie ggf. der verschiedenen übrigen Vertragswerke mit Kantonen und Institutionen) unter Berücksichtigung der 2. Teilrevision KVG. 3.01.04 Abschluss des Planungsprozesses Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft. (Konzeptvorlage an den Landrat) 3.01.19 Festlegen der Organisation des Umwelt- und Verbraucherzentrums und Planung der erforderlichen baulichen Massnahmen (Gemeinsames Projekt Bau- und Umweltschutzdirektion/ Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion).	Der Kredit für die Ausarbeitung eines Vorprojektes für einen Neubau des Universitätskinderspitals beider Basel (LR-Vorlage 2002/136) wurde vom Parlament am 1.12.2002 beschlossen. Zu Handen des Landrates verabschiedete der Regierungsrat am 5. November 2002 zudem folgende Vorlagen: 2002/274 betreffend Jahresrechnungen des UKBB 1999 und 2000; 2002/275 betreffend UKBB; Genehmigung von Globalbeiträgen für die Jahre 2003 und 2004"; 2002/277 betreffend Jahresrechnung UKBB 2001 sowie Abtragung der Finanzierungslücken der Jahre 1999 bis 2002. Von den Verträgen mit den Basler Privatspitälern wurde nur jener mit der Klinik Sonnenhalde per 1.1.03 erneuert. Die Rahmenbedingungen der 2. Teilrevision KVG sind derzeit noch unklar. Das Projekt Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft konnte per Oktober 2002 abgeschlossen und der Schlussbericht der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion übergeben werden. Die LR-Vorlage ist in Vorbereitung. Eine von einer externen Firma durchgeführte Untersuchung über Vor- und Nachteile eines Umwelt- und Verbraucherzentrums ergab kein nennenswertes Synergiepotenzial. Das Projekt wurde deshalb eingestellt.
Rahmenbedingungen	3.01.20 Totalrevision des Gesundheitsgesetzes. Ganz neu wird der Heilmittelbereich zu gestalten sein. Weiterer Handlungsbedarf kann sich im Bereich der gegenseitigen Anerkennung der Berufsdiploome ergeben (bilaterale Abkommen mit der EU). Für die Selbstdispensation der Ärzteschaft ist eine kantonale Regelung zu finden. (Vorlage an den Landrat)	Die Neuregelung des Heilmittelbereichs schreitet auf Bundesebene nur langsam voran. Die Totalrevision des kantonalen Gesundheitsgesetzes verzögert sich dadurch.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	Anschlussarbeiten an die Revision des Spitalgesetzes des Jahres 2001 mit Schwerpunkt Neuregelung Chefarzthonorare (Aenderung des Personaldekretes). 3.01.21 Konsolidieren der Aufgaben des Kantons unter dem neuen, aber schon mehrmals revidierten Krankenversicherungsgesetz; allenfalls Erfassen neu geplanter Revisionen des KVG. 3.01.22 Erarbeitung der Vorlage für eine Gesetzgebung für die Alters- und Pflegeheime. (Vorlage an den Landrat)	Die Neuregelung der Chefarztverträge ist abhängig von kommenden Änderungen im KVG-Bereich, die frühestens 2004 in Kraft treten werden. Diese Aufgaben werden in einem laufenden Prozess wahrgenommen. Schnittstellenprobleme im Bereich AHV/IV führten zu einer leichten Verzögerung. Der Gesetzesentwurf wurde Ende 2002 in die öffentliche Vernehmlassung geschickt.
Aus- und Weiterbildung Die Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen wird auf der Basis der neuen Bildungssystematik, der nachfolgenden Regelung durch das Berufsbildungsgesetz und der erarbeitenden Grundlagen zur Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt umgesetzt.	3.01.26 Der Grundsatzentscheid über die Integration der Pflegeassistenzschulen der Kantonsspitäler Laufen und Bruderholz in die Strukturen der Berufsschule für Pflege wird unter Berücksichtigung der Gesamtstrategie der Umsetzung der neuen Bildungssystematik der SDK, dem neuen Berufsbildungsgesetzes und des gemeinsamen Vorprojekts mit dem Kanton Basel-Stadt - "Reorganisation der Berufsbildung im Gesundheitswesen" - gefällt.	Die Schulen für Pflegeassistenz der Spitäler Bruderholz und Laufen wurden am 31. August 2002 aufgelöst. Die Ausbildung wurde reorganisiert und ab 1. September 20

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	3.01.27 Nachdem die beiden Regierungen BS und BL sich für eine Kooperation in der Umsetzung der neuen Bildungssystematik der Gesundheitsberufe ausgesprochen haben und ein entsprechendes Projekt lanciert wurde, wird über eine bikantonale Schulplanung zu entschieden sein.	Die Regierungen BS und BL haben die strategischen Grundsatzentscheide für eine regionale Schulplanung im Gesundheitswesen getroffen. Festgehalten wurde, dass der Kanton Basel-Landschaft die Verantwortung für die Sekundarstufe II der Berufe im Gesundheitswesen übernimmt. Damit wird die neue Ausbildung zu Fachangestellten Gesundheit auf der Basis des Planungsberichtes von H. Mohler, Rektor der Berufsschule für Pflege, aufgebaut. Der Bericht sieht vor, diese Ausbildung im Lehrortsprinzip zu gestalten; dabei übernehmen die Berufsbildungsämter BS und BL jeweils für die im jeweiligen Kanton ansässigen Institutionen die Lehraufsicht. Die schulische Ausbildung wird an der Berufsschule für Gesundheit BL (heutige Berufsschule für Pflege) für beide Kantone angeboten. Die beiden ersten Pilotkurse werden 2004 beginnen. Für die Ausbildungen auf Tertiärstufe wird Basel-Stadt die Federführung für ein Projekt übernehmen, das zum Ziel hat, eine gemeinsame Trägerschaft zu definieren, um anschliessend eine Höhere Fachschule Gesundheit für Diplomberufe im Bereich Gesundheit anbieten zu können.

Programmpunkt Nr. 3.02 Arbeit

Seit rund zwei Jahren ist ein Wechsel der Tätigkeitsschwerpunkte bei den Arbeitsmarktbehörden im Gange. Der Vollzug der Arbeitslosenversicherung verliert an Gewicht, während die "ordnungspolizeilichen" Aufgaben an Bedeutung gewinnen. Dies zeigt sich besonders auch in den Programmschwerpunkten des Jahres 2002: Wichtigste Programmpunkte sind die Umsetzung des freien Personenverkehrs mit der EU, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Durchsetzung des neuen Arbeitsgesetzes.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Arbeitslosenversicherung Vorbereitung auf die AVIG-Revision 2003 und das neue ATSG (Gesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts)	3.02.01 Weitere Optimierung der Ablauforganisation und Strukturen, Anpassung an die neuen Grundlagen	Das Ziel wurde erreicht. Das per 1. Januar 2003 in Kraft getretene ATSG verlangte nach neuen Zuständigkeitsregelungen im Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes AVIG. Die AVIG-Revision tritt per 1. Juli 2003 in Kraft.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Ausländische Arbeitskräfte Reibungslose Umsetzung des freien Personenverkehrs mit der EU ab dem voraussichtlichen Inkrafttreten Mitte 2002	3.02.02 Informationsveranstaltungen bei Verbänden und Organisationen, Anpassung der rechtlichen Grundlagen und der vorhandenen Strukturen, Bereitstellung der benötigten Dienstleistungen, Konstituierung der Tripartiten Kommission für die flankierenden Massnahmen	Mit Ausnahme der Konstituierung der Tripartiten Kommission wurde das Ziel erreicht. Grund für die noch nicht erfolgte Konstituierung: Die Verordnung des Bundes, die dafür die Grundlage abgeben muss, liegt noch nicht vor.
Neues Arbeitsgesetz Durchsetzung des neuen ArG	3.02.04 Informationskampagne bei Verbänden und Organisationen, intensivierte Kontrollen bezügl. Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit insbesondere bei Grossverteilern, Verstärkung der personellen Ressourcen	Das Ziel wurde, den Möglichkeiten entsprechend, erreicht. Personelle Ressourcen konnten um eine Mitarbeiterin aufgestockt werden.

Programmpunkt Nr. 3.03 Wirtschaftspolitik

Im Jahre 2002 wird es darum gehen, die im Rahmen des Wirtschaftsberichtes 2000 beschlossenen Massnahmen, insbesondere das Impulsprogramm Familie und Beruf, umzusetzen und die Tourismusförderung voranzutreiben. Die vom Landrat im Rahmen der Wirtschaftsdebatte vom Mai 2001 überwiesenen Vorstösse betreffen verschiedene Bereiche und werden von den jeweils zuständigen Direktionen geprüft und bearbeitet. Die Wirtschaftspolitik ist eine Querschnittaufgabe, die von der Finanz- und Steuerpolitik über die Bildungspolitik und Raumplanung bis hin zur Arbeitsmarktpolitik reicht. Entsprechend wird der Wirtschaftsbericht 2002 wiederum in Zusammenarbeit aller Direktionen und koordiniert mit Basel-Stadt erarbeitet werden. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Durchsetzung des neuen Arbeitsgesetzes sowie die eingeleiteten Ueberlegungen zur Optimierung der Zusammenarbeit mit der baselstädtischen Rheinhäfen sind weitere wirtschaftspolitische Themen, die die Direktion beschäftigen werden. Das Datum des Inkrafttretens der Bilateralen Verträge ist nach wie vor offen, es wird jedoch von einem Inkrafttreten per Mitte 2002 ausgegangen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Wirtschaftsbericht	3.03.01 Neuauflage des Wirtschaftsberichtes in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt.	Das Vorhaben des gemeinsamen Wirtschaftsberichtes mit Basel-Stadt wurde auf das Jahr 2003 verschoben, da die notwendigen statistischen Grundlagen aus den Betriebszählungen erst im Jahre 2003 zur Verfügung stehen werden. Demgegenüber hat der Regierungsrat im Jahre 2002 einen Wirtschaftsbericht für Basel-Landschaft erstellt. <i>Vorlage 2002/296 vom 26. November 2002</i>

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Tourismus Etablierung einer professionellen Tourismusorganisation unter dem Namen Baselland Tourismus; Feststellen des touristischen Potentials und der Förderungsmöglichkeiten.	3.03.02 Fortsetzung der Arbeiten im Hinblick auf eine Stärkung des Tourismus im Kanton.	Die Vorbereitungsarbeiten wurden weitestgehend abgeschlossen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Förderung des Tourismus (Tourismusgesetz) wurde vom Regierungsrat am 17. Dezember 2002 zuhanden der öffentlichen Vernehmlassung verabschiedet.
Wirtschaftsförderung Optimale Ergänzung und Abgrenzung der Wirtschaftsförderungen BS und BL sowie Aufbau genügender Ressourcen; Ziele und Mittel der Wirtschaftsförderung neu festlegen.	3.03.03 Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen der Wirtschaftsförderung. <i>Vorlage an den Landrat</i>	Die volkswirtschaftliche Stelle im Generalsekretariat der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion war ab November 2001 bis Ende September 2002 unbesetzt. Dieser personelle Engpass führte dazu, dass dieses Geschäft noch nicht angegangen werden konnte.
Familie und Beruf Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über das Impulsprogramm "Familie und Beruf" gemäss Wirtschaftsbericht BL 2000	3.03.04 Unterstützung von Einrichtungen der familienergänzenden (neu) Kinderbetreuung.	Die Öffentlichkeit wurde über das Impulsprogramm informiert und die Kriterienliste für die regionale Verteilung und Ausrichtung von Beiträgen (Anschubfinanzierung) erarbeitet. Im Berichtsjahr sind 28 Gesuche eingereicht worden, davon konnten bereits 8 Gesuche (total 118 ganztägige neue Betreuungsplätze) positiv beurteilt werden, während die übrigen noch bearbeitet werden. Bis Ende 2002 waren bereits 73 neue Plätze in Betrieb. Die Eröffnung von 45 weiteren Plätzen erfolgt in der ersten Hälfte 2003. Das Interesse der Arbeitgeberschaft am Impulsprogramm muss noch stärker geweckt werden. Für 2003 sind entsprechende Massnahmen geplant.

Programmpunkt Nr. 3.04 Landwirtschaft

Die agrarpolitischen Vorgaben des Bundes sind im Vollzug laufend umzusetzen. Über die Grundausbildung, Weiterbildung und Beratung sind die Landwirte und Landwirtinnen zu befähigen, sich den wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Auf kantonaler Ebene sind je nach Bedarf Ergänzungsmassnahmen bereitzustellen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Allgemeines		

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Aufgabenüberprüfung der verschiedenen Kommissionen Landwirtschaft.	3.04.10 Vergleiche mit anderen Kantonen. (neu)	Der Vergleich wurde in einem Bericht an die VSD festgehalten. In der Folge übergab der Vorsteher der VSD das Präsidium der Fachkommission Nutztierhaltung an ein anderes Mitglied. Die Aufgaben der Kommission für die Bewilligung von Rebpflanzungen wurden an das Landw. Zentrum Ebenrain übertragen.
Leitbild für das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain.	3.04.11 Leitbild erarbeiten und umsetzen. (neu)	Das Leitbild wurde von der VSD am 28. Oktober 2002 genehmigt.
Bildung, Weiterbildung, Beratung Lehrplanumsetzung in der landwirtschaftlichen Ausbildung.	3.04.01 Der neue vom Bundesamt für Bildung und Technologie (BBT) genehmigte Lehrplan für die landwirtschaftliche Ausbildung wird eingeführt.	Die Umsetzung ist im Gange und wird mit dem Schuljahr 02/03 abgeschlossen.
Modularisierung der hauswirtschaftlichen Ausbildung.	3.04.12 Aufbau und Einführung der modularen Ausbildung. (neu)	Die hauswirtschaftlichen Ausbildungsmodule werden seit August 2002 angeboten und durchgeführt.
Landwirtschaftliche Produktion		
Erfassen der genauen landwirtschaftlichen Nutzflächen.	3.04.14 Aufgrund der Luftbilder werden durch das Landw. Zentrum Ebenrain die landwirtschaftlichen Nutzflächen neu bestimmt. (neu)	Die Erfassung ist im Gange und wird noch mindestens ein Jahr dauern. Die bisher erfassten Abweichungen gegenüber den Selbstdeklarationen der Landwirtschaftsbetriebe sind in der Regel klein.
Infrastruktur		
Umschuldung von Bauernbetrieben, welche unverschuldet oder infolge der neuen Agrarpolitik in eine Notlage geraten.	3.04.15 Einsatz von Betriebshilfedarlehen. Bereitstellen von kantonalen Mitteln, damit Bundesmittel ausgelöst werden können. (neu)	Es wurden 4 Darlehen von insgesamt 247'000 Franken (Bund und Kanton) zur Umschuldung gewährt.

Programmpunkt Nr. 3.05 Wald

Das Sicherstellen der nachhaltigen Erfüllung aller Waldfunktionen ist eine gemeinsame Aufgabe von Waldeigentümern und Öffentlichkeit. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Waldeigentümer soll unterstützt und das Wissen der Öffentlichkeit und Behörden über Bedeutung und Schutz des Waldes gefördert werden

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Walderhaltung		
Erhalten und Verbessern einer qualitativ und quantitativ nachhaltigen Entwicklung des Waldes.	3.05.05 Weiterführung des Waldwiederherstellungsprojektes nach dem Orkan "Lothar".	Das Projekt konnte erfolgreich weitergeführt werden. Einzelne Projektteile wie die Sturmholzerei, die Sanierung der Waldstrassen oder die Holzlagerung konnten programm-gemäss abgeschlossen werden.
Stärken der Forstbetriebe als Garanten einer qualitativ guten und nachhaltigen Waldpflege durch das Sicherstellen der Marktfähigkeit des einheimischen Rohstoffes Holz.	3.05.07 Unterstützung des Projektes "Waldzertifizierung" des (neu) Waldwirtschaftsverbandes beider Basel.	Das Projekt ist auf gutem Weg, zeitgerecht abgeschlossen zu werden. Die finanzielle Unterstützung hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Waldeigentümer auch in einer finanziell angespannten Situation diese notwendige Investition tätigen konnten. Bis Ende 2002 waren 2/3 der basellandschaftlichen Waldfläche zertifiziert.
Erhöhung des Wissens und der Sensibilität der Bevölkerung über und für das Ökosystem Wald	3.05.08 Unterstützung des Projektes "Waldschulzimmer" als (neu) Basis für eine waldgerechte Umweltbildung. Förderung des waldspezifischen Schulunterrichtes in den Unter- und Oberstufen.	Das Projekt ist durch eine Einsprache ins Stocken geraten. Das Forstamt hat darauf entschieden, dass ein Rodungsgesuch nachgereicht werden muss.
Besondere Waldfunktionen		
Sicherstellen und Fördern der besonderen Waldfunktionen in den Bereichen Schutz vor Naturereignissen, Arten- und Lebensraumvielfalt sowie Erholung	3.05.02 Erstellen der Grundlagen für die Überarbeitung und Ergänzung der Gefahrenkarte als Basis für die Planung weiterer Projekte zur Gefahrenabwehr und Schutzwaldsanierung. Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt "Vordere Frenke".	Das Thema "Gefahrenkarte" war Gegenstand eines Postulates, das durch die BUD beantwortet wurde. Die Vorbereitungsarbeiten (Pilotprojekt Waldenburg) werden zeitgerecht abgeschlossen werden. Die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung hat sich bereit erklärt, sich substantiell an der Finanzierung der Gefahrenkarte Basellandschaft zu beteiligen. Der Bund hat einer Vorstudie zu einem Projekt zugestimmt, das die Ausscheidung und Pflege der Schutzwälder (Waldbau B) sowie der Wälder mit besonderer Schutzfunktion (Waldbau C) beinhaltet.
	3.05.03 Konzept zur Erhebung der finanziellen Beteiligung der Waldeigentümer und Nutzniesser an den sogenannten Waldbau-C-Projekten (Wälder mit besonderer Schutzfunktion).	Das Vorhaben wurde sistiert bzw. in das oben erwähnte kantonale "Waldbau-B-C-Projekt" integriert. Der Bund wird dem im Jahre 2003 (evtl. 2004) einzureichenden Vorprojekt nur zustimmen, wenn ein entsprechendes Mitfinanzierungskonzept vorliegt.
Waldnaturschutz		

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Erhöhung der für Naturschutzanliegen aus- geschiedenen Waldflächenanteile.	3.05.06 Umsetzung des Konzeptes "Naturschutz im Wald"	Per Ende 2002 sind programmgemäss rund 6,5% der Waldflächen der Baselbieter Wälder dauerhaft als Natur- schutzzonen gesichert.

Programmpunkt Nr. 3.06 Vermessungs- und Meliorationswesen

Start der Umsetzung der Landratsvorlage Geographisches Informationssystemen (GIS) in der Verwaltung und in den Gemeinden. Start der Realisierung der neuen amtlichen Vermessung 2. Etappe 2001 - 2008. Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen und von Einzelprojekten in den Gemeinden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Geografisches Informations- system GIS		
Förderung und Nutzung von GIS Systemen, Applikationen und Daten	3.06.01 Realisierungsbeginn der zentralen Projekte: 1. Geo Data Warehouse (zentrale Datenbank für GIS Daten mit kontrolliertem Zugriff für die Verwaltung, Gemeinden und private Stellen); 2. Auswertungssysteme für die Anwendungen in den Dienststellen; 3. Parzellen-Informationssystem zusammen mit dem Grundbuch. 3.06.02 Beginn des Ausbaus des Informatik-Zentrums LIS zur GIS-Fachstelle als Dienstleistungsbetrieb für GIS bezogene Projekte.	Im Frühjahr 2002 erfolgte die Systemauswahl für das Geo-Data Warehouse als erstes Projekt der GIS-Landratsvorlage 2000-091. Software, Hardware und Dienstleistungen dazu wurden bestellt und installiert. Gleichzeitig wurde die Intranet Applikation für die Abfrage und Darstellung von Daten der Amtlichen Vermessung, Grundbuchdaten und Nutzungsplänen initialisiert (PARZIS). Die Produktion beider Systeme wird Anfang 2003 aufgenommen. Aufgrund der Landratsvorlage GIS 2000-091 wurde die GIS-Fachstelle im Jahr 2002 neu organisiert. Damit wird die Realisierung der zusätzlichen zentralen GIS-Projekte sichergestellt. Die Nachführungsgeometer Baselland und die GIS-Fachstelle führten im Berichtsjahr zusammen über 700 Abgaben von GIS-Daten durch. Die GIS-Fachstelle stellte vermehrt Datensätze zusammen für diverse Projekte in den Dienststellen, hauptsächlich in der VSD und in der BUD.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Amtliche Vermessung 93 Abschluss der 1. Phase, Einleitung der 2. Phase	3.06.03 Beginn der Umsetzung der Landratsvorlage "Geographisches Informationssystem (GIS) Basel-Landschaft". 3.06.04 Der Abschluss der 1. Etappe der Realisierung der AV93 über die Jahre 1996 bis 2000 setzt sich gemäss Werkverträgen fort und dürfte 2003 beendet sein. 2002 wird der eigentliche Beginn der Realisierung der 2. Etappe AV93 2001 - 2008 sein, vorausgesetzt, der Landrat fasst dazu den Beschluss noch im Frühherbst 2001.	Verschiedene Dienststellen erhielten von der GIS-Fachstelle Unterstützung für die Realisierung von GIS-Projekten oder wurden in GIS-Belangen beraten. Für die Realisierung einer Gebäudedatenbank wurde ein Konzept erstellt. Diese Datenbank verwaltet den Lebenszyklus der bewilligungspflichtigen Gebäude und soll ab 2004 von mehreren Dienststellen in verschiedenen Direktionen betrieben werden Die technischen Arbeiten verliefen in den betroffenen Gemeinden vertragsgemäss, der technische Abschluss konnte jedoch bis Ende 2002 nicht erreicht werden wegen veränderter Vertragstermine bis im 2. Semester 2003. Bedingt durch den Bundeskredit und durch Terminänderungen wurden weniger Gemeinden einbezogen als vorgesehen. Die vertraglich vorgesehene anteilmässige Leistung wurde von Unternehmerseite nur zu 75% erreicht.
Bodenverbesserung Einbezug des Bezirks Laufen	3.06.05 Einleitung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen. 3.06.06 Weiterführen der laufenden Bodenverbesserungsunternehmen sowie Verfügbarmachen aller beim Bund vorgesehenen finanziellen Bodenverbesserungshilfen für den Kanton. 3.06.07 Realisierung der ersten Jahresetappe für die digitale Sicherung der alten Meliorationsleitungspläne bei der Fachstelle Melioration, Start Pilotprojekt.	Einen Schwerpunkt bildete die Vorbereitung und Abstimmung über die Durchführung einer Gesamtmelioration in der Gemeinde Wahlen. Weitere Abklärungen und Gespräche über die Durchführung von Gesamtmeliorationen fanden in den Gemeinden Blauen, Brislach und Dittingen statt. Im Jahr 2002 wurden 3 Gesamtmeliorationen und drei Wiederherstellungsprojekte nach den Unwettern von 1999 fortgeführt. 7 neue Meliorationsprojekte wurden durch den Regierungsrat genehmigt, verbunden mit der Zusicherung eines Meliorationsbeitrages. Im Rahmen des Pilotprojektes Naturgefahren hat die Fachstelle Melioration in 7 Gemeinden des Waldenburgertales die alten Meliorationsleitungspläne gescannt und ins GIS des Amtes integriert.

Programmpunkt Nr. 3.07 Rheinhäfen

Die Rheinhäfen in Birsfelden und Muttenz sollen weiterhin entwickelt und einer optimalen Nutzung zugeführt werden. Der durch die gewerbliche Schifffahrt genutzte umweltfreundliche Gütertransport und -umschlag in den beiden Baselbieter Rheinhäfen soll durch geeignete Massnahmen unter Wahrung der Sicherheit und unter Schonung der Umwelt gefördert werden. Die eingeleiteten Überlegungen zur Optimierung der Zusammenarbeit mit den baselstädtischen Rheinhäfen werden weiterverfolgt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Container-Terminal im Rheinhafen Birsfelden	3.07.01 Es wird mit einem potentiellen Betreiber ein neues Projekt geplant und voraussichtlich im Jahr 2002 realisiert. Die notwendigen Investitionen des Kantons für die Infrastruktur sind noch nicht bekannt.	Nach erfolgter Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens konnte am 2. Dezember 2002 der Spatenstich zum neuen Container-Terminal auf dem inzwischen weitgehend sanierten ehemaligen BP-Areal erfolgen. Die Investitionen seitens des Kantons BL lassen sich im Rahmen der ordentlichen Rechnungen der Rheinhäfen und der Hafenbahn BL realisieren.
Zusammenarbeit mit den Rheinhäfen Basel-Stadt Optimierung	3.07.02 Auf der Grundlage des im Jahre 2001 erstellten Expertenberichtes über eine allfällige Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel sollen eine gemeinsame Hafenentwicklungsstrategie und ein gemeinsames Hafennutzungskonzept erarbeitet sowie konzeptionell-strategische Abklärungen zur Ausgestaltung eines Zusammenschlusses und zur Aufteilung der Erträge auf die beiden Kantone getroffen werden. Danach werden die Ergebnisse in den beiden Regierungen zu diskutieren und das weitere Vorgehen zu bestimmen sein.	Die verlangten Vorarbeiten und Planungsinstrumente liegen vor und die beiden Regierungen BL und BS haben in einem gemeinsamen Grundsatzbeschluss der organisatorischen Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel und der Verselbständigung in eine Anstalt öffentlichen Rechtes zugestimmt. Es wird nun als nächster Schritt eine Landratsvorlage mit einem neuen gemeinsamen Rheinhafengesetz und einem Staatsvertrag zwischen BL und BS ausgearbeitet.
Konzession Hafenbahn BL Erneuerung	3.07.03 Die per 2002 auslaufende Konzession für den Betrieb (neu) der Hafenbahn BL muss erneuert werden.	Das Bundesamt für Verkehr hat dem Antrag der Regierung BL zugestimmt und der Hafenbahn BL den Status einer Bahn nationaler Bedeutung bestätigt. Die Konzession wurde verlängert bis 30. Juni 2022.

4 BAU - UND UMWELTSCHUTZDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Umwelt

Der Erhalt einer intakten Umwelt bildet die Grundlage für eine gesunde Entwicklung unseres Kantons. Die Bau- und Umweltschutzdirektion berücksichtigt bei der Erfüllung all ihrer Aufgaben die ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimension als Schlüsselfaktoren einer nachhaltigen Entwicklung. Die sich daraus ergebenden Zielkonflikte sind ständig gegeneinander abzuwägen. Dieses Abwägung darf nicht systematisch zu Lasten eines einzelnen Schlüsselfaktors gehen. Der Umweltschutz berücksichtigt das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und gesellschaftlicher Solidarität. Für das Jahr 2002 wurden zwei Schwerpunkte in den Bereichen Energie und Altlasten bezeichnet.

Energie

Das Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung ist die Erhöhung der Energieeffizienz und der vermehrte Einsatz erneuerbarer Energien. Dadurch werden die Ressourcen geschont und die Umwelt von Schadstoffen entlastet. Zudem trägt der Einsatz neuer Technologien zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

Altlasten

Zur raschen und systematischen Erfassung der belasteten Standorte werden die personellen Ressourcen verstärkt. In erster Linie geht es um den schrittweisen Aufbau des Katasters gemäss Altlastenverordnung und die intensivierte Untersuchung von Deponien mit Chemieabfällen sowie um die Einleitung der erforderlichen Sanierungsmassnahmen.

Raumentwicklung

Zur Stärkung der Standortgunst des Kantons werden im Raum Augst-Pratteln erste Grundlagen für eine grenzüberschreitende Planung und Raumentwicklung geschaffen. Mit einem internationalen Wettbewerb werden Ideen gesucht, wie Eigenart und Schönheit der Landschaft Augst-Pratteln im Sinne von Arbeiten, Wohnen, Wissen und Erleben aufgewertet und genutzt werden können. In der Rheinebene bietet sich die Chance, bestehende Gegebenheiten, Lage und Freiraum zu nutzen und gleichzeitig das kulturelle Erbe beispielhaft mit der Zukunft zu verbinden. Eine Neugestaltung an diesem Punkt ist nicht nur für die beiden Gemeinden bedeutungsvoll, sondern aus Sicht der Wirtschaftsförderung, der kulturellen und baulichen Entwicklung, aber auch des Umweltschutzes für die Zukunft des Kantons Basel-Landschaft richtungsweisend.

Infrastruktur

Dem Erhalt und der Optimierung der Infrastrukturen im Bereich des öffentlichen und des privaten Verkehrs - insbesondere der Hochleistungsstrassen - sowie den für die staatlichen Aufgaben notwendigen Gebäuden und Anlagen wird weiterhin hohe Aufmerksamkeit geschenkt. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen nach dem Grad ihrer höchsten Wirkung eingesetzt werden.

Programmpunkt Nr. 4.01 Umweltschutz und Energie

Übersicht

Das Forum für nachhaltige Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft hat dem Regierungsrat 2001 seinen ersten Bericht unterbreitet. Darin wird vorgeschlagen, in den drei Handlungsfeldern Wissen und Bildung, Erhaltung der natürlichen Ressourcen sowie Energie verstärkt aktiv zu werden. Der Regierungsrat hat die Direktionen beauftragt, in den gewählten Handlungsfeldern anhand konkreter Projekte Massnahmen vorzuschlagen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Luftreinhaltung		
Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung	4.01.25 Erfassen der Radio- und TV-Sender sowie der Betriebs- und Funkamateuranlagen.	Die Strahlenbelastung in der Umgebung von Radio- und TV-Sendern sowie an 15 ausgewählten Standorten in BL und BS wurde gemessen: Es wurden keine Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte festgestellt. Das Verfahren zur Überprüfung von Amateurfunkanlagen wurde im Rahmen des kleinen Baubewilligungsverfahrens bei den Gemeinden verankert.
Verbesserung und Monitoring der Luftqualität	4.01.26 Optimierung des technischen Monitorings der Luftmessungen und Aufbau eines Controllings für die Umsetzung des revidierten Luftreinhalteplans.	Die Umstrukturierung des Luftmessnetzes ist abgeschlossen. Zwei Messstationen (Schlatthof Aesch und Birsfelden) wurden stillgelegt. Gemeinsam mit dem Kanton Solothurn wurde eine Jurahöhenstation eingerichtet. Der revidierte Luftreinhalteplan wird im Jahre 2003 den Regierungen BL und BS unterbreitet. Nach der Beschlussfassung durch die Regierungen erfolgt der Aufbau des Controllinginstrumentes für die Umsetzung.
Regionale Entwässerungsplanung		
Regionale Entwässerungsplanung für Gebiet Birs, Birsig und Ergolz	4.01.08 Weiterführung der Erarbeitung der Regionalen Entwässerungsplanung (REP) Birs in Zusammenarbeit mit den Kantonen BS, BE, JU und SO. Entscheid über die Durchführung weiterer REP (Birsig und Ergolz) vorliegend.	Mit Regierungsratsbeschluss vom 17.12.02 wurde die REP Birs Phase 1 "Erhebung und Darstellung des Ist-Zustandes" abgeschlossen und der Vergabe für die 2. Projektphase "Analyse und Entwicklungskonzept" zugestimmt. Der Entscheid für die REP für Birsig und Ergolz wurde getroffen. Eine Durchführung kann aufgrund der finanziellen Situation noch nicht 2003 erfolgen.
Grundwasserschutz am Oberrhein		
Mitwirkung bei der Bestandesaufnahme der Herkunft von Verunreinigungen im Grundwasser am Oberrhein, Interreg III-Projekt	4.01.27 Gemeinsamer Regierungsratsbeschluss BL/BS über die (neu) Kostenbeteiligung im Rahmen des für Interreg III durch den LR bewilligten Budgets. Mitarbeit in der Expertengruppe "Wasserressourcen" der Oberrheinkonferenz.	Die Freigabe des Projektes durch Interreg III hat sich verzögert. Beginn der Arbeiten ab 1.1.2003.
Abwasserbehandlung		
Verbesserung der Gewässerqualität im Bereich von lokalen und regionalen Kläranlagen	4.01.12 Landratsvorlage für den Ausbau von zwei weiteren lokalen Kläranlagen (voraussichtlich Anwil und Oltingen)	Aus finanziellen Gründen zurückgestellt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	4.01.13 Vorarbeiten für eine Landratsvorlage für den Ausbau, allenfalls für die Zusammenlegung der regionalen Kläranlagen in Reigoldswil, Niederdorf und Bubendorf	Vorarbeiten soweit abgeschlossen, dass der Regierung 2003 die Land ratsvorlage ARA Frenke 1 (Reigoldswil) unterbreitet werden kann und für die ARA Frenke 3 (Bubendorf) das Vorprojekt abgeschlossen wird. Anstelle der ARA Frenke 2 (Niederdorf) soll dem Landrat der Ausbau der ARA Liesberg beantragt werden.
	4.01.14 Landratsvorlage zum Ausbau der ARA Birs 2 in Birsfelden	Die Landratsvorlage liegt im Entwurf vor und geht Anfang 2003 in Vernehmlassung.
Stoffkreislauf		
Umweltgerechter Transport und gesetzeskonforme Entsorgung des Abfalls	4.01.16 Je nach Ausgang des Praxistests Kombitrans Ausarbeitung einer Landratsvorlage zur Einführung eines integralen Entsorgungssystems.	Vorlage Praxistest KOMBITRANS vom Landrat am 8.11.01 abgelehnt. Einführung des Integralen Entsorgungssystems Strasse/Schiene seitens Kanton somit gescheitert.
Abfallvermeidung		
Impulsprojekte Abfallvermeidung und Ressourcenschonung	4.01.17 Suche nach Projektpartnern und Vorbereitung der Projektarbeit in verschiedenen Bereichen.	Mit der neu zusammengesetzten Begleitkommission wurden die zur Weiterbearbeitung geeigneten Projekte ausgewählt. Konkret werden diese 2003 ausgearbeitet.
Altlasten/belastete Standorte		
Rasche und systematische Erfassung belasteter Betriebsstandorte	4.01.19 Erfassung und Bewertung der belasteten Standorte in wichtigen Entwicklungsgebieten bis 2003; schrittweiser Aufbau des Katasters gemäss Altlastenverordnung (Termin 2003). (neue Kreditvorlage ergänzend zu LRB 962 vom 19.10.92)	Die Erfassung in Rheintal und den Agglomerationsgemeinden ist abgeschlossen, die Bewertung eingeleitet. Gesamtschweizerisch wird sich aber der Termin für die Erstellung des Katasters bis mindestens 2005 verlängern. Die neue Landratsvorlage ist bereit für die Vernehmlassung und wird 2003 der Regierung zugeleitet.
Untersuchung von Deponien mit Chemieabfällen und Einleitung der erforderlichen Massnahmen	4.01.19 Ergänzende Untersuchungen an den Deponien Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse, MuttENZ; Ermittlung der Verursacher und der weiter erforderlichen Schritte.	Der Schritt der historischen Untersuchung und Ist-Zustandsaufnahme des Grundwassers wurde abgeschlossen. Der zweite Schritt der Erarbeitung des Pflichtenheftes für die Detailuntersuchungen wurde mit neuer Projektorganisation eingeleitet. Das Pflichtenheft wird dem AUE voraussichtlich im Februar 2003 zur Genehmigung vorgelegt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	4.01.19 Begleitung allfälliger Sanierungsmassnahmen bei grenznahen Deponien und Sicherstellung der Überwachung von Schutzgütern in den Gemeinden Allschwil und Schönenbuch.	Die regelmässige Überwachung der Grund- und Oberflächenwässer auf Gebiet BL läuft und wurde durch verschiedene Studien ergänzt. In engem Kontakt mit den französischen Behörden wird das Vorgehen abgestimmt.
Bodenschutz		
Förderung des nachhaltigen Umgangs mit Böden	4.01.28 Zielgruppenorientierte Sensibilisierungskampagne über (neu) Handlungsmöglichkeiten zum Schutze der Böden.	Kampagne "Erlebnis Boden" realisiert mit Auftritten und Begleitprogramm im Kantonsmuseum Liestal, Tagungsorte Leuenberg, Trotte Arlesheim, Museum Laufen, Ebenraintag Sissach.
Vermeidung bleibender Verdichtungs- und Erosionsschäden auf Ackerflächen	4.01.29 Landratsvorlage (gemeinsam mit VSD) zur Förderung (neu) bodenschonender Anbausysteme im Kanton	RRB 1997 vom 3. Dez. 2002 verabschiedet und gleichzeitig LRV überwiesen (Förderung von Pilotbetrieben für bodenschonende Anbausysteme).
Energie		
Ersatz nicht erneuerbarer Energie durch erneuerbare Energie: Zunahme der Nutzung der erneuerbaren Energiequellen im Kanton um 3% gegenüber dem Jahr 2000	4.01.21 Erweiterung Fernheizkraftwerk Liestal mit einer Holz-schnitzelheizung (Bau vorbehaltlich Landratsbeschluss)	Baubeginn für Herbst 2003 vorgesehen.
	4.01.21.1 Landratsvorlage für eine Vergärungsanlage für die Verwertung von Grüngut	Zusatzabklärungen verzögerten die Vorlage. Bei gegebener Wirtschaftlichkeit wird die Vorlage 2003 zuhanden Regierung/Landrat unterbreitet.
Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bestehender Energieanlagen des Kantons und Aufbau von Wärmeverbünden mit alternativen Energieträgern	4.01.22 Projektierungsarbeiten zum Netzausbau Fernwärme Kriegacker Muttentz, sofern Verhandlungen mit potentiellen Bezüglern erfolgreich verlaufen. <i>Baukreditvorlage an den Landrat.</i>	Verhandlungen mit potentiellen Bezüglern sind im Gang; Projektierungsarbeiten daher noch nicht aufgenommen (Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für Netzausbau sind durchgeführt).

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Reduktion des CO₂-Ausstosses durch: – Verminderung des Verbrauchs fossiler Energie – Steigerung der Energie-Effizienz/-Effektivität	4.01.30 Überarbeitung/Anpassung diverser rechtlicher Grundlagen (neu) gen wie: – Grundsätze der kantonalen Energiepolitik – Energiegesetz – Verordnung über Förderbeiträge	Die "Expertengruppe Energiepolitik" hat mit den Vorarbeiten begonnen. Die Behandlung der Gesetzesinitiative "für eine kostengerechte Vergütung von Solarstrom", welche zu einem Gegenvorschlag der Regierung führte sowie die Nichtformulierte Volksinitiative "Faktor 4 - Energiekanton Basel -Landschaft" mussten vorgängig bearbeitet werden. Im Vorfeld der eidg. Abstimmung über das Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom 22. Sept. 2002 hat sich der Regierungsrat stark für das EMG und im Rahmen der Vernehmlassung an das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation für eine vernünftige Elektrizitätsmarktverordnung engagiert.
Vermehrte Nutzung erneuerbarer Energie	4.01.20 Unterstützung der Zielerreichung mit dem Vollzug der Energiesparvorschriften und Projekten bei den öffentlichen Bauten und bei grossen Bauträgern. Verstärkte Unterstützung der Zielerreichung mit Anreizinstrumenten, Förderung der rationellen Energieverwendung und der vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien. Vermehrte Kommunikation der Ziele der kantonalen Energiepolitik und der erreichten Resultate an eine breitere Öffentlichkeit. Anpassung des Monitorings an die Zielvorgaben.	Über die (erfolgreiche) Förderung von nachhaltigen Projekten durch den Kanton wird im 1. Quartal 2003 eine weitere Vorlage an den Landrat betr. Verpflichtungskredit nach dem Energiegesetz Auskunft geben. Die Kommunikation konnte stark verbessert werden. Für die Branche wurden z.B. zusammen mit Basel-Stadt 4 gut besuchte Energie- Apéros durchgeführt. Mit der Branche wurden die Wanderausstellungen mit Beratung "Solares Duschen" und "der goldene Stecker" durchgeführt. Weitere Kommunikationsschwerpunkte betrafen das Stromsparen bei kommunalen Wasserversorgungen sowie den Minergie- und Passivhausstandard

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Verwendung der Grundwassernutzungsgebühren	4.01.31 (neu)	Gemäss § 33 des Gesetzes vom 3. April 1967 über die Nutzung und den Schutz des Grundwassers erhebt der Kanton für den Bezug von Grundwasser Nutzungsgebühren. Über ihre Verwendung ist alljährlich im Amtsbericht Auskunft zu geben. Im Dekret des Landrats vom 30. Oktober 1997 über die Gebühren für Gewässernutzungen wird die Verwendung der Grundwassernutzungsgebühren näher umschrieben. Demnach müssen die Kosten des Kantons für die Wasserbeschaffung und Sicherstellung der Wasserversorgung langfristig durch die Grundwassernutzungsgebühren gedeckt werden. Seit 1971 erstellt das Amt für Umweltschutz und Energie jedes Jahr im Rahmen der Staatsrechnung die sogenannte Wasserrechnung, in welcher die Aufwendungen für die Sicherstellung der Wasserversorgung und die Nutzung und den Schutz des Grundwassers den Einnahmen aus Grundwassernutzungsgebühren gegenüber gestellt werden. Zu Beginn des Jahres 2002 belief sich der kumulierte Aufwandüberschuss (Negativ-Saldo) der Wasserrechnung auf Fr. 4.02 Mio. Im Berichtsjahr konnte die Wasserschuld dank ausserordentlicher Abschreibungen um fast eine Million Franken auf Fr. 3.05 Mio. verringert werden. Die detaillierte Wasserrechnung 2002 ist im Anhang aufgeführt.

Programmpunkt Nr. 4.02 Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr

Übersicht

Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen und der Waldenburgerbahn geht in dieser Legislaturperiode seinem Ende entgegen.

Folgende baulichen Ausbauschritte sind noch vorgesehen:

Ausbau der Vorortslinien, in erster Priorität der Linie 11 mit der Absicherung (teilweise Aufhebung) sämtlicher Niveauübergänge. Weiterer Schwerpunkt der baulichen Aktivitäten bildet die Linie 10 mit der Erneuerung der Doppelspur zwischen Münchenstein-Dorf und der Griebengasse in Arlesheim.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Trasseausbauten Vorortslinien BLT		
Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene/Strasse	4.02.02 Aufhebung bzw. Absicherung diverser Niveauübergänge entlang der BLT-Linie 11 in Münchenstein, Reinach und Aesch (Weiterführen und Abschluss diverser PGV, Bau)	Projektierung und PGV sind in Bearbeitung
Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit	4.02.03 Trasseausbau der BLT-Linie 10 zwischen Baselstrasse und im Lee in Arlesheim (Weiterführen und Abschluss PGV, Bau)	Projektierung und PGV sind in Bearbeitung
Trasseerneuerung WB		
Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion der Konfliktpunkte Schiene/Strasse	4.02.04 Weitgehende bauliche Trennung Schiene/Strasse in Oberdorf (Bauprojekt, PGV getrennt in Abschnitt Winkelweg und Ortsdurchfahrt)	Bauarbeiten im Abschnitt Winkelweg sowie Projektierung und PGV für die Ortsdurchfahrt sind im Gang
Bahn 2000, 2. Etappe (u.a. Projekt Wisenberg tunnel)	4.02.05.02 Weitere Bearbeitung der Angebotsvorstellungen der NWCH, der Angebotskonzepte und Investitionsmodule für die NWCH im Rahmen der Vorbereitung der Bundesvorlage für Bahn 2000, 2. Etappe gemäss FinöV-Beschluss. Studien zur Linienführung für den Kapazitätsausbau im Ergolzthal zusammen mit den SBB.	In enger Zusammenarbeit mit den Kantonen der NWCH Interessenswahrung bei der Erarbeitung verschiedener Angebotskonzepte und Bestimmung der kapazitätsbedingten Investitionsmodule durch SBB und Bundesamt für Verkehr. Im Rahmen der Vorbereitung der Bundesvorlage für Bahn 2000, 2. Etappe gemäss FinöV-Beschluss, Studien zur Linienführung für den Kapazitätsausbau im Ergolzthal in Zusammenarbeit mit den SBB und Information an die Gemeinden.
Ausbau Bahn 2000 Bahnhof Liestal	4.02.05.03 Jurierung des Ideenwettbewerbes "Städtebauliche Entwicklung Bahnhofgebiet Liestal". Klärung der Gleislage.	Die Jury hat das Projekt "eurocity" von Christ & Gantenbein zur Realisierung empfohlen und festgestellt, dass mit beiden Gleislagen eine Aufwertung des Bahnhofareals realisiert werden kann. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung der Stadt Liestal bereitet die Entscheidungsgrundlagen für die Umsetzung vor.

Programmpunkt Nr. 4.02 Verkehr und Bau / Individualverkehr
Übersicht

Die nur beschränkt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sollen auch weiterhin gezielt für den qualitativen Strassenbau eingesetzt werden. Dies bedeutet einerseits, dass die bestehenden Infrastrukturen erhalten werden, andererseits, dass der Strassenverkehr im Sinne einer langfristigen Planung soweit wie möglich auf wenige, dafür aber leistungsfähige Hauptachsen d.h. Hochleistungsstrassen konzentriert wird.

Gemäss dieser Zielsetzung werden mit erster Priorität der Bau der H2 (früher J2) Umfahrung Sissach vorangetrieben, die Detailprojektierung für die H2 Pratteln - Liestal weiterbearbeitet sowie die Planung der

H18 Umfahrungsstrassen in Laufen/Zwingen an die Hand genommen.

Ebenfalls im Rahmen des qualitativen Strassenbaus wird das kantonale Radroutennetz mit Schwerpunkt in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet) weiter ausgebaut.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Aktualisieren der übergeordneten Planung	4.02.06 Strassennetzplan Rheintal Integration in kantonalen Richtplan <i>Vorlage an den Landrat für Projektierungskredit</i>	Entwurf Richtplan mit Integration SNP Rheintal vorhanden, Projektierungskredit wird im Rahmen LRV Richtplan beantragt
	4.02.07 Ergänzung Strassennetzplan Ergolzthal-West Integration in kantonalen Richtplan	Entwurf Richtplan mit Integration SNP Ergolzthal-West vorhanden
	4.02.08 Änderungen Strassennetzplan Laufental Integration in kantonalen Richtplan	Entwurf Richtplan mit Integration SNP Laufental vorhanden
N2 Belchentunnel		
Substanzerhaltung	4.02.10 Weiterführen der Bauarbeiten der 1. Instandsetzungs- etappe	1.Etappe termingerecht abgeschlossen. 2.Etappe in Arbeit.
H2 Umfahrung Sissach		
Fortsetzung Bauarbeiten	4.02.11 Ausführung der Bauarbeiten unter Einhaltung der gesetzten Termine und Kredite im Hinblick auf die Fertigstellung Herbst 2004	Planung und Ausführung von Massnahmen zur Erhöhung der Tunnelsicherheit, Verzögerung der Bauarbeiten und der Fertigstellung infolge Tagbruch um mehrere Monate
H2 Liestal - Pratteln		
Rechtskräftiges Bauprojekt inkl. Rodungs- bewilligung	4.02.12.02 Abschluss Plangenehmigungsverfahren (Beschwerdeverfahren)	Projektbereinigung und Abschluss des PGV sind erfolgt
Ausführungsprojekt	4.02.12.03 Submission und Vergabe Ausführungsprojekt, Beginn Projektierungsarbeiten	Submission und Start der Projektierungs- und Bauleitungs- arbeiten sind erfolgt

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
H18 Umfahrung von Laufen/Zwingen	4.02.12.04 Studie unter Berücksichtigung der Erneuerung der Kapazität und der Anschlüsse (Halbanschluss Gass-trasse, Liestal)	Submission und Start der Planungsstudie für das Verkehrskonzept Liestal sind erfolgt
Erschliessung der Region	4.02.13 Ausarbeitung Generelles Projekt inkl. Variantenvergleich und stufengerechte UVP	Submission der Planungsstudie für die Umfahrung Laufen-Zwingen ist erfolgt, Start ist infolge Beschwerde verzögert
Verkehrsentlastung der Dorfkerne	4.02.16.02 Überarbeitung "Gestaltungsrichtlinie", Abschluss	Überarbeitung "Gestaltungsrichtlinie" ist im Gang
Kantonales Radroutennetz		
Weiterausbau	4.02.17 Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet)	Projektierungs- und Realisierungsarbeiten verlaufen nach Programm

Programmpunkt Nr. 4.02 Verkehr und Bau / Wasserbau

Übersicht

Mit dem Wandel im Umweltbewusstsein sind auch die Anforderungen an den Wasserbau, speziell an den Hochwasserschutz gestiegen. Das neue Bundesgesetz über den Wasserbau bezweckt den Schutz von Menschen und Sachwerten vor schädlichen Auswirkungen durch das Wasser. Dieses Ziel soll mit minimalen Eingriffen in die Fliessgewässer erreicht werden. Dabei kommt der Gefahrenanalyse, den Schutzzielen, der zweckmässigen Massnahmenplanung und der Begrenzung des verbleibenden Restrisikos eine zentrale Bedeutung zu.

Das Bundesgesetz über die Fischerei bestimmt, dass die freie Fischwanderung sicherzustellen ist. In diesem Sinne werden laufend unüberwindbare Abstürze in fischgängige Rampen umgebaut.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Wasserbaukonzept	4.02.18 Der Entwurf für ein revidiertes Wasserbaugesetz sieht eine Massnahmenplanung vor, die aufzeigt, wo welche Massnahmen im Bereich der Revitalisierungen, des Hochwasserschutzes und der Korrekturen mittelfristig zu treffen sind. Der regionale Entwässerungsplan (REP) Birs wird weiterbearbeitet (Federführung: AUE).	Die erste Projektphase (Bestandesaufnahme) der regionalen Entwässerungsplanung (REP) Birs ist abgeschlossen. Die Projektphase 2 "Analyse der Defizite und Gewässerentwicklungskonzept" wird 2003 weiterbearbeitet.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Wasserbaugesetz	4.02.20 Bereinigung des revidierten Gesetzes über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer gestützt auf die Vernehmlassung; <i>Landratsvorlage</i>	Nach der Vernehmlassung Mitte Jahr. konnte die Auswertung der 62 eingegangenen Stellungnahmen Ende 2002 abgeschlossen werden..
Hochwasserschutz	4.02.21 Weiterführung der Arbeiten für Projekt und Bau diverser Objekte (Allschwil, Biel-Benken, Gelterkinden, Ormalingen und Wenslingen)	Allschwil: Die neue Vorlage "Hochwasserschutz Dorf und Amphibienschutz Mülitali" wurde dem Landrat vorgelegt. Biel-Benken: Bauprojekt in Bearbeitung. Gelterkinden: Behandlung von Einsprachen. Ormalingen: Rechtskraftbescheinigung Bauprojekt und Vorbereiten der Landratsvorlage. Wenslingen: Projektstudie liegt vor.

Programmpunkt Nr. 4.03 Bau und Architektur

Übersicht

Der Kanton verfügt grundsätzlich über gute, zweckmässige Infrastrukturen zur Bewältigung seiner Aufgaben. In Liestal zeichnet sich kurz- bis mittelfristig eine Raumknappheit ab, hauptsächlich ausgelöst durch Personalaufstockungen in den Bereichen Gerichte, Justiz aber auch in verschiedenen Einzelbereichen aller Direktionen mit erweiterten Leistungsaufträgen. Mit dem geplanten Neubau des Justizentrums voraussichtlich in Muttenz kann die Situation teilweise entschärft werden. Die mittelfristige Raumbewirtschaftungsstrategie im Raum Liestal ist jedoch weiterhin im Auge zu behalten.

Gegenwärtig sind die Bauaktivitäten geprägt durch Umnutzungen und Erweiterungen der bestehenden Bauten und Anlagen sowie durch werterhaltende Sanierungsmassnahmen. Es zeichnet sich aber eine Trendwende ab, indem wieder vermehrt Lösungen zur Deckung des Raumbedarfes mit Neubauprojekten gesucht werden müssen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Raumbewirtschaftung		

Ziele

Neue Bedürfnisse sind möglichst innerhalb des vorhandenen Gebäudevolumens abzudecken, teure Einmietungen sind zu vermeiden.

Mit einer zentralen, ganzheitlichen Raumbewirtschaftung sind die Voraussetzungen zu schaffen, ökonomisch ausgerichtete Lösungen umzusetzen.

Massnahmen

Schwerpunkte im Jahre 2002 bilden Bauvorhaben in unterschiedlichen Bau- und Planungsprozessen: Im Bereich Bauausführung werden Bauleistungen an folgenden Objekten erbracht:

- Kantonsspital Liestal, Liestal; Umbau- und Erweiterungsbauten

Amtsbericht 2002

In einer Arbeitsgruppe Kanton mit Stadt Liestal wurden die Zonen für öffentliche Werke und Anlagen (OeWA) von Bund, Kanton und Gemeinde sowie der halbstaatlichen Institutionen im Raum Liestal einer SOLL/IST-Analyse unterzogen. In einem Strategiepapier wurden die planerischen Aspekte dargestellt und mögliche Strategien im Hinblick auf eine konzentrierte, verdichtete Nutzung aufgezeigt; mit dem langfristigen Ziel den Kantonshauptort zu entlasten, resp. Die Zone der öffentlichen Werke und Anlagen (OeWA) zu verringern.

Weiter ist die BUD bestrebt, im unteren Kantonsteil (Raum Arlesheim bis Reinach) Verwaltungsschwerpunkte zu setzen und mittels Synergien in neuen Zentren Einsparungen in den Raumkosten zu erzielen.

Beispiele:

- Polizeistützpunkt Allschwil und Polizeiposten Aesch, ev. Polizeistützpunkt Reinach und Binningen mit den Gemeinden oder privaten Investoren.
- Nutzungsstudie im Berichtsjahr für einen möglichen, mittel- oder langfristigen Standortwechsel Bezirksverwaltung Domplatz Arlesheim.

Mit der Schaffung des neuen Kantonsgerichtes, des neuen Amtes für Vormundtschaftswesen sowie der Aufstockung des Informatikunterrichts in der Gewerblich-industriellen Berufsschule Muttenz entstanden im Berichtsjahr grössere Raumbedürfnisse, welche im Rahmen der Zielsetzung nicht vollumfänglich im vorhanden Gebäudevolumen abgedeckt werden konnten.

Am 22. November 2002 konnte nach 7 ½ Jahren Bauzeit dem Nutzer ein wieder zu 100% betriebsbereites Gebäude übergeben werden.

Ziele**Massnahmen****Amtsbericht 2002**

- | | |
|---|---|
| 4.03.01 – Umbau Psychiatrische Klinik Haus 5, Liestal; Baubeginn | Der Betrieb im Haus A (Altbau) wurde eingestellt, die Nutzungen wurden in die auf den 1. November 2002 erstellten Provisorien verlagert. Das Projekt ist in der Vorbereitung zur Ausführung. |
| 4.03.03 – Sanierung und Ausbau Kaserne, Liestal,; Baubeginn | Im August 2002 wurde mit den Abbruch- und Aushubarbeiten begonnen. Der Beginn der Rohbauarbeiten ist verzögert, kann im Januar 2003 erfolgen. |
| 4.03.12 – Neubau Kantonsbibliothek, Liestal; Baubeginn | Der Landratsbeschluss Nr. 1590 vom 20. Juni 2002 wurde am 26. August 2002 rechtskräftig. Das Projekt steht in der Phase Ausschreibung. |
| Bauprojektvorlage (<i>Landratsvorlagen</i>) für folgende Projekte | |
| 4.03.05 – Liestal, Erweiterung Staatsarchiv | Die Vorprojektvorlage Nr. 1504 wurde am 28. Februar 2002 vom Landrat genehmigt und am 9. Mai 2002 rechtskräftig. Das Bauprojekt ist erarbeitet, die Baukreditvorlage kann 2003 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen werden. |
| 4.03.07 – Verlegung Institut für Pathologie ins Kantonsspital Liestal | Die Baukreditvorlage wurde im 2002 ausgearbeitet. Auf eine Überweisung der Vorlage wurde vorderhand verzichtet, weil im Budget 2003 die benötigten Mittel nicht zur Verfügung stehen. |
| 4.03.09 – Oberwil, Gymnasium Mediothek Umbau und Sanierung | Projekt und bauliche Massnahmen für neue Mediothek/Bibliothek und Foyer sowie Sanierung von Gebäudehülle und Haustechnik sind ermittelt. Die Vorprojektvorlage kann 2003 vom Regierung an den Landrat überwiesen. |
| 4.03.11 – Justizzentrum, Muttenz | Der Landrat hat am zugestimmt. Der Landratsbeschluss Nr. 1322 vom 22. November 2001 betr. Erwerbs- und Projektierung (2001/088) wurde am 5. Februar 2002 rechtskräftig. Die Übernahme von Liegenschaft und Parzelle in Muttenz in das Finanzvermögen ist am 1. Juli 2002 erfolgt. Das Projekt muss aufgrund geänderter Raumbedürfnisse neu beurteilt werden, daher ist eine Verzögerung im Zeitplan absehbar. . |

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	4.03.15 – Sanierung Kantonslabor, Liestal; sistiert. In Prüfung ist eine weitgreifende Zusammenführung von Dienststellen, die im Umweltbereich tätig sind.	Die Überprüfung von Zusammenführen verschiedener Dienststellen im Umweltbereich wurde abgeschlossen und die Realisierung verworfen. Das ursprüngliche Bedürfnis des Kantonslabors (LRB Nr. 70 vom 16. September 1999) wurde wieder aufgenommen, wird aktualisiert und alternative Szenarien werden geprüft.
	4.03.16 – Kantonsspital Bruderholz; Aufstockung offenes Parkdeck	Der Regierungsrat hat am 9. Juli 2002 die Baukreditvorlage an den Landrat überwiesen und derzeit in der Bau- und Planungskommission beraten.
	4.03.17 – Neugestaltung Parkanlagen Schloss Ebenrain und (neu) Bottmingen	Für beide Objekte wurden gartendenkmalpflegerische Instandsetzungs- und Erneuerungsprojekte ausgearbeitet. Auf eine Baukreditvorlage wurde verzichtet, weil die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. Eine Realisierung in Kleinstetappen über den Unterhalt in der laufenden Rechnung wird geprüft.
	4.03.18 – Sissach, Werkhof Kreis 3; Sanierung und Erweiterung (neu)	Die Erarbeitung eines übergeordneten Arealnutzungskonzepts Werkhof Kreis 3 und Autobahnwerkhof für die Werkhöfe und die Verkehrssicherheitsabteilung der Polizei wird in Angriff genommen.
	4.03.19 – Reinach, Polizeistützpunkt; Sanierung und Erweiterung (neu)	Die Planerevaluation für die Sanierung- und Erweiterung des bestehenden Polizeiposten wurde in Zusammenhang mit der Revision der Bauzonenordnung der Gemeinde Reinach sistiert. Als Alternative wird die Integration des Polizeistützpunktes in ein kommunales Geschäftshaus an zentralem Standort weiterverfolgt.
	4.03.20 – Liestal, Gymnasium, Aula und Schulraumerweiterung (neu)	Eine Machbarkeitsstudie zeigt eine mögliche Umsetzung des Raumbedarfs auf dem Areal des Gymnasiums. Gestützt auf die Überarbeitung des Berichts "Raumbedarf Gymnasien und Berufsschulen" für die kommenden Jahre und der Machbarkeitsstudie wird das weitere Vorgehen bestimmt.
	4.03.21 – Kantonsspital Bruderholz; Sicherheitsrelevante Massnahmen (neu)	Die Baukreditvorlage ist im Abschluss begriffen; diese wird kann 2003 überwiesen werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	4.03.242 – Basel, Universitätskinderspital beider Basel, Neubau in Basel (neu)	Der Landrat hat am 28. November 2002 dem Projektierungskredit zugestimmt. Die Arbeitsgruppe (Federführung BS) bereitet den Wettbewerb vor.
	Wettbewerbsprojekte/Konzepte zur Erlangung von Projekten	
	4.03.02 – Sanierung und Erweiterung Kantonsspital Bruderholz verzögert	Die Sanitätsdirektion prüft in Zusammenarbeit mit BUD und FKD im Rahmen einer Regionalen Gesundheitsplanung u.a. den künftigen Leistungsauftrag und die betrieblichen Anforderungen des Kantonsspitals Bruderholz. Die Planungsarbeiten wurden bis zum Vorliegen der Resultate sistiert.
	4.03.13 – Neubau Römermuseum Augst; verzögert	Die Weiterbearbeitung ist wegen fehlender finanzieller Mittel verzögert.
	– Übernahme der Sekundarschulen durch den Kanton	Der Regierungsrat hat die Übernahmeverlage am 30. April 2002 an den Landrat überwiesen. Das Geschäft wird in den landrätlichen Kommissionen behandelt.

Programmpunkt Nr. 4.04 Raumplanung

Schwerpunkte der Raumplanung bilden die Erarbeitung des kantonalen Richtplans aufgrund der Zielvorstellungen für die räumliche Entwicklung des Kantons (KORE) mit den dafür notwendigen Grundlagen, der Aufbau der Raumbewertung als Entscheidungsgrundlage für den wirksamen Massnahmen- und Mitteleinsatz (insbesondere im Bereich Natur- und Landschaftsschutz) und die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des Generellen Leistungsauftrages 2001 - 2005.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Grenzüberschreitende Planung		
Verbesserung der Zusammenarbeit mit den in- und ausländischen Nachbarn und kontinuierliche Koordination der regionalen Planungen	4.04.01 Fortschreibung des Entwicklungskonzepts und Machbarkeitsstudien für die Aktionsräume Nord und Ost der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) im Rahmen von INTERREG III.	Das INTERREG-Projekt mit einem Umfang von 2 Mio Euro ist im Sommer 2002 genehmigt worden. Für die einzelnen Schlüsselprojekte werden als nächster Schritt unter Beizug der betroffenen Gemeinden Machbarkeitsstudien erarbeitet.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Kantonsplanung		
Festlegen der gewünschten räumlichen Entwicklung	4.04.03 Kantonales Konzept der räumlichen Entwicklung (KORE) Genehmigungsvorlage an den Landrat	Das KORE wurde mit Regierungsratsbeschluss vom 22. Oktober zur Genehmigung an den Landrat überwiesen.
	4.04.04 Vorarbeiten Richtplan (Struktur und Inhalt)	Es besteht ein konsolidiertes kommentiertes Inhaltsverzeichnis, welches zusammen mit den im Arbeitsprozess involvierten Dienststellen der kantonalen Verwaltung abgearbeitet wird.
	4.04.19 Raumentwicklung Pratteln-Augst (neu)	Nach einer öffentlichen Ausschreibung wurden Studienaufträge zur Entwicklung der Rheineben an drei bekannte Planungsbüros erteilt und die Organisation für die Mitwirkung der Beteiligten und Betroffenen erstellt.
	4.04.20 Gefahrenhinweiskarte BL: Vorarbeiten (neu)	Basierend auf einem Projektbeschrieb des Amts für Raumplanung wurde die Federführung für die Gefahrenhinweiskarte dem Forstamt beider Basel und die Erarbeitung der Gefahrenkarten der Gebäudeversicherung BL übergeben. Die Vorbereitung der Ausschreibung für die Gefahrenhinweiskarte sind im Gange.
Ortsplanung		
Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung des neuen Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) und der Verordnung (RBV) bzw. bei der Anpassung der Ortsplanungen	4.04.21 Erarbeiten weiterer Grundlagen und Muster-Reglemente (neu) für die Nutzungsplanung. Auswertung der Erfahrungen mit dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons (RBG BL)	Die Wegleitung betr. Ortskernplanung (Ortsbildpflege, Ortskernplanung, Teilzonenvorschriften) konnte abgeschlossen werden und liegt in gedruckter Fassung vor. In Bearbeitung ist die Wegleitung betr. kommunale Landschaftsplanung. Die Auswertung der Erfahrungen mit dem neuen Raumplanungs- und Baugesetz erfolgt laufend zwischen den beteiligten Fachstellen. Die Erarbeitung von Praxisrichtlinien ist für 2003 vorgesehen.
Öffentlicher Verkehr		
Verbesserung des öffentlichen Verkehrs	4.04.05 Studien zur ÖV-Erschliessung Raum Allschwil, Leimen- und Ergolzthal.	Abschluss Phase 1 mit Schlussbericht "Optimierung der ÖV-Erschliessung Allschwil". Start der Phase 2: Machbarkeitsprüfung der bevorzugten ÖV-Massnahmen in verkehrlicher, wirtschaftlicher, baulicher und betrieblicher Hinsicht.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	4.04.22 Anpassung der Gewichtung der Verkehrsmittel an die (neu) aktuellen Abgeltungen zur Bestimmung der Gemeinde- beiträge (Revision Angebotsdekret) <i>Vorlage an den Landrat</i>	Erstellung eines Zwischenberichts unter Einbezug der verschiedenen Vorschläge und Anträge für eine Änderung der Berechnung der Gemeindebeiträge.
Ausbau des behinderten- und betagtengerech- ten öffentlichen Nahverkehrs	4.04.06 Konzept für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nahverkehr als Grundlage für die Revision des öV-Gesetzes <i>Vorlage an den Landrat</i>	Abschluss des mit Basel-Stadt gemeinsam erarbeiteten Schlussberichts. Kurzbericht unter Einbezug des am 19.12.2002 von der Bundesversammlung verabschiedeten Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) in Arbeit. Aus Dringlichkeitsgründen zu Gunsten der Arbeiten für den neuen Modus der Abgeltungsrechnung BVB/BLT zurückgestellt.
Natur und Landschaft		
Erhaltung und Förderung der Biodiversität	4.04.11 Test des neu entwickelten Controlling-Instrumentes zur Ermittlung der Praxistauglichkeit und der Kosten.	Das Projekt wird aus Kostengründen vertagt.
Erhaltung und Förderung eines intakten, viel- gestaltigen und charakteristischen Landschafts- bildes	4.04.12 Start der Naturschutzgebiets-Betreuung	Seit September 2002 erfolgt der Projektaufbau. Ab Früh- ling 2003 wird der "Naturschutzdienst" seine Aufgabe in den drei betroffenen Naturschutzgebieten wahrnehmen.
	4.04.15 Start der neuen Erfolgskontrolle von Naturschutzmass- nahmen	Das Projekt wird aus Kostengründen vertagt.
	4.04.17 Vollzug des Inventars der Amphibien-Laichgebiete von nationaler Bedeutung, insbesondere Realisierung des Ersatzstandortes "Mühlebachtal", Allschwil, im Rahmen des Hochwasserschutzes	Die unter Federführung des TBA erarbeitete Landrats- vorlage wurde im Dezember 2002 überwiesen.
Denkmalpflege und Ortsbildpflege	4.04.18 Denkmalpflege und Denkmalschutz von bedeutenden Objekten	Abschluss von Umbau- und Renovationsarbeiten u.a. der Kirchen Blauen, Arlesheim und Aesch, der mittelalterli- chen Stadtmauer in Liestal, der historischen Lindenallee im Schlosspark Ebenrain in Sissach, der ehem. Getreide- mühle in Arisdorf und des Pümpin-Haus in Gelterkinden. Aufnahme von sechs Kulturdenkmälern in das kantonale Inventar der geschützten Kulturdenkmäler durch den Regierungsrat.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	4.04.19 Erarbeiten von Grundlagen	Für das Bauinventar Baselland (BIB) sind neun Gemeinden abgeschlossen worden. Das Inventar der historischen Gartenanlagen in Kantonsbesitz liegt vor. Das Merkblatt "Gestaltung von Verkehrskreisel" in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt und der Kantonalen Denkmal- und Heimatschutzkommission sowie die Wegleitung Teilzonenplan Ortskern sind abgeschlossen.
	4.04.20 Ortsbildpflege	Organisation und Durchführung der "Auszeichnung guter Bauten 2002" inkl. Ausstellung und Katalog. Entwicklung eines neuen Dachfensters "Typ Ortskern" mit einer privaten Unternehmung. Abschluss der Ausstellung "Ortsbild 2000".

5 JUSTIZ-, POLIZEI- UND MILITÄRDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Voraussehbare Schwerpunkte im Jahre 2002 werden für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion die Weiterführung der Gerichtsreform, aber auch die Umsetzung der Bundesvorhaben in den Bereichen Armee und Bevölkerungsschutz, gezielte Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit sowie verschiedene Gesetzgebungsvorhaben sein.

Programmpunkt Nr. 5.01

Öffentliche Sicherheit / Kriminalitätsbekämpfung/ Bevölkerungsschutz

Übersicht

Die Sicherheit der Bevölkerung umfasst verschiedenste Gebiete. In diesen werden gesetzte Schwerpunkte - beispielsweise in der Kriminalitätsbekämpfung, aber auch in der Verkehrssicherheit, vertieft. In den Bereichen Armee und Bevölkerungsschutz sind von Bundesseite Änderungen zu erwarten. Diese gilt es aufzunehmen und im Kanton die entsprechenden Anpassungen und Strukturänderungen vorzunehmen

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Kriminalitätsbekämpfung		
Vertiefung der trinationalen Zusammenarbeit	5.01.10 Umsetzung des Staatsvertrags mit Deutschland im Aufgabenbereich der polizeilichen Zusammenarbeit	Es wurde ein Leitfaden zum Staatsvertrag erarbeitet und beim Korps der Polizei BL instruiert. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemäss Staatsvertrag hat gut begonnen.
Weitere Umsetzung der erweiterten Kriminalitätsbekämpfung	5.01.07 Einsatz der neuen zentralisierten Fahndung.	Dieses Element ist eingesetzt. Eines der wichtigsten Aufgabengebiete ist die bekannte Aktion Wellenbrecher in Zusammenarbeit mit der Grundversorgung.
	5.01.07 Bekämpfung des Drogenhandels auf höchstmöglicher Stufe	Es gibt keine offenen Drogenszenen. Ansätze werden sofort bekämpft. Die Produktion des Marihuana für die Hanfläden erfolgt grösstenteils in sogenannten Hanf-Indoor Anlagen. Im Jahr 2002 wurden diverse solcher Anlagen durch die Polizei Basel-Landschaft geschlossen und insgesamt über 2 Tonnen Marihuana beschlagnahmt.
Verkehrssicherheit		

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Optimale Strukturen in der Hauptabteilung Verkehrssicherheit	5.01.26 Aufbau einer Verkehrsanalysestelle (neu)	Zwei Fachleute (Verkehrsingenieure) konnten verpflichtet werden. Sie nehmen ihre Arbeit am 1.2.2003 auf. Zu Beginn werden der Aufbau und die Strukturierung einer Verkehrsanalysestelle Haupttätigkeitsgebiete sein.
Vermehrte Kontrollen	5.01.22 Weiterentwicklung des Geschwindigkeitskontrollkonzepts durch die Inbetriebnahme neuer Standorte	Es wurden im 4. Quartal 2002 zwei neue Apparate beschafft. Allerdings musste wegen der temporären Schliessung im Bereich Frenkendörferstrasse, Pratteln neu geplant werden. Deshalb werden die zwei neuen Standorte erst im ersten Quartal 2003 in Betrieb genommen-.
	5.01.21 Weiterentwicklung des Konzeptes "Schwerverkehrskontrollen" durch die Intensivierung der Kontrolltätigkeit	Die Intensivierung erfolgte gemäss Plan. Basierend auf den Erfahrungen des Vorjahres wurde auch die Methodik verfeinert.
Gewaltprävention		
Keine Verbreitung des Rechtsextremismus in Baselland	5.01.27 Entwicklung und Umsetzung geeigneter Massnahmen (Information und Aufklärung an Schulen, Vernetzung aller involvierten Stellen, Zusammenarbeit mit Basel-Stadt, konsequentes Vorgehen bei Verletzung der Rechtsordnung)	Im Jahre 2002 bestimmten Basel-Stadt und Baselland die Mitglieder einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Darin sind Vertretungen der Schulen, der Polizei, Jugendanwaltschaften etc. Diese Arbeitsgruppe, aber auch diejenige des Kantons Basel-Landschaft dient der Vernetzung. In Baselland wurde u.a. auch Information an den Schulen betrieben Im übrigen wurde das Präventionskonzept des Regierungsrat umgesetzt.
Intensivierung der polizeilichen Intervention gegen häusliche Gewalt	5.01.28 Aufbau von Schulungsmodulen durch die drei FachspezialistInnen in den Bereichen "Opferhilfe" und "häusliche Gewalt" für die Aus- und Weiterbildung der Polizeimitarbeitenden	Die AspirantInnen erhielten eine zweieinhalbtägige, intensive Weiterbildung zu den Themen : "Gewalt an Kindern" und "Opferhilfe, wie geht das?" Das Controlling der Polizeimitarbeitenden durch die Fachspezialisten wurde intensiviert. Einsätze wurden überprüft und mit einzelnen Mitarbeitenden durchgearbeitet. Die Vernetzung der sozialen Institutionen wurde vorange- trieben. So wurde konkrete Vorgehensweisen mit Partnerorganisationen ausgearbeitet und eingeführt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Optimierte Verbrechensprävention	5.01.29 Integration in die Oeffentlichkeitsarbeit (neu)	Die mit 100 Stelleprozenten dotierte Präventionsstelle wurde erfolgreich in den Bereich Oeffentlichkeitsarbeit integriert. Die Beratungstätigkeit konnte intensiviert werden.
Steigerung der polizeilichen Präsenz im Rahmen des Community Policings	5.01.30 Start eines Sicherheitsmarketings durch gezielte Präsenz in der Öffentlichkeit (neu)	Im Rahmen der personellen Möglichkeiten wurde das Konzept umgesetzt, beispielsweise durch mehr Präsenz in den Quartieren, Teilnahme an Gewerbeausstellungen und Aktionen in Einkaufszentren.
Bevölkerungsschutz		
Erreichen von breiter politischer Akzeptanz für den neuen Bevölkerungsschutz in Baselland	5.01.23 Anpassung der Rechtsgrundlagen, insbesondere der Gesetzgebung über den Bevölkerungsschutz	Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz im Kanton Baselland liegt im Vernehmlassungsentwurf vor.
	5.01.24 Erarbeiten eines Konzeptes für einen aufgabenorientierten und effizienten Bevölkerungsschutz und Zivilschutz	Zusammen mit der Gesetzesvorlage ist auch das erwähnte Konzept erstellt worden.
	5.01.24 Zeitgerechte und zielgruppenausgerichtete umfassende Informationstätigkeiten.	Anfang Januar 2003 wurden u.a. alle Gemeinden über den Vernehmlassungsentwurf informiert. Ebenfalls fanden Medienorientierungen statt.
Militär		
Erneuerung des Waffenplatzes Liestal	5.0118 Baubeginn der Sanierungs- und Ausbauarbeiten der Kaserne. Die Anlagen müssen den neuen Nutzern der Kaserne (Führungsunterstützung / Uebermittlingstruppen) ab Sommer 2004 zur Verfügung stehen. (vgl. BUD 4.03.03)	Siehe BUD.
Anpassung der kantonalen Organisationsstruktur an die Armee XXI und das Projekt "Bevölkerungsschutz"	5.01.31 Zusammenlegung der Dienststellen Militärverwaltung und Amt für Bevölkerungsschutz (neu)	Per 1.1.2003 haben die beiden Dienststellen fusioniert, es kam zu keinen Problemen.

Programmpunkt Nr. 5.02 Gesetzgebung

Übersicht

Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion geht in der Gesetzgebung neue Wege. Erstmals werden die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Rechtserlasse (Gesetze, Dekrete, Verordnungen) mit Hilfe einer auszuarbeitenden Kriterienliste auf ihre Notwendigkeit, Aktualität und Verständlichkeit systematisch überprüft. Daneben werden mehrere Gesetzesvorlagen ausgearbeitet.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Überprüfung der Gesetzgebung		
Systematische und umfassende Überprüfung der Gesetzgebung auf ihre Notwendigkeit und Aktualität	5.02.01 Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, bei der JPMD ein Pilotprojekt durchzuführen	Der Regierungsrat hat die JPMD beauftragt, bis Ende 2004 die in ihren Geschäftsbereich gehörenden Rechtserlasse zu überprüfen. Die JPMD-Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen.
	5.02.01 Ausarbeitung einer Überprüfungs-Checkliste mit der anschliessenden Überprüfung in den Dienststellen der in ihren Bereich fallenden Rechtserlasse.	Diese Checkliste ist Bestandteil der Projektunterlagen EFFILEX.
	5.02.01 Erstellung eines Grobkonzeptes zur Einführung der Wirkungskontrolle in der Gesetzgebung.	Im Rahmen des Projektes Effilex wird auch die Wirkungskontrolle in der Gesetzgebung umgesetzt
Modernisierung der Gesetzestechneik	5.02.01.02 Überarbeitung der Weisungen zur Gesetzestechneik vom 1.7.1975. Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, die Weisungen zu überprüfen und zu aktualisieren.	Die Arbeitsgruppe ist eingesetzt und hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird vom Bereichsleiter Gesetzgebung des GS JPMD geleitet.
Gesetzgebungsvorhaben		
Initiieren und speditive Bearbeitung von Gesetzgebungsvorhaben	5.02.06 Vormundschaftswesen: Umsetzung der Revision des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch betr. Neuorganisation der vormundschaftlichen Aufsichtsbehörde, sofern der Landrat und allenfalls das Volk die vom Regierungsrat vorgeschlagene Neuorganisation verabschieden.	Die Gesetzesrevision ist per 1. Januar 2003 in Kraft getreten und das neue Vormundschaftsamt hat seine -Tätigkeit aufgenommen.
	5.02.07 Amtsvormundschaftsgesetz: Revision des Amtsvormundschaftsgesetzes: <i>Landratsvorlage</i>	Der Landrat hat das revidierte Amtsvormundschaftsgesetz beschlossen. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2004 geplant.

Ziele**Massnahmen****Amtsbericht 2002**

- | | | |
|------------------|---|---|
| 5.02.09 | Anpassung des Scheidungsrechts und des Bundesgesetzes über den Gerichtsstand in Zivilsachen: Landratsvorlage zur Überführung des Dekretes zum Zivilgesetzbuch über Ehe- und Partnervermittlung, Eheungültigkeit, Ehescheidung und Ehetrennung in das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch und in die Zivilprozessordnung. Diese Vorlage enthält auch die Anpassungen an das neue Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen. | Der Landrat hat die Überführung in das EG ZGB und in die ZPO vorgenommen. |
| 5.02.10
(neu) | Wirtschaftsgesetz: Aktualisierung, Straffung und Vereinfachung der Verfahren. Ausarbeitung eines Entwurfs in Zusammenarbeit mit der Gastro Baselland. | Der Regierungsrat hat die Vorlage am 4. Februar 2003 zu Händen des Landrates verabschiedet. |
| 5.02.11
(neu) | Kleine StPO-Revision: Vernehmlassungsvorlage zur Optimierung aufgrund der ersten Erfahrungen. Präzisierung einzelner Verfahrensvorschriften. Abschaffung der Vorprüfung von Strafbefehlen | Das Geschäft befindet sich derzeit bei der landrätlichen Justiz- und Polizeikommission. |
| 5.02.12
(neu) | Einführung des neuen StGB (Sanktionenrecht): Anpassung des EG StGB in Hinblick auf das neue Sanktionenrecht, gleichzeitige Abtrennung des kantonalen Übertretungsstrafrechts in einen eigenen Erlass. | Da die eidgenössischen Räte das neue StGB noch nicht beschlossen haben, ist diese Gesetzesvorlage auf das laufende Jahr (2003) übertragen worden. |
| 5.02.13
(neu) | Electronic Monitoring: Gesetzgeberische und organisatorische Vorkehren zur Überführung des Modellversuchs in den Normalbetrieb. | Die erforderlichen Massnahmen wurden getroffen. |
| 5.02.14
(neu) | Wandergewerbe: Aufhebung bzw. Anpassung der kantonalen Bestimmungen im Bereich des Wandergewerbes, sobald der Bund das neue Gesetz über das Gewerbe der Reisenden in Kraft setzt. | Die entsprechende Vorlage wurde vom Landrat Ende Januar 2003 verabschiedet. |

Programmpunkt Nr. 5.03 Gerichte
Übersicht

Fortführung der Anpassung der Rechtgrundlagen im Rahmen der Gerichtsreform

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Optimierung der Verteilung der Bezirksgerichte und der Friedensrichterkreise	5.03.04 Neugliederung der Gerichtsbezirke (statt 5 noch 2 Bezirksgerichte). Beginn der Vorarbeiten	Es wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Gerichte und der JPMD gebildet. Sie hat ihre Tätigkeit aufgenommen
	5.03.09 Landratsvorlage über die Neugliederung der Friedensrichterkreise (statt 23 noch 15)	Die Vorlage wurde dem Landrat unterbreitet.

6 ERZIEHUNGS- UND KULTURDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Die beiden wichtigsten Vorhaben sind: Die Beratungen im Landrat zur neuen Bildungsgesetzgebung, die Weiterarbeit an der Vorlage und der durch sie ausgelösten Teilaspekte und an die Hand zu nehmenden Umsetzungsarbeiten sowie der Aufbau und die Operativsetzung der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel. Daneben sollte aber auch das Eidgenössische Turnfest 2002 nicht übersehen werden, welches nur Dank der Unterstützung des Kantons als Grossanlass in diesem Ausmass organisiert und durchgeführt werden kann.

Programmpunkt Nr. 6.01 Bildung

Bildungsgesetz und Dekret sollen im Landrat beraten und verabschiedet werden. Die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB) wird operativ tätig werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Alle Bildungsinstitutionen Ein modernes und der Zeit gerechtes Bildungsangebot	6.01.01 Vorbereitung der Umsetzung des Bildungsgesetzes und Anpassung der Verordnungsentwürfe.	Die Umsetzung des Bildungsgesetzes und die Anpassung der Verordnungsentwürfe sind nach Annahme des Bildungsgesetzes durch das Volk gemäss des dafür erstellten Leitfadens der Erziehungs- und Kulturdirektion angelaufen. Gleichzeitig konzipierte die LFBL zusammen mit dem ULEF und der FHBB die neue Schulleitungsausbildung. Ein erster Pilotkurs von 6 Wochen Dauer wurde bereits durchgeführt.
	6.01.07 Vorbereitung der auf den 1.1.2003 vorgesehenen Übernahme der Sekundarschulanlagen ins Eigentum des Kantons.	Die Federführung dieses Projekts liegt seit Ende 2001 bei der Bau- und Umweltschutzdirektion.
Internetanschlüsse für alle Schulen einrichten; Einführung Internetkonzept mit intensiver Fortbildung	6.01.03 Die drei Pilotprojekte "Lernen mit Internet und Multimedia" an den Realschulen Liestal und Pratteln sowie an der Sekundarschule Reinach für eine erweiterte didaktische Nutzung werden bis Ende 2003 durchgeführt. Auf die Beteiligung am Bildungsserver beider Basel wird aus Kostengründen verzichtet.	Die bis Ende 2002 gesetzten Zwischenziele wurden erreicht.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Arbeitszeitmodelle für Lehrpersonen	6.01.46 Aus der Besoldungsrevision hervorgegangen ist eine (neu) Arbeitsgruppe der FKD zusammen mit der EKD (Federführung), die für die Lehrpersonen ein neues Arbeitszeitmodell entwerfen soll. Darin auch vertreten sind die Sozialpartner: VPOD, LCH und LVB.	Die Arbeitsgruppe PAL (Projektgruppe Amtsauftrag Lehrpersonen) hat ein Modell entworfen und zum Jahresende in eine Vernehmlassung bei den davon betroffenen Organisationen, Institutionen und Konferenzen gegeben.
Volksschule Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I		
Informatik an der Primarschule	6.01.41 Der Auftrag des Landrates, Computer an der Primarschule flächendeckend einzuführen (1999-038), wird aus finanziellen Gründen zurückgestellt.	Ein Projektierungskredit wurde im Budget 2003 berücksichtigt.
Vereinfachung der Arbeit der Erziehungsberechtigten	6.01.47 Zusammen mit interessierten Einwohnergemeinden (neu) Vorbereitung eines kantonalen Schulversuchs mit umfassenden Blockzeiten am Kindergarten zwecks Entwicklung eines Konzepts und Erlass eines kantonalen Reglements analog zu den umfassenden Blockzeiten für die Primarschule. Erprobung ab Schuljahr 2003/04.	Das Ziel wurde erreicht. Die Grundlagen für die etappierte Einführung umfassender Blockzeiten am Kindergarten gemäss den Bestimmungen der neuen Bildungsgesetzgebung stehen bereit.
Konfliktmanagement im Personalbereich	6.01.48 Das Schulinspektorat gibt zusammen mit Vertretungen (neu) der Konferenz der Präsidien der Schulpflegen, des Personaldienstes und des Lehrerinnen- und Lehrervereins Empfehlungen heraus und bietet die entsprechende Unterstützung auch in Form von Workshops an.	Zusammen mit den Sozialpartnern und dem Vorstand der Schulpflegepräsidien wurden die Empfehlungen erarbeitet und im Führungshandbuch veröffentlicht. Im Rahmen der Vorbereitungen zur Bildungsgesetzgebung wurden in zwei Workshops erste Erfahrungen ausgetauscht.
Qualitätssicherung im Volksschulbereich	6.01.10 Das Schulinspektorat hat sechs Kriterien der Unterrichtsbeurteilung ausgewählt, zu welchen bei Unterrichtsbesuchen Aussagen gemacht werden.	Der Kriterienraster wird einheitlich von den Schulinspektorinnen und -inspektoren als Fundament der ausgestellten Unterrichtsprotokolle angewendet.
Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen	6.01.49 Landratsvorlage mit verschiedenen Massnahmen, die (neu) geeignet sind, dem Mangel an Lehrpersonen entgegenzuwirken.	Anstelle einer Vorlage an den Landrat sorgt die EKD aus eigenen Mitteln dafür, dass in die wichtigsten Problem-bereichen Massnahmen ergriffen werden können.
Schulleitungen Volksschulstufe	6.01.09 Die Schulleitungen werden im Hinblick auf ihre neue Aufgabe vom Schulinspektorat im Beurteilen von Unterrichtsbesuchen und beim Durchführen von Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächen geschult.	Neben zwei kantonalen Grossveranstaltungen wurden 41 Schulleitungsmitglieder innerhalb deren Ausbildung, für diese neue Führungsaufgabe von Schulinspektorinnen und -inspektoren geschult.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Inhaltliche Voraussetzungen für Trägerschaft der Sek I durch den Kanton	6.01.11 Reform Sekundarstufe I (6. bis 9. Schuljahr). Neue Lehrpläne und Stundentafeln.	Das Zwischenziel, einen ersten Entwurf der Lehrpläne der einzelnen Teilbildungsbereiche zu haben, wurde erreicht.
Abstimmung Familie, Beruf, Schule: Familien-ergänzende Betreuung	6.01.04 Aufnahme von Verhandlungen mit dem Verband der Baselbieter Gemeinden, um zu klären, ob durch eine gesetzliche Übergangsbestimmung die flächendeckende Einführung umfassender Blockzeiten an der Primarstufe innert nützlicher Frist verwirklicht werden kann.	Blockzeiten werden an Kindergarten und Primarschule gemäss § 12 der neuen Bildungsgesetzgebung flächendeckend eingeführt. Vorbehalten bleiben abweichende Bestimmungen im Gemeindereglement.
	6.01.05 Fertigstellung des Landratsberichts "Kantonales Gesamtkonzept für die familienergänzende Kinderbetreuung" (zusammen mit FKD und VSD). Die bedarfsgerechte Einrichtung von Verpflegungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler über den Mittag durch den jeweiligen Schulträger (Mittagstischinitiative) wird im neuen Bildungsgesetz verankert und die diesbezügliche Bestimmung nach dessen Inkraftsetzung umgesetzt.	Ein Entwurf eines Gesamtkonzeptes wurde erstellt. Die Verpflichtung der Schulträgerschaft zur Bereitstellung eines Angebotes einer Mittagsverpflegung wurde im Bildungsgesetz aufgenommen.
	6.01.42 Aus finanziellen Gründen ist die Erarbeitung eines kantonalen Rahmenkonzepts für die Begabungsförderung an der Volksschule zurückgestellt worden. Es wird vorderhand auch davon abgesehen, an einzelnen Volksschulen Förderprogramme für Schülerinnen und Schüler mit speziellen Leistungsfähigkeiten, sofern dadurch Mehrkosten entstehen, finanziell zu unterstützen bzw. einzurichten.	Das Projekt befindet sich weiterhin im Wartezustand.
Sonderschulung		
Wohnortsnahe Schulung behinderter Kinder	6.01.14 Leistungsvereinbarung mit der Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen für die Wielandsschule (Entwurf liegt Ende 2001 vor); Projekt und Leistungsvereinbarungserweiterung mit dem Verein Sommerau für eine Tagessonderschule für verhaltensauffällige und psychisch beeinträchtigte Schüler und Schülerinnen (Beginn auf Schuljahr 2002/3).	Die Leistungsvereinbarung mit der GSR liegt noch nicht vor. Die neue Tagessonderschule "Tandem" hat am 12. August 2002 in Reinach den Betrieb aufgenommen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	6.01.15 Projektbegleitung der Neubauten der Heilpädagogischen Tagesschulen des Vereins "insieme" in Liestal und Münchenstein (Projektanmeldung beim Bundeamt für Sozialversicherung im Juli 2001 eingereicht), Projekteingaben bis Frühling 2002, Baubeginn: Sommer 2002.	Verzögerungen wegen Landfragen; in Münchenstein ist der Architekturwettbewerb abgeschlossen und das Projekt ist in Ausarbeitung, in Liestal wurde das Areal von der Stadt Liestal umgezont; der Architekturwettbewerb steht unmittelbar bevor.
Sichern der Früherziehung und der Psychomotorik-Therapie als ambulante Massnahmen der Sonderschulung	6.01.50 (neu) Landratsvorlage mit einer Dekretsänderung des Schulgesetzes und Leistungsvereinbarung mit der Stiftung pädagogisch-therapeutisches Zentrum; vorgesehene Inkrafttreten per 1.1.2002.	Vom Landrat am 12.9.2002 beschlossen.
Jugend- und Behindertenhilfe		
Erweitern des Wohn- und Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche im Bereich Pflegefamilien	6.01.16 Gewähren von Beiträgen an qualifizierte Pflegefamilien; LR-Vorlage zur Änderung des Dekretes zum Pflegekindergesetz, Schaffung einer Verordnung; Aufbau einer Datenerfassung und einer gemeinsamen Planung im Bereich der Pflegefamilien zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt.	Eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der betroffenen kantonalen Stellen und den Gemeinden arbeitet seit Herbst 2002 an der Revision der Gesetzgebung im Pflegekinderbereich. Die Gesetzesänderungen sollen 2003 dem Landrat vorgelegt werden. Anstelle eines kantonalen Unterstützungsprojektes wird ein Projekt zur Schaffung eines regionalen Pflegefamiliendienstes beider Basel verfolgt. Zur Zeit laufen Abklärungen zur Übernahme durch eine private Trägerschaft. Der Betrieb zur Beratung und Unterstützung von Pflegefamilien soll in der 2. Hälfte 2003 aufgenommen werden.
Schliessen festgestellter Lücken im Wohn- und Betreuungsangebot	6.01.17 Begleiten des Neubauprojektes des privaten Trägers WKB für ein Wohnheim für schwerstkörperbehinderte Menschen in Liestal, Projekteingabe an das BSV: Projektausarbeitung zusammen mit privaten Trägern für ein neues Wohnheim und eine neue Tagesstätte für Menschen mit einer geistigen Behinderung; Pilotmodelle für Tarifverträge mit IV-beitragsberechtigten Wohneinrichtungen für behinderte Erwachsene; Auswertung und generelle Einführung.	Der Neubau des WKB entsteht statt in Liestal in Bubendorf. Die Suche nach Standorten für dringend benötigte Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen ist schwierig. Das Interesse, gut erschlossenes Land im unteren Kantonsteil zur Verfügung zu stellen an Orten, die der Integration von Menschen mit Behinderungen förderlich sind, hält sich in Grenzen. Nach ersten guten Erfahrungen mit Tarifvereinbarungen ist es gelungen mit fast allen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen auf den 1.1.2003 Vereinbarungen mit festen Tarifen abzuschliessen.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Leitlinien für die Behindertenhilfe	6.01.18 Schaffen einer Ombudsstelle für Menschen mit einer Behinderung; Konkretisieren des Aspektes Migration/Integration der Leitlinien.	Der kantonale Ombudsman soll diese Funktion übernehmen. Eine Gesetzesanpassung ist noch offen. Die Behandlung des Themas "Migration und Behinderung" ist zurückgestellt.
Berufsbildung		
Erhöhung des Lehrstellenangebotes für schulisch schwächere Jugendliche	6.01.22 Erproben von Attestausbildungen - wie im neuen BBG vorgesehen - in den Bereichen Metall und Gastro, um schulisch schwächeren Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten anbieten zu können. Ebenso ist geplant, ein Pilotprojekt "Attestausbildung für Pflegeberufe" zu realisieren. Weiterführung des Impulsprojektes "E Lehr mit Kick". Realisieren eines Konzeptes "Stützunterricht" an Berufsschulen.	Erste Attestausbildungen in den Bereichen Gastro und Metall wurden mit je einer Klasse per Sommer 02 gestartet. Die Pflegeassistentenausbildung wurde der im neuen BBG vorgesehenen Attestausbildung angeglichen (Lehrortsprinzip). Das Projekt "E Lehr mit Kick" wird weitergeführt. An den gewerblich-industriellen Berufsschulen werden neue Konzepte bezüglich Stützunterricht erprobt.
Erhöhung des Lehrstellenangebots für anspruchsvolle und zukunftssträchtige Berufe	6.01.22 Fördern und Weiterentwickeln der Ausbildungsgänge zum Informatiker/zur Informatikerin wie auch zum Mediamatiker/zur Mediamatikerin; Realisieren der neuen kaufm. Grundausbildung.	Per Sommer 02 wurde für die Informatiker- und Informatikerinnenausbildung ein neues Schulhaus in Pratteln bezogen. Die Umsetzung der neuen kaufm. Grundausbildung kommt in unserem Kanton, ohne Verlust von Lehrstellen, gut voran.
Qualitätssicherung an Berufsschulen	6.01.25 Die gewerblich-industriellen Berufsschulen beteiligen sich am Qualitätssicherungsprojekt der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK).	Die Berufsschule Muttenz wurde extern evaluiert, die externe Evaluation der Berufsschule Liestal erfolgt anfangs 2003.
Berufs- und Studienberatung	6.01.26 Noch vermehrtes Bekanntmachen für die BIZ in Binningen und Liestal und damit verbessern der Information von Jugendlichen bezüglich erster Berufsziele und von Erwachsenen bezüglich beruflicher Laufbahnentwicklung.	An einer Medienorientierung wurde über die BIZ in Binningen und Liestal informiert; bei vielen Klassenbesuchen hat die Berufsberatung auf das Angebot der BIZ aufmerksam gemacht.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Fachhochschulen und Universität: Tertiäre Bildung Fachhochschule beider Basel	60132 Konsolidierung der FHBB als FH für Wirtschaft, Technik und Gestaltung und Weiterführung der administrativen Reformen im Hinblick auf die definitive Anerkennung durch den Bund im Jahr 2003. Umsetzung der mittel- bis langfristigen Strategieprojekte, vertiefte Zusammenarbeit mit der FH AG und der FH SO im Rahmen des Kooperationsrates.	Umfassender Strategieprozess FHNW mit abschliessen der Empfehlung des KoR zur Fusion der FHBB, FHA und FHSO zur FHNW. Aufträge der Regierungen BL/BS/AG/SO zur Prüfung einer gemeinsamen FHNW. Initiierung von Teilstrategieprojekten im Bereich Organisation, Finanzen, Personal, Portfolio. Neufestlegung der Finanzierungsquoten BL/BS für den Globalbeitrag. Auflösung des CIM-Zentrums Muttenz und Integration der Aktivitäten in verschiedene Abteilungen der FHBB. Erweiterung des Studienangebotes um einen trinationalen Studiengang Bauingenieurwesen im Rahmen von INTER-REG IIIA.
Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HSPA-BB)	6.01.33/ Wahl des Hochschulrates durch beide Regierungen; 6.01.34 Inkraftsetzung des HSPA-BB-Vertrages; Wahl der Direktion durch den Hochschulrat; Genehmigung der neuen Studiengänge durch den Hochschulrat; Durchführung der Personalüberführung Institutionalisierung von Forschung und Dienstleistung, Implementation der Studiengänge.	Aufnahme der Arbeit durch den Hochschulrat HSPA-BB. Der Hochschulrat wählt (unter Vorbehalt der Gründung) die Direktion und Leitungspersonen der HSPA-BB und genehmigt (unter Vorbehalt) die Personalordnung inkl. Einreichungsreglement und schafft damit die Grundlagen für die Personalüberführung. Er genehmigt das Konzept Rechnungswesen und das Kompetenzreglement der HSPA-BB. Der Hochschulrat berät Organisationsreglement, Studienordnung sowie die organisatorische Ausgestaltung der HSPA-BB.
Universität	6.01.35 Weiterführung der Universitätsreform, Weiterführung der Arbeitsgruppe zur Entwicklung partnerschaftlicher Trägerschaftsszenarien für die Universität Basel, Vorbereitung der Integration der Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt in die Universität per 1.1.2003.	Weiterführung der Universitätsreform (Erneuerung der Organisationsstrukturen und Entscheidungswege, Neuausrichtung Dep. Chemie, Einführung des Bachelor-/Master-Systems, Bildung einer Fakultät für Psychologie). Verhandlungen der regierungsrätlichen Arbeitsgruppe zur Vertiefung des Universitätsvertrags, Erarbeitung von Grundlagenberichten zu den Bereichen Immobilien und Medizinische Fakultät. Integration MGU in die Universität ist per 1.1.2003 erfolgt, Auflösung der Stiftung per Mitte 2003 eingeleitet.
Erwachsenenbildung "Ein Leben lang lernen" Konzept Erwachsenenbildung	6.01.36 Überblick Erwachsenenbildung BL im Internet.	Ein erster Ueberblick ist im Internet abrufbar: www.erwachsenenbildung-bl.ch

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
	6.01.37 Weiterentwicklung der Lehrerfortbildungsstelle zur Fachstelle Erwachsenenbildung.	Der Entwurf der Dienstordnung für die Fachstelle Erwachsenenbildung liegt vor.
	6.01.38 Grenz- und institutionsübergreifende Veranstaltungen (Forum Gender, Schweiz. Lernfestival, Oberrheinische Lehrertagung).	Die Gender-Thematik wurde am LFBL-Forum institutionsübergreifend behandelt. Die LFBL organisierte im Rahmen des Schweizerischen Lernfestivals einen 8-tägigen Marktplatz mit 80 Weiterbildungsangeboten für 2000 Teilnehmende. An der Oberrheinischen Lehrertagung in Muttenz befassten sich je 50 Teilnehmende aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz mit neuen Informationstechnologien im Sprachunterricht und in grenzübergreifenden Projekten.
Mittelschulen und Gymnasien		
Umsetzung der Vorschriften des Maturitätsanerkennungsreglementes der Eidgenossenschaft und der Kantone	6.01.40 Weiterführung der Einführung MAR (neu im Jahr 2002: Fach Wirtschaft und Recht für alle Schülerinnen und Schüler; Projekt- und Maturaarbeiten) mit dem Ziel, die eidgenössische Anerkennung im Jahr 2003 anlässlich der ersten MAR-Abschlussprüfungen zu erhalten.	Die angestrebte Anerkennung wurde bereits im Jahr 2002 ausgesprochen. Die Ausbildung der neuen Lehrpersonen für das Grundlagenfach Wirtschaft und Recht fand statt und somit konnte auch das Fach unterrichtet werden. Auch die Projektarbeiten wurden erstmals durchgeführt und Konzepte für die Durchführung der Maturarbeiten verabschiedet. Inzwischen erhielten wir die eidgenössische Anerkennung und werden im Dezember 2003 erstmals Maturen nach dem neuen Reglement durchführen.
Diplommittelschulen	6.01.51 Neupositionierung der DMS 3 im Rahmen des sich (neu) verändernden schweizerischen Bildungssystems.	Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die ein den neuen Anforderungen entsprechendes Konzept erarbeitete und in die Vernehmlassung gab.

Programmpunkt Nr. 6.02 Kultur

Zwischen dem kulturellen Engagement des Baselbietes auf seinem eigenen Territorium (Kulturförderung, Kantonsbibliothek, Kantonsarchäologie, Kantonsmuseum, Römerstadt Augusta Raurica) und der partnerschaftlichen Unterstützung des kulturellen Zentrums-Angebotes in Basel-Stadt durch den Kanton Basel-Landschaft bestehen Missverständnisse, Defizite und Informationsmängel. Es sollen daher mittelfristig mehr Transparenz, ein höherer Deckungsgrad und für das Angebot im Baselbiet selbst mehr Bewusstsein in der Bevölkerung angestrebt werden.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Römerstadt Augusta Raurica		
Neubau Römermuseum	6.02.01 Durchführung eines Architekturwettbewerbs (Federführung: Hochbauamt).	Die Römerstadt Augusta Raurica ist der wichtigste Kultur- und Tourismusort im Kanton; sie ist in ihrer Art einzigartig in Mitteleuropa. Sie erfordert nicht nur einen umfassenden Schutz vor Zerstörung, sondern auch eine viel bessere Erschliessung als heute mit dem geplanten neuen Römermuseum. Die entsprechenden Vorbereitungen bezüglich Inhalte und Vermittlung wurden im Sommer mit dem Papier "Römer-Stadt-Portal" abgeschlossen und direktionsintern verabschiedet. Die Notwendigkeit des Neubaus in unbestritten (Bericht der LR-GPK vom 05.05.1998). Bezüglich der Umsetzung (Architekturwettbewerb, Planungskredit usw.) besteht seit Monaten allerdings ein "Entscheidungsstau".
Neues Vermittlungskonzept	6.02.02 Modernes Programm- und Betriebskonzept für das römische Theater.	Die Kommission Kulturprojekte hat das Thema aufgegriffen. Bis 2006 soll das Programm- und Betriebskonzept für das römische Theater vorhanden sein; für 2007 sind die Eröffnungsspiele vorgesehen.
Erschliessung und Optimierung des archäologischen Freilichtmuseums zur Kultur- und Naherholungsstätte	6.02.18 (neu) Kantonaler Nutzungsplan (im Rahmen des BUD-Projektes "Erlebnisraum Augst-Pratteln"; Federführung: Amt für Raumplanung), Visualisierung der römerzeitlichen Stadtstrukturen (Beispiel: die Besucher/-innen erwandern die antike Stadt auf römischen Strassenlinien = Entflechtung vom Durchgangsverkehr).	Die Vorbereitungsarbeiten einer kleinen Arbeitsgruppe HBA-Römerstadt sind abgeschlossen und beschlussreif. Beschlüsse zur Realisierung sind jedoch noch keine erfolgt. Die Zeit drängt: Mindestens die Umgebung des Theaters (Archäologisches Zentrum) sollte auf die Wiedereröffnung Ende 2006 umgestaltet, die Infrastrukturen (Parkierung, Zugänge, Cafeteria) vorhanden sein.
Gästeservice	6.02.19 (neu) Verbesserung und klare Strukturierung des "incoming service", d.h. alle Kunden- und Gästeanfragen zur ganzen Angebotspalette der Römerstadt erfolgen über eine einzige Anlauf- und Koordinationsstelle.	Aus prioritären Gründen (Verzug in der Fundinventarisierung) auf 2003 verschoben.

Ziele		Massnahmen	Amtsbericht 2002
Digitales Bildarchiv zur Sicherung und Erschliessung der 230'000 Fotos	6.02.20 (neu)	Pilotprojekt 2002: Evaluation und Tests der Software, Digitalisierung einer Foto-Testserie.	Das Konzept ist inhaltlich-technisch erarbeitet. Es sieht eine "unterschwellige", langfristige Realisierung der Foto-Digitalisierung vor (verteilt auf ca. 12 Jahre statt Schwerpunktprojekt mit Verpflichtungskredit) und definiert die Prioritäten. Eine erste Tranche von 5600 alten, bereits ausgeblichenen Ausgrabungs-Farbdias wurde extern digitalisiert.
Grossgrabung Augst	6.02.21 (neu)	Durchführung einer Grossgrabung am Tempelhofweg August 2001 bis Saisonende 2002 (privates EFH-Projekt).	Die Notgrabung Augst-Tempelhofweg konnte termingerecht und im Rahmen des Budgets abgeschlossen werden. Vorbereitungen für eine auf drei Jahre (2003-2005) konzipierte, sehr grosse Notgrabung Augst-Forumstrasse wurden getroffen.
Archäologie und Kantonsmuseum			
Erhaltung und neue Nutzung der römischen Villa Munzach	6.02.03	Für die Sanierung und Erhaltung sowie die künftige Nutzung der Römervilla wird eine Landratsvorlage erarbeitet.	Die Akten über Munzach wurden auf die Frage hin gesichtet, was vollständig ausgegraben ist und was nicht. Ausserdem wurde eine Kostenschätzung für die Sanierung der Ruine erstellt. In Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt werden Möglichkeiten für die künftige Nutzung entwickelt. Ein Projekt wird bis Herbst 2003 erarbeitet sein.
Auswertung der Grossgrabung Lausen läuft an	6.02.14	Beratung der Vorlage im Landrat. Beginn der Arbeiten für das Jahr 2003 vorgesehen. Die Dauer der Arbeiten wird auf 3 Jahre veranschlagt.	Die Vorlage musste nochmals überarbeitet werden. Sie wird im Januar 2003 dem Landrat unterbreitet.
Die Dauerausstellungen werden erneuert	6.02.17 (neu)	Im Herbst 2002 wird eine neue Dauerausstellung mit dem Schwerpunkt Natur eröffnet. Die Arbeiten für die Erneuerung der Seidenbandausstellung bis 2003 laufen an.	Die Dauerausstellung "natur nah" wurde im September 2002 eröffnet. Die Arbeiten an der neuen Seidenbandausstellung schreiten planmässig voran.
Kantonsbibliothek			
Neue Kantonsbibliothek	6.02.07	Bereinigung des Betriebskonzeptes und Anpassung der Betriebsstruktur.	Das Betriebskonzept ist bereinigt und die neue Teamstruktur im Aufbau begriffen.
Kunst- und Kulturförderung			

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Aktive Förderung des regionalen Kunst- und Kulturschaffens	6.02.08 Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Perspektiven für die zeitgenössischen Kunst- und Kulturförderung (2001-2005) steht die Inkraftsetzung des neuen Musikförderungskonzeptes im Zentrum der kulturpolitischen Massnahmen.	Das neue Fördermodell Musik ist publiziert; erste Projekte konnten im Herbst 2002 realisiert werden. Das Echo auf das neue Fördermodell ist überwiegend positiv.
	6.02.16 Die im 2001 geplante Neuausrichtung der Waldenburger Konzerte und der Konzerte im Schloss Ebenrain wird realisiert.	Die Neuausrichtung wurde um eine Saison verschoben. Das erste Konzert auf der Grundlage des neuen Konzeptes ist auf den 8. April 2003 terminiert.
Expo 2002	6.02.09 Die Federführung für die Organisation des Kantonaltags beider Basel an der Expo.02 in Yverdon im August 2002 sowie das Marketing und die Realisation verschiedener Programme und Angebote für Schulen und Vereine des Baselbiets an der Expo.02 stellen ebenfalls prioritäre Aktionsfelder dar.	Der Kantonaltag BS/BL an der Expo.02 in Yverdon wurde unter dem Motto "Basel klingt gut" mit über 1'600 aktiven Musiker/innen aus der Region realisiert. Er darf als eigenständiger und publikumswirksamer Event bezeichnet werden. Das Projekt "Baselbieter Schulen an die Expo" wurde realisiert. Dank eines Kredits aus dem Lotteriefonds konnten über 35% der Baselbieter Schülerschaft im Klassenverband an der Expo.02 teilnehmen.

Programmpunkt Nr. 6.03 Sport

Übersicht

Ein sportliches Grossereignis steht im Mittelpunkt: Die Durchführung des Eidgenössischen Turnfestes ETF 02 BL. Nach mehrjähriger Vorbereitung empfängt unser Kanton gegen 70'000 Turnerinnen und Turner. Der Kanton Basel-Landschaft möchte ein exzellenter Gastgeber sein.

Die Umsetzung von Jugend+Sport 2000 tritt im Jahr 2002 in die entscheidende Phase. Damit per 1. Januar 2003 mit J+S 2000 erfolgreich gestartet werden kann, bedarf es vieler Vorarbeiten. Im Zentrum steht die Ausbildung der J+S-Coaches. Die Einrichtung einer Sportklasse am Gymnasium Liestal, die Neukonzeption der Fachstelle für Sport in der Schule, der Aufbau einer Sportstättenverwaltungs-Datenbank sowie die erfolgreiche Durchführung der dreitägigen Jubiläumsveranstaltung zum 50. Baselbieter Team-Orientierungslauf bilden weitere Schwerpunkte.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Beratung		

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Datenbank Sportstättenverwaltung	6.03.01 80% aller Daten der Sportstätten im Kanton und in den Gemeinden erfassen. Ferner Erarbeitung einer Angebotsübersicht "Was läuft wo im Sport?".	In der Datenbank Sportstättenverwaltung sind rund 90% der Daten erfasst. Sobald die noch fehlenden Daten registriert sind, wird die Datenbank im Internet unter www.sportstaetten.ch aufgeschaltet und mit der Sportamt-Homepage verlinkt. Die Angebotsübersicht für Jugendliche ist ebenfalls vorbereitet und ab 2003 verfügbar.
Leiterinnen- und Leiterausbildung		
Neukonzeption Jugend +Sport 2000	6.03.02 Ausbildung von 600 J+S-Coaches in allen Sportarten Umsetzung der Veränderungen gemäss Vorgabe J+S 2000	An elf Veranstaltungen, teilweise in Zusammenarbeit mit dem Sportamt Baselstadt, wurden 380 J+S-Coaches und in drei separaten Veranstaltungen weitere 100 J+S-Schulcoaches ausgebildet. Die Umsetzung von J+S 2000 erfolgte etappenweise. Die diversen Neuerungen ergeben für die J+S-Coaches und die Vereine, aber vor allem auch für das Sportamt, in der Anfangsphase einen zusätzlichen Aufwand.
Veranstaltungen		
Eidgenössisches Turnfest	6.03.04 Erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung und Erreichen der Hauptzielsetzungen.	Dank dem unermüdlichen Engagement der Mitglieder des Organisationskomitees sowie von Hunderten von Helferinnen und Helfern klappte die Organisation des grössten Sportanlasses, der je im Baselbiet stattgefunden hat, bestens. Viel dazu beigetragen hat natürlich das grössten-teils sonnige und heisse Wetter. Verschiedene Dienststellen haben im Vorfeld, während und nach dem Grossanlass wertvolle Arbeiten geleistet, welche zum ausgezeichneten Gelingen beigetragen haben. Die frühzeitige Regelung der Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung hat sich bewährt. Der Imagegewinn für unseren Kanton dank der optimalen Abwicklung der Grossveranstaltung ist erfreulich.
50. Baselbieter Team-OL	6.03.07 Erfolgreiche Durchführung der dreitägigen Jubiläumsveranstaltung; Gesamtbeteiligung von über 2'000 Sportlerinnen und Sportlern.	Obwohl der Nacht-Team-OL infolge Sturmwarnung auf das Jahr 2003 verschoben werden musste, war die Durchführung der Jubiläumsveranstaltung ein voller Erfolg. Mit 571 Teilnehmenden am Stedtli-Team-OL und 2'116 Teilnehmenden am Jubiläums-Team-OL war der Baselbieter OL im Jahr 2002 der grösste OL-Anlass der Schweiz.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Leistungssportförderung		
Sportklasse auf der Sekundarstufe II	6.03.08 Start einer Sportklasse am Gymnasium Liestal ab (neu) Schuljahr 2002/2003.	Nach kurzer Vorbereitungszeit und dank der raschen Behandlung und dem Entgegenkommen von Regierung und Kantonsparlament erfolgte am 13. August mit 14 Schülerinnen und Schülern der Start der ersten Sportklasse am Gymnasium Liestal. Diese Schülerinnen und Schüler absolvieren die Maturabteilung in 4.5 statt in 3.5 Jahren, profitieren aber von einem verringerten Wochenpensum von 24 bis 25 Lektionen, was ihnen ein optimales Nebeneinander von Schule und Sport ermöglicht. Eine Sportklasse an der DMS 3 kam nicht zu Stande, weil sich zuwenig Sportlerinnen und Sportler für diesen Ausbildungsgang angemeldet hatten.
Sport in der Schule		
Neukonzeption Fachstelle	6.03.09 Durchführung regelmässiger Weiterbildungskurse für (neu) sportunterrichtende Lehrpersonen.	Das Weiterbildungsangebot für Sportunterricht erteilende Lehrpersonen wird durch die Fachstelle Sport in der Schule in Zusammenarbeit mit der LFBL stetig ausgebaut. Erstmals hat das Sportamt eine separate Weiterbildungsbroschüre herausgegeben.

7 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichts 2002.

Liestal, 28. Januar 2002

Im Namen des Regierungsrates

die Präsidentin:	Schneider-Kenel
der Landschreiber:	Mundschin

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung am 28. Januar 2003)

ANHANG 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet.

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2001/259	Interpellation von Eugen Tanner vom 25. Oktober 2001: Braucht es die Intervention von Bern wirklich?. Schriftliche Antwort vom 4. Dezember 2001	erledigt	10/01/2002
2001/257	Interpellation von Anton Fritschi vom 25. Oktober 2001: Kantonsspital Liestal, Bauunterbruch mit Folgen?. Schriftliche Antwort vom 18. Dezember 2001	erledigt	10/01/2002
2001/165	Interpellation von Eric Nussbaumer vom 7. Juni 2001: Zusammenarbeit und Beauftragung des Vereins für Sozialpsychiatrie Baselland (VSP) im Bereich der Rehabilitation von psychisch kranken und psychisch behinderten Menschen. Schriftliche Antwort vom 16. Oktober 2001	erledigt	10/01/2002
2001/238	Interpellation von Sabine Pegoraro vom 27. September 2001: Stauwarnung dank Verkehrsleitsystem	beantwortet	10/01/2002
2001/255	Interpellation von Ruedi Brassel vom 25. Oktober 2001: Neue Sicherheitsphilosophie?	beantwortet	10/01/2002
2001/239	Interpellation von Dieter Völlmin vom 27. September 2001: Nordwestschweiz im Abseits	beantwortet	24/01/2002
2001/225	Interpellation von Pascal Wyss vom 6. September 2001: Zunehmende Gewaltanwendung von Ausländern. Schriftliche Antwort vom 18. Dezember 2001	erledigt	24/01/2002
2001/206	Interpellation von Bruno Steiger vom 6. September 2001: Kantonales Asyl- Durchgangszentrum im Laufental	beantwortet	24/01/2002
2001/223	Interpellation der FDP-Fraktion vom 6. September 2001: "Koordinierte regionale Spitalplanung": 1. Zwischenbericht des Regierungsrates an den Landrat. (Antwort in Vorlage 2001/236)	erledigt	07/02/2002
2001/204	Interpellation der FDP-Fraktion vom 6. September 2001: "Universitäts-Kinderspital beider Basel": Information zur Standortevaluation durch den Regierungsrat. (Antwort in Vorlage 2001/236)	erledigt	07/02/2002
2001/258	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 25. Oktober 2001: Sicherheit im Baselbiet	beantwortet	14/03/2002
2002/037	Interpellation von Paul Schär vom 7. Februar 2002: Revision des Tierschutzgesetzes: Freiheit der Religionen vor Tierschutz?	zurückgezogen	14/03/2002
2002/065	Interpellation von Olivier Rügsegger vom 14. März 2002: Überarbeitung Deponienbericht - ein Einzelfall	beantwortet	14/03/2002
2002/064	Interpellation der FDP-Fraktion vom 14. März 2002: Chemiemülldeponien: Kooperation oder Filz? was ist wirklich geschehen	beantwortet	14/03/2002
2001/220	Interpellation von Max Ribi vom 6. September 2001: Die Justiz arbeitet zu langsam. Schriftliche Antwort vom 5. März 2002	erledigt	14/03/2002
2001/230	Interpellation von Remo Franz vom 20. September 2001: "Ersatzkosten" für die Billettsteuer	beantwortet	14/03/2002
2002/004	Interpellation von Jacqueline Halder vom 10. Januar 2002: Feldrebengrube - wie weiter?. Schriftliche Antwort vom 26. Februar 2002	erledigt	14/03/2002
2001/260	Interpellation von Peter Holinger vom 25. Oktober 2001: Kaserne Liestal und eidg. Zollschule Liestal. Schriftliche Antwort vom 18. Dezember 2001	erledigt	14/03/2002
2001/273	Interpellation von Patrick Schäfli vom 8. November 2001: Wirtschaftsförderung im Baselbiet	beantwortet	21/03/2002
2001/272	Interpellation von Rita Kohlermann vom 8. November 2001: Einrichtung eines Krisendispositivs	beantwortet	21/03/2002
2001/219	Interpellation von Urs Wüthrich vom 6. September 2001: Probleme bei den Lohnabrechnungen für Lehrpersonen	beantwortet	21/03/2002
2001/222	Interpellation der FDP-Fraktion vom 6. September 2001: E-Government: Strategie des Regierungsrates	beantwortet	21/03/2002

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2001/287	Interpellation von Remo Franz vom 22. November 2001: Gibt es überhaupt noch eine Wirtschaftspolitik?	beantwortet	21/03/2002
2001/276	Interpellation von Walter Jermann vom 8. November 2001: Bürgschaften in der Wirtschaftsförderung. Schriftliche Antwort vom 29. Januar 2002	erledigt	21/03/2002
2001/299	Interpellation von Agathe Schuler vom 12. Dezember 2001: Impulsprogramm "Familie und Beruf"	beantwortet	21/03/2002
2001/305	Interpellation der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2001: Zukunft der Rheinhäfen Birsfelden und Muttenz?. Schriftliche Antwort vom 12. März 2002	erledigt	21/03/2002
2001/304	Interpellation von Liz Rytz vom 13. Dezember 2001: Unser Wirtschaftsstandort und Mangel an Spezialisten mit höherer Fachausbildung. Schriftliche Antwort vom 5. März 2002	erledigt	21/03/2002
2002/039	Interpellation von Thomi Jourdan vom 7. Februar 2002: Wirtschaftsförderung - Am Beispiel der International School of Basel	beantwortet	21/03/2002
2002/140	Interpellation von Beatrice Fuchs vom 6. Juni 2002: Baselbieter Informatikmittelschüler - draussen vor der Tür?	beantwortet	06/06/2002
2002/141	Interpellation der SP-Fraktion vom 6. Juni 2002: Frage der Vereinbarkeit der Funktion eines/r persönlichen Berater/in eines Regierungsratsmitglieds mit einem Landratsmandat	beantwortet	20/06/2002
2001/285	Interpellation von Max Ribi vom 22. November 2001: Wer entzieht sich der Justiz?. Schriftliche Antwort vom 4. Juni 2002	erledigt	05/09/2002
2002/187	Interpellation von Elsbeth Schmied vom 5. September 2002: Auflösung des CIM-Zentrums Muttenz	beantwortet	05/09/2002
2002/055	Interpellation von Margrit Blatter vom 28. Februar 2002: Polizeianlass als Pflicht zur Freiwilligenarbeit. Schriftliche Antwort vom 7. Mai 2002	erledigt	05/09/2002
2002/185	Interpellation von Sabine Stöcklin vom 5. September 2002: Nichtverlängerung der Verträge mit Privatspitälern BS	beantwortet	05/09/2002
2002/186	Interpellation von Madeleine Göschke vom 5. September 2002: Keine Vertragserneuerung mit Privatspitälern von Basel-Stadt	beantwortet	05/09/2002
2002/188	Interpellation von Hanspeter Ryser vom 5. September 2002: Welche Absichten hat das neue Bildungsgesetz	beantwortet	05/09/2002
2001/303	Interpellation der SP-Fraktion vom 13. Dezember 2001: Schlussfolgerung aus der internationalen Pisa-Studie für das Bildungswesen des Kantons Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 9. April 2002	erledigt	12/09/2002
2002/017	Interpellation von Hanspeter Ryser vom 24. Januar 2002: Kostenermittlung im neuen Bildungsgesetz. Schriftliche Antwort vom 9. April 2002	erledigt	12/09/2002
2002/007	Interpellation von Dieter Völlmin vom 10. Januar 2002: Lotteriefonds: "Gare du Nord" oder Baselbieter Vereine?. Schriftliche Antwort vom 9. April 2002	erledigt	12/09/2002
2001/286	Interpellation von Juliana Nufer vom 22. November 2001: Neue BUWAL-Richtlinie: "Schlacken aus KVAs müssen entschlottet werden". Schriftliche Antwort vom 15. Januar 2002	erledigt	19/09/2002
2002/219	Interpellation von Karl Rudin vom 12. September 2002: Budgetierung der Gemeinden im Hinblick auf das neue Bildungsgesetz. Schriftliche Antwort vom 17. September 2002	erledigt	19/09/2002
2001/097	Interpellation von Peter Holinger vom 5. April 2001: Kostenkontrolle bei grossen Bauvorhaben. Schriftliche Antwort vom 26. Februar 2002	erledigt	19/09/2002
2001/298	Interpellation von Robert Ziegler vom 12. Dezember 2001: Neue Anlieferkriterien in der KVA Basel	beantwortet	19/09/2002
2002/042	Interpellation von Dieter Völlmin vom 7. Februar 2002: Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz / Vollendung des schweizerischen Nationalstrassennetzes. Schriftliche Antwort vom 23. April 2002	erledigt	17/10/2002
2002/080	Interpellation von Paul Schär vom 14. März 2002: "Absicherung der Übergänge BLT-Linie 11, Reinach-Münchenstein: Beschleunigung der Realisierung!"	beantwortet	17/10/2002
2002/041	Interpellation von Willi Grollmund vom 7. Februar 2002: Kreisel Kreuzung Rothausstrasse/Eptingerstrasse in Muttenz	beantwortet	17/10/2002
2002/247	Interpellation von Sabine Pegoraro vom 17. Oktober 2002: SBB-Entscheid gegen Standort Pratteln	beantwortet	17/10/2002
2002/031	Interpellation von Daniela Schneeberger vom 7. Februar 2002: Einsturz Chienbergtunnel	beantwortet	17/10/2002
2002/246	Interpellation der SP-Fraktion vom 17. Oktober 2002: Finanzausgleichsgesetz: Scherbenhaufen	beantwortet	17/10/2002

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2002/253	Interpellation von Urs Wüthrich vom 17. Oktober 2002: Beschaffungsentscheid für die zukünftigen Zugskompositionen für den Regionalverkehr. Regierung muss handeln und für die Zukunft Weichen stellen	beantwortet	17/10/2002
2002/226	Interpellation von Peter Zwick vom 19. September 2002: Basellandschaftliche Pensionskasse - wie weiter?. Schriftliche Antwort vom 15. Oktober 2002	erledigt	31/10/2002
2002/132	Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Mai 2002: "The Novartis Warning". Schriftliche Antwort vom 5. November 2002	erledigt	14/11/2002
2002/102	Interpellation von Urs Wüthrich vom 18. April 2002: Briefpostzentrum aufs Land - nach Baselland?	beantwortet	14/11/2002
2002/139	Interpellation von Urs Wüthrich vom 6. Juni 2002: Poststellen werden geschlossen - handelt die Regierung entschlossen?	beantwortet	14/11/2002
2002/163	Interpellation von Thomi Jourdan vom 20. Juni 2002: Alkohol: Verfügbarkeit ohne Grenzen - Jugend ohne Schutz?	beantwortet	14/11/2002
2002/165	Interpellation von Heinz Mattmüller vom 20. Juni 2002: Methadonprogramm und mit Heroin gestützte ärztliche Behandlungen	beantwortet	14/11/2002
2002/133	Interpellation von Rita Kohlermann vom 23. Mai 2002: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen. Schriftliche Antwort vom 5. November 2002	erledigt	14/11/2002
2002/162	Interpellation von Elisabeth Schneider vom 20. Juni 2002: Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen	beantwortet	14/11/2002
2002/018	Interpellation von Madeleine Göschke vom 24. Januar 2002: Empfehlungen der französischen Fluglärmbehörde (Acnusa). Schriftliche Antwort vom 24. September 2002	erledigt	14/11/2002
2002/006	Interpellation von Urs Steiner vom 10. Januar 2002: Wahl und Zusammensetzung kantonale Fischereikommission	beantwortet	14/11/2002
2002/038	Interpellation von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Veranlagung von selbständig Erwerbenden. Schriftliche Antwort vom 24. September 2002	erledigt	14/11/2002
2002/030	Interpellation von Marc Joset vom 7. Februar 2002: Lärmsanierung der Schiessanlage Allschwilerweiher	beantwortet	14/11/2002
2002/147	Interpellation von Barbara Fünfschilling vom 6. Juni 2002: HPSA	beantwortet	28/11/2002
2002/054	Interpellation von Urs Wüthrich vom 28. Februar 2002: UKBB - Abbaumassnahmen im Bereich Familien ergänzende Kinderbetreuung oder "Sparen - koste es was es wolle"	beantwortet	28/11/2002
2002/205	Interpellation von FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Akkreditierung der Medizinischen Fakultät der Universität Basel	beantwortet	28/11/2002
2002/232	Interpellation der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Bedarfsgerechtigkeit als wichtige Strategie in der Spitalplanung. Schriftliche Antwort vom 5. November 2002	erledigt	28/11/2002
2002/005	Interpellation von Paul Schär vom 10. Januar 2002: UKBB: an einem Standort mit dezentraler ambulanter Behandlung in Kindertageskliniken!?. Schriftliche Antwort vom 5. März 2002	erledigt	28/11/2002
2002/117	Interpellation von Eric Nussbaumer vom 2. Mai 2002: Nach 111 Monaten ist es Zeit für den Neubau der Berufsschule für Pflege. Schriftliche Antwort vom 19. November 2002	erledigt	28/11/2002
2002/148	Interpellation von Max Ribi vom 6. Juni 2002: Mehr Prävention statt krank. Schriftliche Antwort vom 22. Oktober 2002	erledigt	28/11/2002
2002/272	Interpellation von Ivo Corvin vom 31. Oktober 2002: Kantonale Kompetenzen zur Verordnung des Bundesrates vom 3. Juli 2002 über den "Ärzttestopp" (SR 832.103). Schriftliche Antwort vom 19. November 2002	erledigt	28/11/2002
2002/258	Interpellation von Juliana Nufer vom 17. Oktober 2002: Regionale und überregionale Zusammenarbeit in der Spital-, Haus- und Kooperationen mit Sozialen Institutionen. Schriftliche Antwort vom 19. November 2002	erledigt	28/11/2002
2002/106	Interpellation von Madeleine Göschke vom 18. April 2002: Ausbildung zur Primarlehrkraft. Schriftliche Antwort vom 9. Juli 2002	erledigt	28/11/2002
2002/211	Interpellation von Thomas H. Friedli vom 5. September 2002: Sparmassnahmen im Gesundheitsbereich. Schriftliche Antwort vom 5. November 2002	erledigt	28/11/2002
2002/259	Interpellation von Juliana Nufer vom 17. Oktober 2002: Fakturierung und Zahlungsmoral Steuerbezug / neue Steuersoftware für die Steuerverwaltung / Übergangszeit. Schriftliche Antwort vom 3. Dezember 2002	erledigt	11/12/2002

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2002/103	Interpellation von Ruedi Brassel vom 18. April 2002: Geruchsimmissionen in Pratteln	beantwortet	12/12/2002
2002/164	Interpellation von Hildy Haas vom 20. Juni 2002: Lehrkräfte des Lehrerseminars Liestal	beantwortet	12/12/2002
2002/150	Interpellation von Max Ritter vom 6. Juni 2002: Sinnvolle Verwertung von biogenen Reststoffen in einer Kantonalen Vergärungsanlage. Schriftliche Antwort vom 17. September 2002	erledigt	12/12/2002
2002/118	Interpellation von Roger Moll vom 2. Mai 2002: Zukunft der FHBB. Schriftliche Antwort vom 9. Juli 2002	erledigt	12/12/2002

Erläuterungen

beantwortet = mündliche Antwort des Regierungsrates
erledigt = schriftliche Antwort des Regierungsrates

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2002/134	Schriftliche Anfrage von Esther Maag vom 23. Mai 2002: Ermitage in Arlesheim	27/08/2002
2002/151	Schriftliche Anfrage von Esther Maag vom 6. Juni 2002: Schulreisen und Reisen an die Expo per Bahn statt per Bus	24/09/2002
2002/120	Schriftliche Anfrage von Heinz Aebi vom 2. Mai 2002: Gelten verfassungsrechtliche Grundsätze für alle Regierungsratsmitglieder?	17/12/2002

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel
2002/273	Schriftliche Anfrage von Eric Nussbaumer vom 31. Oktober 2002: Übersicht über die anerkannten Familienausgleichskassen

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2002/008	Bericht der Landeskanzlei vom 22. Januar 2002: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 24. Januar 2002	alle Fragen (4) beantwortet	24/01/2002
2002/044	Bericht der Landeskanzlei vom 26. Februar 2002: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 28. Februar 2002	alle Fragen (5) beantwortet	28/02/2002
2002/094	Bericht der Landeskanzlei vom 16. April 2002: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 18. April 2002	alle Fragen (9) beantwortet	18/04/2002
2002/125	Bericht der Landeskanzlei vom 21. Mai 2002: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 23. Mai 2002	alle Fragen (11) beantwortet	23/05/2002
2002/221	Bericht der Landeskanzlei vom 17. September 2002: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 19. September 2002	alle Fragen (3) beantwortet	19/09/2002
2002/266	Bericht der Landeskanzlei vom 29. Oktober 2002: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 31. Oktober 2002	alle Fragen (5) beantwortet	31/10/2002
2002/292	Bericht der Landeskanzlei vom 26. November 2002: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 28. November 2002	alle Fragen (4) beantwortet	28/11/2002
2002/321	Bericht der Landeskanzlei vom 9. Dezember 2002: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 12. Dezember 2002	alle Fragen (4) beantwortet	12/12/2002

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahre 2002 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Nr neu
2001/215	Postulat von Bruno Steiger vom 6. September 2001: Dezentralisierung von Asyldurchgangszentren im Baselbiet	überwiesen und abgeschrieben	24/01/2002	
1999/166	Parlamentarische Initiative von Bruno Krähenbühl vom 2. September 1999: Regelung der Mitwirkungsrechte des Kantons gemäss § 67 Abs. 1 Bst. b Kantonsverfassung	abgeschrieben; zur Vorprüfung an JPK	07/02/2002	2001/295
1996/236	Postulat von Peter Tobler vom 31. Oktober 1996: Straffung der vormundschaftlichen Aufsichtsfunktion	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/02/2002	1999/182
1990/204	Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 10. September 1990: Überprüfung und Neustrukturierung des Vormundschaftswesens	abgeschrieben; überwiesen	07/02/2002	1999/182
2001/203	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 6. September 2001: Standortentscheid UKBB / regionale Spitalplanung	überwiesen und abgeschrieben	07/02/2002	2001/236
1999/019	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 28. Januar 1999: Überarbeitung des Ausbauprojektes BLT-Linie 11 in den Gemeinden Münchenstein/Reinach	abgeschrieben; überwiesen	07/02/2002	2001/143
2000/267	Postulat von Gerold Lusser vom 14. Dezember 2000: Schaffung einer paritätischen Planungs- und Kontrollkommission für Spitalfragen (in Zusammenhang mit Fragen die Medizinische Fakultät der Universität Basel)	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	07/02/2002	2001/236
2001/277	Verfahrenspostulat der SP-Fraktion vom 8. November 2001: Einsetzung einer PUK zur Untersuchung der Vorkommnisse rund um den Um- und Ausbau des Kantonsspitals Liestal	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	14/03/2002	
1999/267	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 15. Dezember 1999: Einleitung eines Revisionsverfahrens des Konkordats über die Schulkoordination an die heutigen gesellschaftlichen Bedürfnisse	abgeschrieben; überwiesen	14/03/2002	2002/011
2001/004	Motion von Christoph Rudin vom 11. Januar 2001 und der Erziehungs- und Kulturkommission vom 30. August 2001: Standesinitiative zur Koordination der kantonalen Bildungssysteme	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert); zur Vorprüfung an EKK	14/03/2002	2002/011
2000/009	Postulat von Max Ritter vom 13. Januar 2000: Auch für den Baselbieter Obstbau beginnt ein neues Jahrtausend!	abgeschrieben; überwiesen	21/03/2002	2001/280
2000/265	Postulat von Urs Hintermann vom 14. Dezember 2000: Beiträge für Niederstammobstbäume	abgeschrieben; Mot als Postulat (modifiziert) überwiesen	21/03/2002	2001/280
2002/019	Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion vom 24. Januar 2002: Einsetzung einer PUK zur Untersuchung der Evaluation, Implementierung und Finanzierung von EDV-Projekten der Kantonsverwaltung, insbesondere des Projekts Neues Rechnungswesen (NRW) und Software für die Personal- und Lohnadministration	überwiesen	21/03/2002	2202/135
2001/268	Postulat von Jörg Krähenbühl vom 8. November 2001: Baselbieter Wirtschaftsförderung	Mot als Postulat überw. und abgeschr.	21/03/2002	
2001/221	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2001: E-Baselland	überwiesen und abgeschrieben	21/03/2002	
2000/170	Postulat von Maya Graf vom 7. September 2000: Ein Oeko-Label für den Baselbieter Wald	abgeschrieben; überwiesen	18/04/2002	2002/026
2001/261	Verfahrenspostulat von Paul Schär vom 25. Oktober 2001: Dekret zum Gesetz über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrats (Geschäftsordnung des Landrats): Änderung des Einreichungstermins von Budgetanträgen	abgeschrieben; überwiesen	02/05/2002	
2002/083	Verfahrenspostulat von Madeleine Göschke vom 14. März 2002: Beantragung eines Disziplinarverfahrens gegen Richter Silvan Ulrich	überwiesen und abgeschrieben	23/05/2002	
1994/011	Postulat von Max Ribi vom 20. Januar 1994: Einführung einer Abschlussprüfung und einer Eignungsabklärung am Ende der Sekundarschulstufe I, Änderung von § 57 des Schulgesetzes	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Nr neu
1998/122	Motion von Max Ribi vom 11. Juni 1998: Qualitätssicherung des Progymnasiums als Grundlage zum nahtlosen Übertritt ans Gymnasium	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1986/145	Postulat von Alfred Peter vom 8. September 1986: Aufwertung der Stellung des Rektors an Volksschulen	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1997/249	Postulat von Claudia Roche vom 27. November 1997: Eltern Mit Arbeit Mit Eltern	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/06/2002	2001/105
1992/249	Postulat von Peter Brunner vom 9. November 1992: Anpassung des Kinderabzuges von 400 Franken (Staatssteuer) an die Teuerung und sozialer Ausgleich für die Einführung und Erhöhung kantonaler und kommunaler Gebühren und Tarife	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	06/06/2002	2002/085
2000/062	Postulat von Alfred Zimmermann vom 23. März 2000: Paritätische Vertretung in der Fluglärmkommission	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/06/2002	
1990/065	Postulat von Oskar Stöcklin vom 15. März 1990: Wahl der Lehrervertreter im Erziehungsrat	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	06/06/2002	2001/105
1993/279	Motion von Barbara Fünfschilling vom 6. Dezember 1993: Kompetenzen der Rektorate an den Volksschulen	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1998/111	Postulat von FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für die Ermöglichung eines tieferen Maturitätsalters im neuen Bildungsgesetz	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/06/2002	2001/105
1998/110	Postulat von FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für zwölf Jahre Gesamtschulzeit von der Primarschule bis zur Matur im neuen Bildungsgesetz	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/06/2002	2001/105
1996/235	Postulat der Petitionskommission vom 29. Oktober 1996: Petition des Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke (NWA) betreffend Stilllegung des Superphénix in Ceyss-Malville (F), Ausbau des Kernkraftwerks Fessenheim (F) sowie Errichtung eines Atommüll-Endlagers Malsburg-Marzell (D)	abgeschrieben; als Postulat (mod.) überwiesen	06/06/2002	
1988/240	Postulat von Liselotte Schelble vom 12. September 1988: Erwachsenenbildung im Kanton Basel-Landschaft	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1998/157	Postulat von Franz Ammann vom 3. September 1998: Bericht und Interventionsprogramme gegen Gewalt und Vandalismus an den Schulen	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	
2000/133	Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sport und Umwelt an runden Tisch	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	
1999/007	Motion von Heinz Aebi vom 14. Januar 1999: Gleichberechtigung für Laufentlicher Schülerinnen und Schüler	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1994/063	Postulat der SP-Fraktion vom 21. März 1994: Allfällige Abschaffung des Erziehungsrates	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
2000/117	Postulat von Peter Holinger vom 18. Mai 2000: Umgestaltung, Verschönerung und Verbesserung des Bahnhofareals in Liestal	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	
1999/248	Postulat von Remo Franz vom 25. November 1999: Ein ständiger Wirtschaftsrat statt eine Task Force!	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	06/06/2002	
2000/119	Postulat von Esther Maag vom 18. Mai 2000: Bahnhofgestaltung der Kantonshauptstadt	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	
1996/151	Postulat von Claudia Roche vom 10. Juni 1996: Anerkennung des Instrumental-Unterrichts als Wahlfach an der Sekundarstufe 1	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1999/142	Postulat von SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Schaffung einer Fachstelle für interkulturelle Pädagogik	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1994/023	Postulat von Barbara Fünfschilling vom 31. Januar 1994: Abschaffung des Erziehungsrates	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1993/280	Postulat von Barbara Fünfschilling vom 6. Dezember 1993: Autonomie der Volksschulen	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1999/006	Motion von FDP-Fraktion vom 14. Januar 1999: Ausbildung der Lehrkräfte der Sekundarstufe I	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
2001/283	Motion von Roland Laube vom 22. November 2001: Kinderabzug vom Steuerbetrag	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2002/085

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Nr neu
1998/168	Postulat von CVP-Fraktion vom 17. September 1998: Vorverschiebung des Einschulungsalters im Kanton Baselland	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/06/2002	2001/105
2000/005	Motion von Hildy Haas vom 13. Januar 2000: Reorganisation des Sprachheilwesens im Kanton Baselland	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
2001/008	Postulat von Hildy Haas vom 11. Januar 2001: Der Erziehungsrat, eine Fachkommission oder ein politisches Gremium?	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	2001/105
1995/026	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 6. Februar 1995: Mehr Organisationsfreiheit an den Volksschulen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	06/06/2002	2001/105
1995/163	Postulat von Esther Aeschlimann-Degen vom 11. September 1995: Bedarfslichtsignalanlage an der Hauptstrasse in Aesch, Tempo 50 ab Kreuzung Arlesheimerstrasse	abgeschrieben; überwiesen	06/06/2002	
1994/248	Postulat von Alfred Zimmermann vom 10. November 1994: Eggflue-Tunnel: Flankierende Massnahmen für die Ortsdurchfahrt Grellingen	abgeschrieben; überwiesen	05/09/2002	2001/310
2001/297	Postulat von Robert Ziegler vom 12. Dezember 2001: Koordination der Abfallentsorgung	überwiesen und abgeschrieben	19/09/2002	
2001/291	Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Touristische Velowegförderung; ein nachhaltiger Wirtschaftszweig für eine starke Region	überwiesen und abgeschrieben	19/09/2002	
1997/056	Postulat von Eva Chappuis vom 20. März 1997: Erhöhung und Sicherung des Lehrstellenangebotes	abgeschrieben; überwiesen	17/10/2002	2001/293
1999/167	Motion von Bruno Krähenbühl vom 2. September 1999: Revision des Gesetzes über die Versicherung von Gebäuden, Grundstücken und Fahrhabe (Sachversicherungsgesetz) vom 12. Januar 1981	abgeschrieben; überwiesen	17/10/2002	2002/138
1999/017	Postulat von Max Ritter vom 28. Januar 1999: Schaffung von zentralen Kadaversammelstellen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	17/10/2002	2002/059
1976/142	Postulat von Adrian Müller vom 5. Februar 1976: Reorganisation der Amtsvormundschaften	abgeschrieben; überwiesen	17/10/2002	2002/001
1994/150	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Juni 1994: Fernheizwerk Liestal, Mitverantwortung für Wärmebenützer	abgeschrieben; überwiesen	31/10/2002	2002/178
1999/098	Postulat von BPK vom 29. April 1999: Korrektur der Schwachstellen im Rheinhafen	abgeschrieben; überwiesen	31/10/2002	2002/114
2002/130	Postulat von Daniel Münger vom 23. Mai 2002: Wirtschaftsbericht und Wirtschaftsprognose des Kantons Basel-Landschaft	überwiesen und abgeschrieben	14/11/2002	
2002/036	Postulat von Marc Joset vom 7. Februar 2002: Sicherung Tramübergang Schlossgasse Bottmingen	überwiesen und abgeschrieben	14/11/2002	
2002/145	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. Juni 2002: Reevaluation einer Einmietung des UKBB ins Kantonsspital Basel	überwiesen und abgeschrieben	28/11/2002	
2002/131	Postulat von Madeleine Göschke vom 23. Mai 2002: Pädiatrische Grundversorgung im Raume Liestal	überwiesen und abgeschrieben	28/11/2002	
2002/076	Postulat von Hans Schäublin vom 14. März 2002: Festlegung der Landrats- und Regierungsratswahlen auf einen eidgenössischen Abstimmungstag	überwiesen und abgeschrieben	12/12/2002	
2001/302	Postulat von Barbara Fünfschilling vom 13. Dezember 2001: Schülerkosten im Kanton Basel-Landschaft	überwiesen und abgeschrieben	12/12/2002	2002/276
2002/072	Postulat von Jacqueline Halder vom 14. März 2002: Lückenlose und unabhängige Aufklärung über die Gefährdung des Trinkwassers durch die Chemiemülldeponien in Muttenz	überwiesen und abgeschrieben	12/12/2002	

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben

=

in der gleichen Sitzung überwiesen und abgeschrieben

abgeschrieben; überwiesen

=

am angegebenen Datum überwiesen; Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Nr neu
1988/202	Postulat von Max Kamber vom 23. Juni 1988: Rückvergütung von Steuergeldern aus dem Grenzgängerabkommen mit Frankreich; Teilabgabe an die arbeitgebenden Gemeinden	2002/235
1988/207	Postulat von Eva Rüetschi vom 23. Juni 1988: Rückvergütung von Steuergeldern aus dem Grenzgängerabkommen mit Frankreich; Teilabgabe an die arbeitgebenden Gemeinden	2002/235
1990/118	Postulat von Eva Rüetschi vom 17. Mai 1990: Änderung des § 134 des Schulgesetzes vom 26. April 1979	2002/113
1994/258	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 1994: Änderung des Umweltschutzgesetzes § 21 "Kostendeckung - Siedlungsabfälle"	2002/152
1995/218	Postulat von Theo Weller vom 4. Dezember 1995: Regelungsbedarf für den atmosphärischen Gaskessel	2002/291
1995/220	Postulat von Jacqueline Halder vom 4. Dezember 1995: Einführung schadstoffabhängiger Landetagen und weiterer Massnahmen auf dem EuroAirport Basel-Mulhouse	2002/331
1997/169	Postulat von Alfred Zimmermann vom 4. September 1997: Euro Airport: Emissionsgebühren für schmutzige Flugzeuge	2002/331
1998/048	Postulat von CVP-Fraktion vom 12. März 1998: Bevölkerungsfreundliche und zukunftsorientierte Entwicklung des Flughafens Basel-Mülhausen-Freiburg	2002/332
1998/081	Postulat von Esther Maag Zimmer vom 23. April 1998: Fürsorgekosten-Lastenausgleich	2002/223
1998/113	Postulat von Uwe Klein vom 28. Mai 1998: Neues Sozialgesetz - Materielle Solidarisierung der Fürsorgeaufwendungen unter den Gemeinden	2002/223
1998/264	Postulat von Esther Maag vom 17. Dezember 1998: Wie hält es der Kanton Baselland mit Minergie?	2002/238
1999/010	Postulat von Sabine Stöcklin vom 14. Januar 1999: Sicherung der Umwelt- und AnwohnerInnenschutzes beim Flughafen Basel - Mülhausen	2002/333
1999/018	Postulat von Eugen Tanner vom 28. Januar 1999: Stabilisierungsprogramm des Bundes: Entlastung der Gemeinden	2002/223
1999/100	Postulat von Max Ritter vom 29. April 1999: Förderung bodenschonender Anbausysteme im Kanton Basel-Landschaft	2002/319
1999/111	Postulat von Christoph Rudin vom 20. Mai 1999: Pädagogische Fachhochschule Nordwestschweiz mit europatauglicher Lehrkräfteausbildung	
1999/188	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 16. September 1999: Änderung oder Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses über die Bewertung der Aktien für die Vermögensbesteuerung vom 21. Januar 1975 (331.12)	2002/293
1999/221	Postulat von Esther Aeschlimann vom 28. Oktober 1999: Solidarisierung / Gemeindebeiträge an die Alters- und Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner	2002/223
1999/233	Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Anstellungsverhältnisse an Jugendmusikschulen	2002/233
2000/064	Postulat von Bruno Krähenbühl vom 23. März 2000: Einführung von staatlichen (oder staatlich anerkannten, kontrollierten und geförderten) Vorbereitungskursen für einbürgerungswillige ausländische Staatsangehörige	2002/179
2000/065	Postulat von Remo Franz vom 23. März 2000: Schneller zahlen ist Wirtschaftsförderung	2002/323
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental	2002/237
2000/130	Motion von Erziehungs- und Kulturkommission vom 8. Juni 2000: Revision Finanzausgleich	2002/223
2000/142	Postulat von Franz Hilber vom 22. Juni 2000: Kampfhunde "an die Leine"	2002/168
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	2002/334
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	2002/180
2001/046	Postulat von Esther Maag vom 22. Februar 2001: Viel Arbeit, viel Ehre(?) - wenig Qualifikation	2002/317
2001/210	Motion von Alfred Zimmermann vom 6. September 2001: Verstärkte Benützung der Ost-West-Piste	2002/335
2002/063	Postulat der Petitionskommission vom 21. März 2002: Aufwertung der Freiwilligenarbeit im Kanton Basel-Landschaft	2002/318

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	02/02/1987
1990/136	Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein	13/05/1991
1989/318	Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn	20/11/1991
1991/092	Postulat der SP-Fraktion vom 22. April 1991: Naturgerechtes kantonales Wasserbaukonzept	02/12/1991
1988/278	Postulat von Peter Brunner vom 31. Oktober 1988: Umweltfreundliches kantonales Wasserbaukonzept	02/12/1991
1991/279	Postulat von Annemarie Spinnler vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden	01/06/1992
1991/195	Postulat von Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe	01/02/1993
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1995/230	Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen	05/02/1996
1995/218	Postulat von Theo Weller vom 4. Dezember 1995: Regelungsbedarf für den atmosphärischen Gaskessel	05/02/1996
1996/035	Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen)	18/04/1996
1996/150	Postulat von Robert Piller vom 10. Juni 1996: Direkte Eisenbahnverbindung Suisse Romand - Region Basel gefährdet	09/01/1997
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten	25/09/1997
1997/133	Postulat von SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Angebot von Dienstleistungen des Sicherheitsinspektorates an die Nachbarkantone	04/12/1997
1998/079	Postulat von Hanspeter Frey vom 23. April 1998: Projektierung und Bau einer dritten Tunnelröhre am Belchentunnel	28/05/1998
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
1998/193	Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald	04/03/1999
1998/250	Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub	15/04/1999
1999/130	Postulat von BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen	11/11/1999
1999/058	Postulat von Heidi Portmann vom 25. März 1999: Einspar- und Anlagen-Contracting - dem raffinierten Weg zum technischen Energiesparen, Produzieren, Geld sparen und Umwelt schützen	11/11/1999
1999/189	Postulat von FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz	24/02/2000
1999/254	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebiet unter den Gemeinden	24/02/2000
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	24/02/2000
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental	06/04/2000
2000/132	Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln	21/09/2000
2000/088	Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental	21/09/2000
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz	21/09/2000
2000/134	Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft	21/09/2000
2000/269	Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal	08/02/2001

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/273	Postulat vom 29. Dezember 2000: 2 Petitionen zum Problem Tramlärm	22/02/2001
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	22/02/2001
2001/026	Postulat von Franz Ammann vom 25. Januar 2001: Schaffung klarer Berechnungsvorgaben für Sackgebühren	05/04/2001
2001/056	Postulat vom 16. März 2001: Verlängerung der Buslinie Hofstetten - Ettingen nach Aesch	05/04/2001
2000/197	Postulat von Peter Tobler vom 19. Oktober 2000: Neue Buslinie Aesch - Ettingen	05/04/2001
2000/196	Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung	05/04/2001
2000/229	Postulat von Marc Joset vom 16. November 2000: Verlängerung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) nach Oberwil Dorf und Mühlematt Zentrum	05/04/2001
2001/068	Postulat von Franz Hilber vom 22. März 2001: Veröffentlichung der Achsenzählung auf den Eisenbahnlinien	10/05/2001
2001/111	Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttetz zum "Euro-Hub"	31/05/2001
2001/117	Postulat von Eric Nussbaumer vom 26. April 2001: Leistungsauftrag für Netzbetreiber gemäss Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)	31/05/2001
2001/112	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung	31/05/2001
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	31/05/2001
2001/169	Postulat von Rita Bachmann vom 21. Juni 2001: Sicherheit im Kreisel für Zweiradfahrer und -fahrerinnen	29/11/2001
2001/164	Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim)	29/11/2001
2001/161	Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen- Delémont	29/11/2001
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung	29/11/2001
2001/229	Postulat von Max Ribi vom 20. September 2001: "Fast food", "Fast drink" -Abgabe	29/11/2001

Erziehungs- und Kulturdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1995/200	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 9. November 1995: Gemeinsame KindergärtnerInnenausbildung BL/BS	25/01/1996
1996/020	Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 25. Januar 1996: Gemeinsame Ausbildung der Primarlehrkräfte BL/BS	25/03/1996
1996/218	Postulat von Claudia Roche vom 17. Oktober 1996: Berufsmaturität für Berufe im Gesundheitswesen	20/03/1997
2000/082	Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. April 2000: Berufe im Gesundheitswesen	19/10/2000
2000/167	Postulat von Peter Holinger vom 7. September 2000: Gesamtkonzept der beruflichen Nachwuchsförderung	30/11/2000
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	30/11/2000
2000/098	Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal	30/11/2000
2000/244	Postulat von FDP-Fraktion vom 30. November 2000: Inventar der Immobilien, die von der Uni Basel genutzt werden	22/02/2001
2001/055	Postulat vom 16. März 2001: "Hitzefrei im Kanton Basel-Landschaft"	26/04/2001
2001/045	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Optimierung der Berufsbildung	31/05/2001

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1994/242	Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip	16/02/1995
1994/226	Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht	16/02/1995

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1995/066	Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.)	29/05/1995
1995/172	Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen	15/01/1996
1996/239	Postulat von Karl Rudin vom 31. Oktober 1996: Nicht mehr zeitgemässe Leumundszeugnisse	06/02/1997
1997/104	Postulat von SP-Fraktion vom 29. Mai 1997: Verzicht auf die Erhebung der Handänderungssteuer bei Unternehmensumstrukturierungen (§ 84/3 Steuer- und Finanzgesetz)	19/03/1998
1998/036	Postulat von FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen	14/05/1998
1998/041	Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen	14/05/1998
1998/113	Postulat von Uwe Klein vom 28. Mai 1998: Neues Sozialgesetz - Materielle Solidarisierung der Fürsorgeaufwendungen unter den Gemeinden	15/10/1998
1998/081	Postulat von Esther Maag Zimmer vom 23. April 1998: Fürsorgekosten-Lastenausgleich	15/10/1998
1998/153	Postulat von CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien	17/12/1998
1999/018	Postulat von Eugen Tanner vom 28. Januar 1999: Stabilisierungsprogramm des Bundes: Entlastung der Gemeinden	29/04/1999
1999/221	Postulat von Esther Aeschlimann vom 28. Oktober 1999: Solidarisierung / Gemeindebeiträge an die Alters- und Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner	16/12/1999
1999/187	Postulat von Esther Maag vom 16. September 1999: Mehr Gemeindeautonomie bei Initiative und Referendum	13/01/2000
1999/256	Postulat von Peter Tobler vom 25. November 1999: Richtige "Make or buy" -Analysen für kantonale Vorhaben	24/02/2000
2000/036	Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung	13/04/2000
1999/232	Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates	04/05/2000
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien	19/10/2000
2000/135	Postulat von Peter Holinger vom 8. Juni 2000: Konkurrenz der Privatwirtschaft durch öffentliche Betriebe	16/11/2000
2000/214	Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen	13/12/2000
2000/223	Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000	13/12/2000
2000/198	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Oktober 2000: Betriebswirtschaftliche Grundlagen für partnerschaftliche Geschäfte	11/01/2001
2001/005	Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Partnerschaft 2010+; ein Planungsinstrument für langfristige Strategien in der Partnerschaft	05/04/2001
2001/134	Postulat von Theo Weller vom 10. Mai 2001: Der Staat als Auftragnehmer in Konkurrenz zur Privatwirtschaft	13/12/2001
2001/094	Postulat von Thomas Haegler vom 5. April 2001: Studie über die Fiskalbelastungen, Sozialleistungen usw. von Mietern und Wohneigentümern im Baselbiet	13/12/2001

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1994/175	Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs-Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration	20/10/1994
1994/169	Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der sogenannten "zweiten Generation"	20/10/1994
1995/159	Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980	05/02/1996
1998/218	Postulat von Peter Tobler vom 29. Oktober 1998: Ergänzung der Zivilprozessordnung	15/04/1999
1998/221	Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselpolizei Gerichte	15/04/1999

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/259	Postulat von Dölf Brodbeck vom 16. Dezember 1998: Förderung zukunftsweisender Technologien im Strassenverkehr	15/04/1999
1999/201	Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis	13/01/2000
1999/185	Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht	27/01/2000
1999/170	Postulat von FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Sofortmassnahmen im Asylbereich: Handeln tut Not!	27/01/2000
1999/137	Postulat von SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen	10/02/2000
2001/006	Postulat von Rita Kohlermann vom 11. Januar 2001: Eco-Drive-Technik für ressourcenschonendes Fahren	26/04/2001
2001/003	Postulat der SP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Mener à bien - Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche	26/04/2001
2001/289	Postulat von Willi Grollmund vom 29. November 2001: Mehr Sicherheit im Belchentunnel	29/11/2001
2001/162	Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide	29/11/2001
2001/073	Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr	29/11/2001
2001/167	Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?	29/11/2001

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1997/129	Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern	18/09/1997
1997/132	Postulat von SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung	04/12/1997
1997/191	Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei aerztlicher Selbstdispensation	05/02/1998
1998/039	Postulat von Hansruedi Bieri vom 19. Februar 1998: Ausbildung von kommunalen Wirtschaftsbeauftragten	14/05/1998
1999/098	Postulat von BPK vom 29. April 1999: Korrektur der Schwachstellen im Rheinhafen	11/11/1999
1999/247	Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Einrichtung eines Krisendispositivs	25/11/1999
1999/245	Postulat von SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik	25/11/1999
1999/215	Postulat von FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft)	16/12/1999
1999/202	Postulat von CVP/EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal	10/02/2000
2000/142	Postulat von Franz Hilber vom 22. Juni 2000: Kampfhunde "an die Leine"	19/10/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2000/243	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung	25/01/2001
2000/240	Postulat von Eva Chappuis vom 30. November 2000: Kinder- und Ausbildungszulagen	25/01/2001
2000/260	Postulat der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung	25/01/2001
2000/245	Postulat der Grünen-Fraktion vom 30. November 2000: Schaffung einer zeitlich befristeten Kommission zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt zur Erarbeitung einer kurzfristigen, mit Basel-Stadt koordinierten und zukunftsverträglichen Spitalplanung	25/01/2001
2001/033	Postulat von Max Ritter vom 8. Februar 2001: Poststellenschliessung - Noch zwei Poststellen im Kreis Gelterkinden?	08/02/2001
2001/032	Postulat der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Zukunftssicherung der Postdienstleistungen im Baselbiet	08/02/2001
2001/007	Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes	22/02/2001
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen	26/04/2001

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/115	Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Marktbeobachtung und Publikation der verfügbaren Industrie- und Gewerbeareal	31/05/2001
2001/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Bildung eines Biotech-Task-Force zwecks Koordination und Umsetzung einer Förderstrategie	31/05/2001
2001/070	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen	31/05/2001
2001/213	Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion	13/12/2001

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/197	Postulat von FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung	15/04/1999

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion von FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999
1998/219	Motion von Emil Schilt vom 29. Oktober 1998: Bahn 2000 im Raume Liestal	04/03/1999

Erziehungs- und Kulturdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/213	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2000: Integration der Hochschule für Pädagogik (HP) und der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit (HFSA) als zusätzliche Departemente in die bestehenden Strukturen der FHBB	30/11/2000

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1988/006	Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge)	13/11/1989
1988/005	Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter	13/11/1989
1992/025	Motion von Max Ribi vom 23. Januar 1992: Vereinfachung der Steuererhebung und Verminderung der Verärgerung des Steuerzahlers	18/02/1993
1995/184	Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957)	15/01/1996
1997/031	Motion von Karl Rudin vom 6. März 1997: Baselland wird bis zum Jahr 2000 zum familienfreundlichen Kanton	12/06/1997
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	02/09/1999
1999/198	Motion von SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden	13/01/2000
2000/023	Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht	04/05/2000
2000/130	Motion von Erziehungs- und Kulturkommission vom 8. Juni 2000: Revision Finanzausgleich	08/06/2000
2000/113	Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen	02/11/2000

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1980/138	Motion von Werner Zahn vom 1. September 1980: Revision der Rechtserlasse über das Hausierwesen	10/11/1980
1997/203	Motion von Paul Schär vom 16. Oktober 1997: Neuauflage Gastwirtschaftsgesetz	22/01/1998

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1999/216	Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Schaffung von Strukturen für die Koordination nach innen und den gemeinsamen Auftritt nach aussen, die dem Kanton Basel-Landschaft eine optimale touristische Weiterentwicklung ermöglichen	23/03/2000
1999/217	Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Erarbeitung einer Wertschöpfungsstudie als Grundlage für die Optimierung der touristischen Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft	23/03/2000
2000/034	Motion von FDP-Fraktion vom 10. Februar 2000: Überprüfung der heute noch bestehenden Konkordatsverträge und Erarbeitung allfälliger Aenderungsvorschläge	06/04/2000

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1996/179	Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz	20/03/1997
2000/144	Motion von Rita Bachmann vom 22. Juni 2000: Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte	16/11/2000

2.5 Im Jahre 2002 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate**Bau- und Umweltschuttdirektion**

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/251	Postulat von Remo Franz vom 25. Oktober 2001: Entlastung der Aescher Hauptstrasse	10/01/2002
2001/290	Postulat von Daniel Wyss vom 29. November 2001: Stromsparende Strassenkandelaber; ein Beitrag zur Nachhaltigkeit	19/09/2002
2002/015	Postulat von Urs Baumann vom 24. Januar 2002: Ermittlung von wirtschaftlich interessanten Industrie- und Gewerbebezonen im Kanton Basel-Landschaft	17/10/2002
2002/003	Postulat von Peter Zwick vom 10. Januar 2002: Ausgeglichenere Verteilung der Gemeindebeiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs	17/10/2002
2002/097	Postulat von Heinz Aebi vom 18. April 2002: Sanierung bzw. Aufhebung von unbewachten Bahnübergängen auf der SBB-Linie zwischen Grellingen und Soyhières	31/10/2002
2002/051	Postulat von Hildy Haas vom 28. Februar 2002: Reaktivierung der Buslinie 55, Hägendorf-Allerheiligenberg-Bärenwil-Langenbruck	14/11/2002
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben	12/12/2002

Erziehungs- und Kulturdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/168	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2001: Bedarfsabklärung betreffend öffentlichen Tagesschulen	10/01/2002
2001/093	Postulat von Mirko Meier vom 5. April 2001: Fach Lerntechnik an den Schulen	10/01/2002
2002/016	Postulat von Robert Ziegler vom 24. Januar 2002: Werbung für Augusta Raurica	12/09/2002
2001/300	Postulat von Ruedi Brassel vom 13. Dezember 2001: Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung	12/09/2002

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/218	Postulat von Alfred Zimmermann vom 6. September 2001: Forderungen aus der Risikoanalyse des Flughafens	24/01/2002
2001/132	Postulat von Gerold Lusser vom 10. Mai 2001: Konzept über die Abwicklung und Entwicklung des Flugverkehrs in der Regio TriRhena	24/01/2002
2001/228	Postulat der FDP-Fraktion vom 20. September 2001: Effiziente Prozesse bei der kantonalen Verwaltung	21/03/2002
2001/237	Postulat von Sabine Pegoraro vom 27. September 2001: Kennzahlen zur Partnerschaft	21/03/2002
2001/296	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Dezember 2001: Massvolle Verschuldung - Gesunder Finanzhaushalt	31/10/2002
2002/035	Postulat der Justiz- und Polizeikommission vom 7. Februar 2002: Persönliche Haftung von Behördemitgliedern	14/11/2002
2002/033	Postulat von Urs Baumann vom 7. Februar 2002: Vermeidung von unliebsamen Überraschungen bei Institutionen mit Globalbudget	14/11/2002

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips	10/01/2002
2001/208	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. September 2001: Gesetz über die Gewährung und Vermittlung von Konsumkrediten	24/01/2002

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/212	Postulat von Krähenbühl Jörg vom 6. September 2001: Sicherheit während psychiatrische Betreuung in U-Haft / im Strafvollzug	24/01/2002
2001/252	Postulat von Franz Ammann vom 25. Oktober 2001: Sparmassnahmen an den Kantonsspitalern	28/02/2002
2001/269	Postulat der SP-Fraktion vom 8. November 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums "Wirtschaftspolitik"	21/03/2002
2002/034	Postulat von Patrick Schäfli vom 7. Februar 2002: Ausbau der englischsprachigen Schulplätze im Baselbiet: International School of Basel, Reinach	21/03/2002
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen	05/09/2002
2002/099	Postulat von Paul Schär vom 18. April 2002: Förderung des Business Parks Reinach und ähnlich gelagerter Projekte	14/11/2002
2002/088	Postulat von Agathe Schuler vom 21. März 2002: Jugendliche rauchen immer früher	14/11/2002
2002/268	Postulat von Urs Wüthrich vom 31. Oktober 2002: Briefpostzentrum muss in der Region bleiben!	14/11/2002
2002/183	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Angemessene Berücksichtigung der privaten Trägerschaften bei der koordinierten regionalen Spitalplanung!	28/11/2002
2002/271	Postulat von Madeleine Göschke vom 31. Oktober 2002: Medizinische Zentrumsbildung in der Region	28/11/2002
2002/189	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Vertiefte Kostentransparenz und vergleichbare Betriebskostenrechnungen BL und BS	28/11/2002
2002/270	Postulat von Madeleine Göschke vom 31. Oktober 2002: Bedarfsabklärung als Grundlage der gemeinsamen Spitalplanung	28/11/2002
2002/228	Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Bedarfsgerechtigkeit als Eckwert in der Spitalplanung	28/11/2002
2002/252	Postulat von Madeleine Göschke vom 17. Oktober 2002: Kenntnis der zukünftigen medizinischen Schwerpunktbildung in der Schweiz als Voraussetzung der regionalen Spitalplanung	28/11/2002
2002/073	Postulat von Roland Plattner vom 14. März 2002: Spitex wie weiter	28/11/2002
2002/231	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. September 2002: Mehrfach geführte Zentrums-Kliniken zusammenlegen	28/11/2002
2002/229	Postulat der SP-Fraktion vom 19. September 2002: Nordwestschweizerisches Gesundheitskonkordat	28/11/2002
2002/191	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Synergiepotential der BL-Spitäler nutzen	28/11/2002

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/199	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Ergänzung der Grobmodelle	28/11/2002
2002/159	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Juni 2002: UKBB und regionale Spitalplanung	28/11/2002
2002/190	Postulat der FDP-Fraktion vom 5. September 2002: Spitalplanung: Behandlungspfade definieren zur Kosteneinsparung	28/11/2002
2002/250	Postulat von Roland Plattner vom 17. Oktober 2002: Gesundheitskosten - Gesundheitsförderung auch am Arbeitsplatz	28/11/2002

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/019	Verfahrenspostulat der SVP-Fraktion vom 24. Januar 2002: Einsetzung einer PUK zur Untersuchung der Evaluation, Implementierung und Finanzierung von EDV-Projekten der Kantonsverwaltung, insbesondere des Projekts Neues Rechnungswesen (NRW) und Software für die Personal- und Lohnadministration	21/03/2002
2002/043	Verfahrenspostulat von Roland Laube vom 7. Februar 2002: Änderung der Reihenfolge der Traktanden	12/09/2002
2002/056	Verfahrenspostulat von Ruedi Brassel vom 28. Februar 2002: Elektronisches Abstimmungsverfahren	12/09/2002

2.6 In den Jahren 2001 bis 2002 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/066	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Elektrizitätsmarktöffnung: Anpassung der kantonalen Gesetzgebung	31/05/2001
2002/002	Motion von Urs Steiner vom 10. Januar 2002: Revision § 97 Abs. 5 des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) betr. Festlegung des Mindestabstandes der Baulinie entlang von Waldrändern	19/09/2002

Erziehungs- und Kulturdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/266	Motion von Remo Franz vom 14. Dezember 2000: Stärkung der Berufsausbildung	22/02/2001
2001/113	Motion der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aufbau eines Kompetenzzentrums für Rechnungswesen / Controlling an der Fachhochschule beider Basel	31/05/2001
2001/133	Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Der "Chance" eine Chance geben	31/05/2001
2001/067	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Für die Zukunftssicherung des Impulsprogramms "Qualifikation"	31/05/2001

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/023	Motion der Erziehungs- und Kulturkommission vom 25. Januar 2001: Gesamtschau der Leistungen und Gegenleistungen zwischen den Kantonen Baselstadt und Basel-Landschaft	22/02/2001
2001/034	Motion von Elisabeth Schneider vom 8. Februar 2001: Steuerabzug der effektiven Kinderbetreuungskosten	05/04/2001
2001/155	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. Mai 2001: Familienbesteuerung	13/12/2001
2002/029	Motion der FDP-Fraktion vom 7. Februar 2002: Wie steht es mit der EDV im Kanton wirklich?	21/03/2002

Justiz-, Polizei- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/090	Motion von Bruno Krähenbühl vom 5. April 2001: Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz)	20/09/2001

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/065	Motion der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirtschaftsförderungsgesetz den neuen Anforderungen anpassen	31/05/2001
2001/154	Motion von Rita Kohlermann vom 31. Mai 2001: Geriatrieplanung im Kanton Baselland	29/11/2001
2001/130	Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Aenderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe	29/11/2001
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn	14/11/2002

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

Keine

ANHANG 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung am 28. Januar 2003)

1. Neue Initiativen

2002 sind 9 (2001: 0) neue Initiativen eingereicht worden.

2. Beim Regierungsrat hängige Initiativen

Titel	Spitalinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001
Eingereicht	27. November 2002
Zustandegekommen (Publikation)	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1995
Titel	Sicherheitsinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001
Eingereicht	27. November 2001
Zustandegekommen	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1957
Titel	Bildungsinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001
Eingereicht	27. November 2002
Zustandegekommen	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1979
Titel	Höhere Kinderzulagen für alle
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. April 2002
Eingereicht am	12. November 2002
Zustandegekommen	19. Dezember 2002
Anzahl gültige Unterschriften	2197

Titel	Für eine Schule mit Qualität (Qualitätsinitiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	8. Februar 2001
Eingereicht am	17. April 2002
Zustandegekommen	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1784
Titel	Gewässer-Initiative Baselland
Typ	Formulierte Gesetzes-Initiative
Publikation der Vorprüfung	17. August 2000
Eingereicht am	5. Februar 2002
Zustandegekommen	7. März 2002
Anzahl gültige Unterschriften	2841
Landratsvorlage (Rechtsgültigkeit)	2002/126 (Verlängerung der Frist beschlossen)
Titel	Änderung der Rechtsform bzw. Verselbständigung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BL PK)
Typ	nichtformulierte Gemeindeinitiative
Publikation der Vorprüfung	-
Eingereicht am	10. April 2000
Zustandegekommen (Publikation)	20. April 2000
Anzahl gültige Unterschriften	Zustimmungsbeschlüsse von fünf Einwohnergemeinden
Begründung der Fristüberschreitung	Das Begehren der Initiative ist sinnvollerweise nicht separat, sondern im Rahmen der anstehenden Totalrevision der Statuten der Pensionskasse zu behandeln. Die komplexe Materie der gesamten Revision hat eine längere Bearbeitung nötig.
Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Publikation der Vorprüfung	-
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustandegekommen (Publikation)	1. Juli 1999
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.
Begründung der Fristüberschreitung	Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Argumentation im Initiativtext und den bilateralen Verträgen Schweiz-EU. Die federführende Finanz- und Kirchendirektion ging davon aus, dass die Verträge per 1.1.2002 in Kraft treten werden. Mit der Verzögerung des Inkrafttretens der bilateralen Verträge hat sich auch die Behandlung der Initiative verzögert.

Titel	Faktor 4 - Energiekanton Basel-Landschaft
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Juli 1997
Eingereicht am	7. Mai 1998
Zustandegekommen (Publikation)	28. Mai 1998
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Begründung der Fristüberschreitung	Die Initiative stand in einem direkten Zusammenhang mit den drei Energievorlagen des Bundes, welche am 24.9.2000 vom souverän abgelehnt wurden. Im Jahre 2001 hat eine von der Bau- und Umweltschutzdirektion beauftragte Expertengruppe die möglichen Handlungsfelder für die künftige kantonale Energiepolitik zusammengestellt. Diese Vorarbeiten werden 2002 hinsichtlich Umsetzbarkeit und Machbarkeit von einer erweiterten Expertengruppe geprüft werden. Daraus ergeben sich neue "Grundsätze der kantonalen Energiepolitik" und ein erneuertes Energiegesetz.

3. Beim Landrat hängige Initiativen

Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustandegekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Landratsvorlage	2002/113

Titel	Kostengerechte Vergütung von Solarstrom (Baselbieter Solarinitiative)
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Juli 1997
Eingereicht am	7. Mai 1998
Zustandegekommen (Publikation)	28. Mai 1998
Anzahl gültige Unterschriften	1'581
Landratsvorlage	2002/214

Titel	Für eine faire Partnerschaft
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	19. April 2001
Eingereicht am	17. April 2002
Zustandegekommen	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1811
Landratsvorlage	2002/320

4. Abstimmungsreife Initiativen

Titel	Optimale Verkehrsstau-Bewältigung (Anti-Stau-Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	22. November 2001
Eingereicht am	18. März 2002
Zustandegekommen (Publikation)	25. April 2002
Anzahl gültige Unterschriften	10'067
Abstimmung am	18. Mai 2003
Titel	Realisierung der 3. Tunnelröhre am Belchen (Belchentunnel-Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzes-Initiative
Publikation der Vorprüfung	22. November 2001
Eingereicht am	18. März 2002
Zustandegekommen (Publikation)	25. April 2002
Anzahl gültige Unterschriften	9701
Abstimmung am	18. Mai 2003

5. Durch Eintreten, Volksabstimmung, Rückzug oder Ungültigerklärung erledigte Initiativen

Titel	Gerechte Steuern für Mieterinnen und Mieter
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	23. April 1998
Eingereicht am	12. Januar 1999
Zustandegekommen (Publikation)	18. Februar 1999
Anzahl gültige Unterschriften	1'814
Zurückgezogen am	10. Juli 2002

Titel	Für eine vernünftige Einbürgerungspolitik
Typ	Formulierte Gesetzes-Initiative
Publikation der Vorprüfung	4. Februar 1999
Eingereicht am	10. November 2000
Zustandegekommen (Publikation)	21. Dezember 2000
Anzahl gültige Unterschriften	1606
Landratsvorlage	2001/198
Abstimmung vom	3. März 2002 (Ablehnung)

6. Angemeldete Initiativen

Folgende Initiativen sind 2002 (2001: 7) erst zur Vorprüfung eingereicht worden:

- Formulierte Verfassungsinitiative "für eine zukunftsgerichtete Wohneigentums-Förderung"
- Formulierte Gesetzesinitiative "Wohnkosten-Gleichbehandlungs-Initiative"
- Formulierte Gesetzesinitiative "Wohnkosten-Entlastungs-Initiative"
- formulierte Gesetzesinitiative "Familiengerechte Wohnkosten-Initiative" (Vorprüfung 2003)